

den Beweissicherungsstollen nicht gebraucht, wenn man uns den Sondierungsstollen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ermöglicht hätte. Ich formuliere das so, aber wir haben alle Möglichkeiten ausgeschöpft, nachdem uns das nicht ermöglicht wurde, einmal klarzustellen, wie die Dinge wirklich ausschauen. (Abg. Loidl: „Sie müssen sagen, von wem nicht!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Von wem nicht?“) Sie wissen das ganz genau. Sind Sie nicht im Bilde? Ich habe in der Regierung darüber berichtet. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Die zuhören, die wissen es!“ — Abg. Heidinger: „Keine Geheimniskrämerei in der Regierung!“ — Abg. Brandl: „Ich möchte es wissen!“) Ja, Sie haben früher gesagt: Reininghaus, und es gibt noch, wie Sie wissen, zwei weitere Brunnenbesitzer (Abg. Gerhard Heidinger: „Wieso behauptet der Kollege Haas, es seien die Minister schuld?“) Habe ich das behauptet? (Abg. Brandl: „Nein!“)

Meine Damen und Herren, es versteht sich ja ganz von selbst, daß ein so großes und schwieriges Projekt wie dieses aller Akribie bedarf in jeder Hinsicht und vor allem auch aller anhaltenden Intensität, es zu realisieren. Da verstehen Sie mich auch. (Abg. Gerhard Heidinger: „Da marschieren wir geschlossen, Schulter an Schulter!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Team, das für den Plabutschunnel und sein Projekt eingesetzt worden ist, ist ein Team von absoluter Weltklasse, von absoluter Weltklasse, in eine ganz bestimmte Richtung gesagt. Ich werde Ihnen das jetzt kurz darstellen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Kronen Zeitung?“) Für die Planung des Projekts zeichnet kein Geringerer am Anfang verantwortlich als der weltberühmte Pionier der neuen österreichischen Tunnelbauweise, der Herr Professor Ladislaus Rabcević. Das wird gerne in aller Welt als die große österreichische Methode dargestellt. (Abg. Heidinger: „Wir bestreiten das nicht!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Das ist ja nicht bestritten, daß das ein Fachmann ist!“) Der Herr Professor Rabcević ist Ende 1975 leider verstorben. Er war schon über 80 Jahre alt. Ein beeindruckender Herr. Eine Gruppe seiner langjährigen persönlichen Mitarbeiter unter der Leitung von Dipl.-Ing. Golser führt die Arbeiten weiter. Ich darf Ihnen kurz eine Referenzliste des Herrn Dipl.-Ing. Golser bekanntgeben. Sie können sie auch schriftlich haben, wenn Sie sie brauchen. Herr Golser hat durchgeführt: den Wolfsbergtunnel, den Katschbergtunnel, beim Gleinalmtunnel die Bauberatung; er hat beim Schartnerkogeltunnel, beim Selzthaltunnel, beim Losensteintunnel mitgearbeitet; ihm oblag die Bauberatung für den Arlbergtunnel; er ist Konsulent beim größten Staudamm der Welt, dem Tarbela-Damm in Westpakistan; er hat einen Auftrag zur Sanierung des Akropolisfelsens ausgeführt und er hat in vielen anderen großen Bauvorhaben in Persien, in Frankreich, in Italien; in Jugoslawien und in den USA mitgewirkt. (Abg. Dr. Schilcher: „Herr Hammerl, auch mit Frankreich!“) Planungspleite, bitte sehr, Planungspleite! Nicht wahr? (Abg. Dr. Strenitz: „Planungspleiten mangels Alternativen!“) Ich weiß schon, daß Sie sich inzwischen erfreulicherweise von Ihrem General-

redner abgesetzt haben. Erfreulicherweise! Ich gebe es nur wieder, damit hier nicht geglaubt wird, wir würden so über gewisse Leute darüberfahren. (Abg. Ileschitz: „Wer hat sich abgesetzt?“) Planungspleite! Der Herr Professor Sedlmeyer, Vorstand des Institutes für Baugeologie an der Technischen Universität Graz, ist für die geologische Bearbeitung zuständig. Wir haben gute und ausgezeichnete Baugeologen bei uns im Haus, die uns vieles schon gemacht haben, das ist sehr erfreulich. Wir haben in dieser Frage ganz bewußt nicht die Geologen aus dem eigenen Haus genommen, weil wir wegen der Schwierigkeiten und auch wegen der in der Öffentlichkeit abgehandelten Planung einen Mann haben wollten, der auch von der universitären Seite her qualifiziert ist. Dieser Herr Professor Sedlmeyer ist der Präsident der Vereinigung für hydrogeologische Forschungen. Es ist kein Zufall, bitte sehr, daß wir diesen Fachmann geholt haben, denn der Herr Professor Sedlmeyer ist, bevor er an die Universität berufen wurde, jahrzehntelang der Chefgeologe einer angesehenen steirischen Großbaufirma gewesen und hat im In- und Ausland Stollen und Tunnel nicht nur prognostiziert und begutachtet, sondern selbst gebaut, meine Damen und Herren. (SPO: „Wir haben nichts dagegen.“)

Es gibt eine Reihe von Leuten, die sich zu Wort melden — und jeder möge sich zu Wort melden, das ist sein gutes Recht in diesem Land —, die solche Arbeiten nicht ausgeführt haben, weil sie auch von ihrer speziellen fachlichen Aufgabe her an solchen Projekten bisher überhaupt nicht gearbeitet haben. Aber ich sage Ihnen, ich werde gerne mit allen sprechen, die sich zu Wort gemeldet haben, so wie schon bisher — ich habe den Herrn Baudirektor persönlich beauftragt. Dieser hat Ende Oktober mit einer Reihe von Geologen in meinem Auftrag gesprochen, aber wenn die Herren es wünschen, mit mir selber zu reden, so bin ich auch dazu selbstverständlich gerne bereit und ich werde zum Beispiel am Samstag vormittag mit dem Herrn Professor Flügel ein Gespräch führen und am Montag vormittag mit dem Herrn Professor Metz (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber freundlicher, als Sie es jetzt sind, müssen Sie schon sein!“), wenn Sie mir dabei behilflich sind, Herr Kollege Heidinger, sehr gern!

Damit wir die Liste vollständig darstellen. (Abg. Dr. Strenitz: „Genau das wollten wir hören! Mit allen Fachleuten.“) Schauen Sie, lieber Herr! Lieber Herr! Sie sind ja offenkundig auch ein Spezialist auf diesem Gebiet. (Heiterkeit bei der OVP. — Abg. Preamberger: „Daß wir uns den Fachleuten zu beugen haben, ist ja selbstverständlich!“)

Wir haben auch mit ihnen geredet. Wir haben ihnen auch zugehört, ja! Weiters haben wir die Verantwortung für die tunnelbautechnische Planung dem Herrn Univ.-Prof. Dr. Rudolf Aita, dem Vorstand des Institutes für Bauwirtschaft und Baubetriebslehre an der Technischen Universität Graz, übertragen. Das ist ein bedeutender Theoretiker und Praktiker. Ein großer Mann der hiesigen Fakultät.

Und last not least ist der Vorstand des Instituts für Straßenbau und Verkehrswesen an der Tech-

nischen Universität, Herr Univ.-Prof. Dr. Herbert Köstenberger, mit in dieses Team einbezogen. Auch er ist ein sehr angesehener Planer, der viele, viele Kilometer Autobahnen im Land gebaut hat, über die wir alle längst schon gefahren sind. (Präs. Ileschitz: „So viele sind es auch wieder nicht!“) Und sozusagen als Tupfen auf dem I haben wir jetzt noch, Herr Präsident Ileschitz, den Dr. Dipl.-Ing. Donel aus Essen beigezogen, das ist ein Mann der angewandten Grundbautechnik. Er hat bei der S-Bahn Stuttgart mitgearbeitet, bei den Schluchseewerken, er hat in Wattenscheid in Düsseldorf Unterfahrungen gemacht, die Wehebachtalsperre, den Flughafen Mönchen-Gladbach, das Kurhaus Scheveningen mit chemischen Injektionen unterfangen; er war beim Atomkraftwerk Grohnde mitbeteiligt, am Mittellandkanal, in Vada/Livorno — ich nehme an, Sie wollten das also hören, ich werde es Ihnen gerne zu Ende vorlesen —, er war am Zollhof in Düsseldorf beteiligt, in Abudhabi, bei der Deutschen Shell-AG in Hamburg und insbesondere — und das halte ich für sehr entscheidend — hat er Studien für die U-Bahn Köln—Kalk mit vier Ausführungsvarianten zur Frage Verfestigung, Grundwasserabsenkung, Schlitzwände und Gefrierverfahren veröffentlicht und ist Lehrbeauftragter für Bodeninjektionstechnik an der Universität in Essen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, daß damit Klarheit über die Herren besteht, die wir für die Planung herangezogen haben.

Wenn Sie mir noch kurz vielleicht Gehör schenken wollen: Wir haben bisher in der Steiermark — unsere Herren, sehr anerkanntes Tunnelbauteam — den Tunnel Leoben fertig, Kapfenberg, Gratkorn, Assingberg, den hohen Steg, wie Sie wissen. In Bau ist der Mitterberg; der Herzogberg — ich war am Sonntag drinnen, auch keine einfache Aufgabe — der Müzzuschlager Ganzstein, eine schwierige Aufgabe. Die Gleinalm ist faktisch fertig, der Schartnerkogel, der Selzthaltunnel.

Wir haben geplant: Bosruck — Kalcherkogel, Gratkorn-Nord, Gratkorn-Süd, Tanzenberg und Niklasdorf zweiröhrig. Insgesamt 42 Kilometer Tunnel, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist geschehen! Davon haben wir nicht geredet, sondern das ist geplant und gebaut!

Zur Klarheit. Ich würde um eines bitten, was ich eingangs gesagt habe: Ich habe mir auch gestern diese deutsche Wochenschrift zu Gemüte geführt. „Einigkeit macht stark“ heißt es da. Das gilt, glaube ich, nicht nur für die Bundesrepublik. (Abg. Heidinger: „Ihr werdet uns gleich einen Maulkorb umbinden!“)

Der Arlbergtunnel ist durchgeschlagen, kostet 5,7 Milliarden Schilling! (Abg. Hammerl: „Das hat die sozialistische Regierung zustande gebracht!“) Haben Sie den Bundeskanzler, Herr Kollege Hammerl, reden gehört an jenem Tag? (Abg. Brandl: „Er hat gut geredet!“) Können Sie sich erinnern? Und haben Sie vielleicht auch den Landeshauptmann Wallnöfer und den Landeshauptmann Kessler gehört in dieser Frage?

Sehen Sie, das möchte ich Ihnen abschließend sagen. Wir haben mit dem Bautenminister auch geredet. Und alles das, was Sie als Planungspleite

bezeichnen, das hat alles seinen ausdrücklichen Segen vom Bundesministerium für Bauten und Technik, denn nichts, aber schon gar nichts, kann auf dem Bundesstraßensektor von uns geplant werden, was nicht die Zustimmung des Ministeriums hat. In jedem Fall die Zustimmung des Ministeriums. Das nur noch, damit Sie wissen, mit wem Sie sich da angelegt haben. (Beifall bei der OVP.)

Lassen Sie mich ganz ruhig sagen: Ich sage noch einmal, ich hoffe, daß Ihre heutige Wortmeldung ein kleiner Hinweis dafür ist, daß Sie Einkehr bei sich selbst gehalten haben. Glauben Sie uns eines, das weiß niemand so gut wie der Herr Bautensprecher auf Ihrer Seite (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ein Ping-Pong-Spiel. Sie werden uns den Dr. Strenitz nicht vergällen!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das macht er selbst!“), lassen Sie das, den mögen Sie gerne haben! (Beifall bei der OVP.)

Ich sage Ihnen nur eines, was wird denn das Problem der nächsten Monate sein, des nächsten Jahres und vielleicht darüber hinaus? Daß wir die Möglichkeiten der Arbeitsplatzsicherung in der Eisen- und Stahlindustrie und umwegig natürlich auch in der Bauwirtschaft, — die Nebenwirkungen der Bauwirtschaft sind doch von eminenter Bedeutung, — daß wir diese Sicherung möglichst gut vornehmen. Und daher freue ich mich, daß Sie sich heute so ausdrücklich durch zwei prominente Herren zu diesem Projekt geäußert haben.

Es wird Probleme genug geben. Gar keine Frage. Es ist ein ganz schwieriges Projekt. Wir werden noch einiges zu überwinden haben. Wir sind gewohnt, nicht nur über 100 Meter Hürden zu laufen, sondern auch die unolympische Disziplin über 1110 Meter ist durchaus geeignet, sozusagen auch für die Herren unseres Ressorts und für uns selber eine Strecke zu sein, die wir zu bewältigen haben. Das liegt nämlich vor uns. Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung.

Und nun zu den Problemen, die kurz angeschnitten wurden. Herr Abgeordneter Preamberger, es wurden wichtige Dinge angeschnitten, das Detailprojekt Friedhofgasse ist fertig. Sie müßten wissen, daß wegen der Lichten Höhe mit Waagner-Biró ein echtes schwieriges Planungsproblem bestanden hat, weil man den städtischen Kanal und sämtliche Leitungen daher noch tiefer legen muß. Das eisenbahnrechtliche Verfahren ist eingeleitet, ein Rechtsverfahren. Schauen Sie, wenn man noch hundert solcher Superfachleute, so viele gibt es nicht, eingesetzt hätte, Geologen, Verkehrsplaner bei dem Plabutschunnel, was Loidl richtig gesagt hat, jeder Mensch hat in diesem Land das Recht, alle Möglichkeiten des Rechtszuges auszuschöpfen und immer wieder ist das Problem der eisenbahnrechtlichen Fragen ein ganz schwieriges Problem, ein ganz schwieriges Problem. Ich erinnere mich gut an den Streit über die Mur herüber in Friesach. Gott sei Dank haben wir es geschafft miteinander! (Abg. Dr. Strenitz: „Herr Landesrat, bitte eine Frage: Was machen Sie, wenn der Tunnel zehn Jahre oder länger dauert?“)

Schauen Sie, lieber Herr Abgeordneter! Sie werden ebensowenig wie ich annehmen, daß wir uns mit dieser Frage nicht intensivst längst schon be-

schäftigt hätten, längst schon intensivst. (Abg. Brandl: „Und das Ergebnis?“) Jede dieser Lösungen, ganz gleichgültig welche, ist schlechter als die jetzige, weil sie unendlich viel länger dauern würde. (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist sehr unangenehm!“) Ich rede von keiner speziellen, weil Sie mich nicht auf diese Spur bekommen, das sage ich Ihnen. Aber ich sage Ihnen eines, jede hat zig mehr Verfahren für uns sozusagen im Köcher. Wer sagt Ihnen denn, das dort, dort, dort nicht wieder ein Wasserrechtsproblem kommt. Wer sagt Ihnen denn, daß die Leute nicht in die letzte Instanz gehen bei der Einlösung und alles das. Das war ja einer der Hauptgründe überhaupt, warum wir gesagt haben, wir gehen durch den Plabutsch, wohl wissend, wie schwierig das ist.

Ja, glauben Sie, daß irgendein Verkehrstechniker nicht genau gewußt hätte, daß die Eggenberger Trasse ja natürlich vom verkehrstechnischen Standpunkt her, jetzt völlig unabhängig von irgend etwas anderem, die optimale Lösung ist? Das ist selbst für einen Menschen wie unsereins begreiflich. Gar keine Frage. Aber fragen Sie doch, wie lange es gedauert hätte, wenn Sie die Idee gehabt hätten, gegen die Meinung der Bürger zu marschieren! Das imponiert mir ja beim Bürgermeister Scherbaum, daß er offen sagt, daß er für diese Trasse eintritt. Ich bin nicht seiner Meinung, aber daß er es offen sagt, zum Unterschied von anderen Leuten, das imponiert mir auch am Herrn Stoiser, wie der Herr Abgeordnete Turek ausgeführt hat, daß er für den Plabutschtunnel ist. Das haben wir längst studiert. Was wären denn das für Planer? Da muß ich ja sagen, da können wir uns alle den Schein zurückgeben lassen, Sie genauso wie wir und auch die Fachplaner.

Kalvariengürtel — UKH, Detailprojekt fertig. Was ich gemeint habe, Prensberger, nirgendwo im Gesetz steht, daß angebunden sein muß. Wir müssen uns in der Verhandlungsposition ja nicht selbst schwächen, damit wir uns verstehen in dieser Geschichte. Wir haben jedenfalls vom Land aus das, was wir tun konnten, sofort getan, und wenn das UKH fertig sein wird, wird selbstverständlich die Zufahrt auch fertig sein, soweit sie heute eine Landesstraße ist. (Abg. Prensberger: „Die Göttinger Straße muß verbreitert werden!“) Jeder, der in Graz sich ein bißchen auskennt, ihr seid dort oben auch zu Hause, weiß, daß das ein berühmtes Schlupfloch ist, und daß man am Gürtel nicht weiterkommt. Ich fahre jedenfalls meistens dort hinaus, wenn ich in die Weststeiermark fahre, weil es schneller geht. Ich bin auf diesem Hinterweg sogar schneller auf der Autobahn. Den werden die Rot-Kreuz-Fahrer, darauf kann man sich verlassen, garantiert selbstverständlich kennen, und wir werden uns selbstverständlich auch um einen weiteren Ausbau dieser Straße bemühen.

St.-Peter-Hauptstraße, nördlicher Abschnitt, ist Bundesstraße, südlicher Abschnitt ist Landesstraße und im Zehnjahresprogramm.

Kurzer Hinweis: Reininghausstraße—Karl-Morre-Straße, der Obmann des Elternvereins war bei mir persönlich, die Regierung hat schon beschlossen, daß der Magistrat baut und daß das Land zahlt, das ist eine gute Arbeitsteilung. Laut Auskunft des

Straßen- und Brückenbauamtes seit letzten Freitag im Bau, Fertigstellung Ende Jänner 1978. Die Thaler Straße ist im Detailprojekt geplant, wie wir ja überhaupt insgesamt elf Milliardenplanungen haben und das Geld nicht, nicht einmal ein Zehntel davon jährlich, das ist es ja. So haben sich alle Dinge geklärt. Der nächste Schritt ist das Wasserrechtsverfahren und Grundeinlösung in diesem Fall. Überhaupt zu Graz habe ich das letzte Mal gesprochen.

Ich möchte Sie nicht über Gebühr aufhalten, aber es sind noch einige Fragen.

Turek — Autobahnfinanzierung, da lese man bitte die letzte Hamburger „Zeit“, das ist allgemein zu empfehlen. Die großen Privatautobahnen, sowohl in Frankreich als auch in Italien immer beispielhaft als Möglichkeit für uns angepriesen, sind zum Teil zum Verkauf angeboten, nur gibt es keine Käufer, auch der Staat nicht. Eine sehr schwierige Problematik.

Ich will gar nicht in das letzte Drittel der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Loidl eintreten und dann des Herrn Abgeordneten Fuchs und des Herrn Landesrates Peltzmann. Ich glaube, auch da sprechen die Fakten eine sehr deutliche Sprache, bitte sehr auch da, lesen Sie die Berichte aus Deutschland. Sie erinnern sich noch an den großen Leber-Plan. Das war ein sehr geschätzter Minister, immer wieder in der Steiermark. Unter Lauritzen hat man schon nicht mehr davon geredet. Herr Gschaidle kämpft nur mehr, und zwar auf aussichtslosem Posten, gegen das pausenlos ansteigende Defizit der Deutschen Bundesbahnen. Alle Überlegungen auf diesem Gebiet werden durch solche Entwicklungen schwerstens beeinträchtigt.

Aber eines ist sicher wahr, daß man auch in dieser Frage nicht mit Mätzchen und Demagogie an eine einigermaßen zukunftsorientierte Lösung herankommt, sondern eben nur mit sehr harten, von der Planung ebenso wie in der Realisierung der Politik durchzuziehenden Maßnahmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Gar keine Frage! Das erleben wir ja tagtäglich. Nur, mit ideologischen Geschichten ist ebensowenig zu holen wie in der Frage, die mich nicht in meinem Referat betrifft, die aber hier abgehandelt wurde. Sehr interessant, was der Abgeordnete Hammerl hier wie meistens von sich gegeben hat, natürlich mit Blickrichtung auf die Gemeinderatswahl. No na! Aber, da hat er eine sehr erfreuliche Antwort vom Abgeordneten Stoisser bekommen — um nichts anderes ist es übrigens beim Bundesparteirat der ÖVP in diesem Zusammenhang gegangen. Bitte sehr, wenn möglich, muß das Grusical mit der notwendigen melodramatischen Untermalung nicht gespielt werden. Ich glaube, daß Sie die Probleme gut genug kennen, daß Sie wissen, daß auch hier die Frage ja laute: Die immer größer werdenden Defizite, bitte schön, ganz wurscht auf welcher Ebene — steirisch gesprochen —, sind ja die Steuern von morgen, die wir selbstverständlich wieder alle zahlen. Und da beißt sich ja die Katze oft genug selber in den Schwanz. Wenn es also echte Rationalisierungsmöglichkeiten unter Bedachtnahme auf die sozialen Voraussetzungen bestimmter bestehender

Institutionen gibt, ja um Gottes willen, jeder Schritt, glaube ich, kann nur wirklich befürwortet werden.

Ich möchte zu Lackner und zu Wimmler sagen: Meine Herren, das Land hat in dem Fall nichts zu entscheiden, außer, daß wir wieder bei der Paragraph-4-Verordnung vor die Frage gestellt sein werden, wenn das Gespräch der Pyhrnautobahn-AG und ihres Geschäftsführers, des Generaldirektors Lütgendorf, das ihm von der Regierung aufgetragen wurde, einvernehmlich abgeschlossen ist.

Ich präjudiziere mich heute hier sicherlich nicht, möchte auch in keiner Weise gegenüber der Pyhrnautobahn unfair sein, nur die sehen halt jetzt auch, was es bedeutet, Planungen zu machen. Bisher haben sie keine Probleme gehabt, sie sind nämlich irgendwo hinten im Wald gefahren — Gleinalm —, da hat es keine großen Probleme gegeben. Aber in dem Moment, in dem du an eine Agglomeration kommst, an eine Siedlung, sind ja unsere Herren Planer Trassensucher geworden. (Abg. Loidl: „Pfadfinder!“) Ein bißchen wenigstens sollten wir manchmal Verständnis für sie zeigen. Wir wissen schon, daß das ihr Beruf ist und jeder Beruf hat halt auch seine unangenehmen Seiten. Aber das ist zweifellos eine sehr harte Seite dieses Berufes.

Das gilt ja nicht nur für dort, das gilt natürlich auch für Niklasdorf, wo ich jetzt noch ein Gespräch mit der Bürgerinitiative und dann mit der Gemeinde führen werde und wo wir eigentlich bisher trotz aller Widerwärtigkeiten, meine Damen und Herren, immer wieder zu einem guten Ende gekommen sind.

Ich wundere mich manches Mal selber, sage ich Ihnen, weil ja eine immense Arbeit unserer Leute drinnensteckt, viel Klugheit; was müssen diese alles einstecken, auch der, der dann ablösen gehen muß. Sie sind ja nicht zu beneiden. Gott sei Dank kennen die Leute ihren Beruf, wissen mit Menschen umzugehen. Ich wundere mich manchemal selber, wieviel gelingt, auch im Landesstraßenbereich und auch im Bundesstraßenbereich, weil ich glaube, daß wir mit dieser Kooperation für das Land einiges Gutes tun konnten.

Wir organisieren die Viererabteilungen neu — das muß ich Ihnen noch berichten —, die Hochbauabteilungen, auch da voller Konsens mit dem Bautenminister. Wir werden in Zukunft drei Hochbauabteilungen haben, weil das von der Organisation her sicherlich eine Notwendigkeit der Entwicklung repräsentiert, und wir müssen bei dieser Gelegenheit zwei Herren verabschieden, wie das auch schon eine gute Gepflogenheit in anderen Ressorts ist. Es steht der Herr Hofrat Pannocha, der ein ausgezeichnete Mann im Bundeshochbau gewesen ist und der auch den Landesbaudirektor immer wieder vertreten hat, zum Jahresende vor der Pensionierung. Es ist vor allem auch der Hofrat Pammer, der Chef des Landeshochbaues, knapp vor seiner Pensionierung — er wird auch mit Ende des Jahres ausscheiden —, ebenso wie stellvertretend für alle Pensionisten der Herr Hofrat Kokail in der Baubezirksleitung Judenburg, der nun in den Ruhestand tritt. Ich möchte diesen Herren auch namens des Referates einen sehr herzlichen Dank sagen für ihre viele Arbeit, für ihre große Mühewaltung und ihnen viel Glück und alles Gute für die Zeit wün-

schen, die vor ihnen steht. Wir werden gerne immer wieder an sie denken, aber wir werden, Herr Hofrat Pammer, Sie sind heute auch hier im Zuhörersaal, Sie gerne auch immer wieder bitten, für uns zu arbeiten, weil ich glaube, daß wir davon unseren Vorteil ziehen und ein wenig auch Sie. Ich danke Ihnen sehr sehr herzlich und wünsche Ihnen für Ihre Zukunft alles Gute! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir unterbrechen die Landtagsitzung für eine Stunde. Um 14.25 Uhr wird fortgesetzt.

(Unterbrechung von 13.25 Uhr bis 14.25 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und beschließen die Gruppe 6. Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er das Schlußwort wünscht.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um die Annahme meines vor einiger Zeit gestellten Antrages.

Präsident: Ich stelle die Beschlußfähigkeit fest. Ich lasse abstimmen und bitte um ein Händezichen, wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen.

Der Antrag und somit die Gruppe 6 ist angenommen.

Gruppe 7: Wirtschaftsförderung

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, umfaßt folgende Ansätze: Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, landwirtschaftlicher Wasserbau, Wildbachverbauung, Lawinenschutzbauten, Strukturverbesserung, Elektrifizierung und Mechanisierung, Besitzfestigung, sonstige Maßnahmen, land- und forstwirtschaftliche Interessensvertretungen, Bildung und Beratung, Produktionsförderung, Jagd und Fischerei, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Einrichtungen zur Förderung des Fremdenverkehrs, Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs, Einrichtungen zur Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, Bildung und Beratung, und zum Abschluß noch wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Die Einnahmen der Gruppe 7 betragen 86,732.000 Schilling und die Gesamtausgaben 424,547.000 Schilling. Der Finanz-Ausschuß hat sich auch sehr eingehend mit der Gruppe 7 beschäftigt, und ich darf sie namens dieses Ausschusses um die Annahme der Gruppe 7 ersuchen.

Präsident: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen. Und zwar als ersten Teil in die Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirt-

schaftsförderung. Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Wir beginnen also mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist nach einem sicherlich auch für Sie sehr reichhaltigen Mittagstisch nicht unbedingt sehr angenehm, jetzt über agrarische Probleme zu sprechen, über Fragen der Ernährung und dergleichen, wo, wie gesagt, Sie sicherlich einer gewissen Ruhe bedürften. Aber ich darf einleitend vielleicht eines sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Landwirtschaft, Sparte Obstbau, hat sich heute früh erlaubt, Ihnen eine bescheidene Aufmerksamkeit auf den Tisch zu stellen, um Sie von der Qualität der steirischen Produkte zu überzeugen (allgemeiner Beifall), und ich darf in dem Zusammenhang hinzufügen, daß die auf den Tisch gelegten Äpfel genußreif sind. Sie brauchen keine Sorge zu haben, daß sich irgendwelche Rückstände auf der Außenhaut dieser Produkte befinden. (Allgemeiner Beifall.) Sie werden laufend von Professor Möse in unseren Lagerhallen überprüft, und ich darf Ihnen hochoffiziell mitteilen, daß bis dato noch nie steirisch gelagerte Obstprodukte mit irgendwelchen Rückständen behaftet waren. (Allgemeiner Beifall.) Daher können oder wollen wir mit Fug und Recht von der Qualität und von der Reinheit unserer Produkte behaupten, daß wir uns irgendwo in der Nähe des ökologischen Landbaues befinden und diesbezüglich mit uns in dieser Frage keine Diskrepanz besteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Zuge der Budgetverhandlungen der einzelnen Sparten, sowohl vorgestern, gestern und auch heute wieder, ist wie ein roter Faden durch die gesamte Debatte vor allem immer wieder die Frage zur Diskussion gestanden, eine sehr wichtige und entscheidende Frage, das ist die Sicherung der Arbeitsplätze und in weiterer Folge die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für die verschiedenen Projekte und Programme, die in diesem Zusammenhang immer wieder aufgestellt wurden. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang versichern, daß auch wir von der Landwirtschaft, genauso wie die Kollegen aus der Arbeitnehmerschaft und aus dem Kreis des Gewerbes, auch besonderes Interesse darauf legen, daß eine Vollbeschäftigung bei uns im Land aufrecht erhalten bleibt. Es muß aber gesagt werden, daß leider Gottes das Wort Vollbeschäftigung und die Forderung der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sehr oft, vielleicht zu oft, in den Mund genommen werden, ohne zu überdenken, welche Voraussetzungen notwendig sind, diese Möglichkeit für die Zukunft zu schaffen.

Und hier vielleicht einige Grundsätze dazu. Wir erleben in der letzten Zeit, daß es so ist, daß unsere Wirtschaft trachtet, konkurrenzfähig zu sein und das eine Maßnahme dafür ist, daß wir bemüht sein müssen, entsprechend zu rationalisieren. Die Ratio-

nalisation aller Bereiche bringt in der Folge aber mit sich, daß in dem Zusammenhang die Technisierung entsprechende Fortschritte erzielt hat, bis hinein in den Bereich des Computers.

Es wird in dem Zusammenhang sehr oft übersehen, daß infolge von Technisierung und Mechanisierung die weitere Konsequenz für jeden Betriebsführer die sein muß, daß er doch damit Arbeitskräfte entlassen muß oder gewisse Einsparungen auf dem Sektor zu treffen gezwungen ist. In der weiteren Folge ist eine Voraussetzung der Vollbeschäftigung die, daß jedes Produkt, das von den Mitarbeitern der einzelnen Betriebe geschaffen wird, auch zu entsprechend kostendeckenden Preisen verkauft werden muß. Das sind die Vorbedingungen dafür, daß überhaupt die Vollbeschäftigung und in der weiteren Folge logischerweise auch die Möglichkeit gegeben ist, um weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Daß wir auch von der Landwirtschaft her gesehen dieser Entwicklung unser besonderes Augenmerk zuwenden, findet vor allem ihren Niederschlag darin, daß wir gerade in den letzten Jahrzehnten miterleben durften oder konnten, daß Hunderttausende aus der Landwirtschaft in andere Wirtschaftsbereiche abgewandert sind und daß wir heute an und für sich mit Fug und Recht sagen können, daß diese Entwicklung früh genug und zeitgerecht eingesetzt hat. Wäre das nicht der Fall gewesen, so stünden wir heute vor einer Situation und hätten in der gegenwärtigen Zeit nicht die Möglichkeit, diese aus der Landwirtschaft freiwerdenden Arbeitskräfte in anderen Bereichen unterzubringen.

Wir haben uns, wie gesagt, im Zuge der Budgetverhandlungen auch mit den Budgets des Landes und des Bundes auseinandergesetzt, mit den Staatsschulden logischerweise auch, mit den Außenhandelsfragen und mit dem Außenhandelsdefizit. Hier sehen wir, meine sehr Verehrten, daß gerade das, was die Budgets betrifft, ich glaube, uns alle hier in diesem Haus, ganz gleich welcher Partei wir angehören, diese letzte Entwicklung mit einer gewissen Sorge erfüllen muß. Nicht nur die Erstellung der Budgets und der jeweiligen Abgänge, sondern auch in der Folge die immer höher auftretenden Staatsschulden, die nun mit Ende des heurigen Jahres bereits eine Höhe von 200 Milliarden Schilling ausmachen werden.

Ein sehr entscheidender Faktor, der logischerweise auch die Landwirtschaft trifft, ist die Frage des Außenhandels und in dem Zusammenhang auch die Frage des agrarischen Außenhandels; und hier, wenn wir die Situation sehen, was den gesamten Außenhandel betrifft, der mit dem heurigen Jahr bereits einen Abgang von 60 Milliarden Schilling ausmachen wird, und wenn wir wissen, daß von diesem Gesamtgang in bezug auf den Außenhandel die Landwirtschaft mit einem Viertel, ich schließe hier die Forstwirtschaft bewußt aus, mit ungefähr 15 Milliarden Schilling beteiligt ist. Hier stellen wir eine Entwicklung fest, die von unserer Sicht in der jetzigen Situation noch nicht abzusehen ist.

Ich darf hier zurückblenden auf das Jahr 1975 mit einem Abgang von 9 Milliarden Schilling, das Jahr 1976 mit einem Defizit von 11 Milliarden

Schilling. Im Jahre 1977 erwarten wir ein Agraraußenhandelsdefizit von insgesamt 15 Milliarden Schilling. Und hier meinen wir, daß wir es zumindest von der Landwirtschaft nicht verabsäumt haben, schon früh genug auf diese Entwicklung hinzuweisen.

Sie werden mir bestätigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir auch in diesem Haus, als es zur totalen Liberalisierung kam, und vor allem kurz vor Einführung der Ostliberalisierung, auf die verschiedensten Umstände hingewiesen haben und bereits dort die Meinung vertraten, daß es auf Sicht gesehen auch für den Konsumenten billiger kommt, wenn er von der heimischen agrarischen Produktion heraus die Sicherheit hat, kontinuierlich mit preiswerten und hoch qualitativen agrarischen Gütern beliefert zu werden.

Aber man hat unsere Anschauungen und unsere Hinweise übersehen, sowohl hier vom Hohen Haus aus, als auch von der Warte der Landwirtschaftskammer her. Es wurde diese totale Liberalisierung eingeführt. An und für sich sind wir bereit, mit allen Ländern von agrarischer Hinsicht her uns zu messen, setzen aber voraus, daß sowohl dem Osten gegenüber als auch den EWG-Staaten gegenüber, wir in eine entsprechende Waffengleichheit treten. Und wenn wir die Situation näher beleuchten, ist es so, daß wir in keiner Weise von unserer freien marktwirtschaftlichen Situation her gesehen in der Lage sind, mit den Oststaaten in Konkurrenz zu treten. Von der Sicht der Oststaaten ist es so, daß die Exporte tätigen, ohne irgend einen Konsumenten befragen zu müssen. Oder sie exportieren dann, wenn sie in Devisenschwierigkeiten sind, und haben die Möglichkeiten, über Dumpingpreise unsere agrarische heimische Produktion und den Preis in dem Zusammenhang entsprechend zu beeinflussen. Wir sind aber auch nicht in der Situation, daß wir der EWG gegenüber in entsprechende Konkurrenz zu treten in der Lage sind, weil auch die EWG bereits vor Jahren schon ein beinhartes Abschöpfungs- und Erstattungssystem eingeführt hat, um sich auch von Drittländern entsprechend abzuschirmen.

Ich darf auch in dem Zusammenhang sagen, daß die ÖVP im Bundesbereich bereits vor drei Jahren einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf auf Wiener Ebene eingebracht hat, der bis dato nirgendwo zu einer entsprechenden Behandlung kam. Hier habe ich gemeint, der Osten ist mit uns konkurrenzmäßig nicht in Vergleich zu stellen, also auch die EWG.

Ich darf in dem Zusammenhang hier eines vermerken, daß sich das Agrarhandelsdefizit in den letzten Jahren der EWG gegenüber von 500 Millionen Schilling damaliger Einfuhren zu uns herein nach Österreich auf 4 Milliarden Schilling, also auf das Achtfache, erhöht hat. In dieser Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, befinden wir uns zur Zeit.

Wir haben, um es noch einmal zu sagen, immer wieder auch im Interesse des Konsumenten darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, gerade aufgrund dieser Ungleichheit dem Ausland gegenüber hier eine Waffengleichheit herzustellen, weil wir der Meinung sind, daß hier die Kontinuität der heimischen Produktion, die sicherste Gewähr für die Ver-

sorgung unserer Konsumenten aus der heimischen Produktion gewährleistet wird.

Aber ein Zweites kommt dazu, meine sehr Verehrten! Dadurch, daß die Landwirtschaft aufgrund dieser Umstände in gewisse Absatzschwierigkeiten geraten ist, ergibt sich auch die Situation, daß auch die Arbeitsplatzsicherung im landwirtschaftlichen Bereich gefährdet erscheint. Ich habe bereits eingangs darauf hingewiesen, daß in der jetzigen Situation kaum die Möglichkeit gegeben ist, etwa im landwirtschaftlichen Bereich zusätzliche Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt irgendwo, um nicht also mit der Arbeitnehmerschaft direkt dort in Konkurrenz zu treten, unterzubringen.

Ich darf Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, einige Zahlen nennen, die nicht direkt von unserer Seite stammen, sondern fundamementiert vom Wirtschaftsforschungsinstitut erarbeitet wurden, welche besagen, daß 100 Millionen Schilling Importe für uns 600 Arbeitsplätze bedeuten oder dadurch 600 Arbeitsplätze im Bereich der Landwirtschaft in Gefahr geraten. Wenn wir wissen, daß das Agrardefizit, zumindest für jene Produkte, die wir selber zu produzieren in der Lage gewesen wären, 8 Milliarden Schilling ausmacht, so können wir uns ausrechnen, daß die 600 Arbeitsplätze, die in Gefahr geraten, mal 8 Milliarden Schilling also eine Gefahr für 48.000 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft bedeuten. Es müßte notwendig sein, daß wir uns gemeinsam um diese Problematik bemühen, weil — wie gesagt — wir andererseits wissen, daß kaum in der Industrie oder im Gewerbe die Möglichkeit gegeben ist, zusätzliche Arbeitskräfte unterzubringen. Eine kontinuierliche Produktion aus der heimischen Landwirtschaft heraus — ich habe das schon einmal oder zweimal angedeutet — gibt also eine sichere Gewähr für eine laufende Versorgung des Konsumenten. Bei Produkten, wo in den letzten Jahren bereits Schwierigkeiten aufgetaucht sind, kommt das sehr spürbar für den Konsumenten zum Vorschein. Wenn ich an die Zuckerknappheit denke, wo nicht der entsprechende Schutz gegeben war, wo also über Nacht der Zuckerpreis für den Konsumenten auf 20 oder 25 Schilling angestiegen ist. Auch auf dem Sektor der Kartoffeln war es nicht anders.

Und noch eines dazu, meine sehr Verehrten! Ich habe das schon, wie ich auf die kleine Aufmerksamkeit von seiten der Landwirtschaft in bezug auf die Äpfelkostprobe hingewiesen habe, angedeutet, daß der Konsument für alle Produkte, die aus der heimischen Produktion kommen, aufgrund des Lebensmittelgesetzes die Sicherheit hat, daß diese von einwandfreier Qualität sind. Im Vergleich zu allen anderen Ländern sind sie — also auch in der Qualität — sicherlich in jeder Hinsicht konkurrenzfähig. (Abg. Hammerl: „Sie schmecken auch besser!“) Wir haben aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei jenen Produkten an Nahrungsmitteln, vor allem in verarbeiteter Form, bei weitem nicht die Gewähr, daß sie auch nur annähernd dem Kodex unseres Lebensmittelgesetzes entsprechen, weil ja kaum irgendwo — auch für Herrn Petueli nicht — die Möglichkeit gegeben ist, eine entsprechende Prüfung durchzuführen. Daher wird es auch von dieser Sicht her gesehen notwendig sein — und wir haben auch die

Frau Minister Leodolter diesbezüglich darauf aufmerksam gemacht —, das Lebensmittelgesetz nicht nur auf die heimischen Produkte zu beziehen, sondern es logischerweise auch auf jene auszudehnen, die wir aus dem Ausland importieren. Wie gesagt, hier wird es notwendig sein, auch im besonderen auf diese Umstände hinzuweisen. Ich denke hier vor allem an die Milchprodukte, an die Konserven, an sonstige Lebensmittel, die es gibt, Kindernährmittel, Backwaren, Suppenartikel und dergleichen. Bei diesen ist kaum die Möglichkeit gegeben, eine entsprechende Überprüfung durchzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf das noch einmal sagen, wir stellen das immer wieder fest, daß wir gar nicht der Meinung sind, daß es notwendig ist, daß der Landwirtschaft mit Subventionen oder überhöhten Unterstützungen unter die Arme gegriffen werden soll, sondern wir wollen nur das eine, gleich wie unsere Nachbarländer vom Ausland einen entsprechenden Schutz erfahren. Dieser wird notwendig sein, weil wir sonst — wie gesagt —, und wie wir das bereits bei verschiedenen Produkten erlebt haben, immer wieder in gewisse Gefahrenmomente hineingeraten. Wir wollen daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, im besonderen daran interessiert sein, daß der Konsument kontinuierlich auch in Zukunft mit hochqualitativen Lebensmitteln versorgt wird. Wenn die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind, werden wir logischerweise mithelfen, um das Agraraußenhandelsdefizit entsprechend abzubauen. Ich bin der Meinung, das muß unser gemeinsames Bemühen sein. Der Herr Bundeskanzler Kreisky hat verschiedentlich auf diesen Umstand hingewiesen, daß es notwendig sein wird, daß wir versuchen, diese Importe aus dem Ausland zu drosseln. Ich habe auch nichts dagegen, wenn es sich der Österreicher leisten kann, nur Produkte aus dem Ausland zu kaufen. Solange er das Geld hat, bitte, soll er es machen. Aber wir kommen in eine Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo für den einen oder anderen noch der Wunsch besteht, solche Produkte für sich in Anspruch nehmen zu wollen, aber es wird leider Gottes das notwendige Geld dafür und die notwendigen Devisen nicht mehr vorhanden sein. Daher muß es unser gemeinsames Bemühen sein, genau wie bei anderen Produkten auch auf dem Sektor der Nahrungsmittel die heimische Produktion und die heimischen Produkte als erstes heranzuziehen.

Wir helfen damit mit, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Arbeitsplätze im ländlichen Bereich zu sichern, und es besteht dadurch nicht die Gefahr, daß ein weiterer Druck auf den Arbeitsmarkt hinein in den gewerblichen und industriellen Bereich spürbar wäre. Die Voraussetzung dafür wird sein, daß Sie uns auch unterstützen, daß wir gemeinsam zusammenstehen und daß Sie mithelfen, daß für den Produzenten der heimischen Nahrungsmittel — in dem Fall für den österreichischen Landwirt — kostendeckende Preise gesichert werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell. Ich erteile es ihm.

Abg. Zinkanell: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte auch mit dem anfangen, womit Kollege Buchberger begonnen hat. Mit den auf die Tische gelegten Äpfeln. Er hat eigentlich nur davon gesprochen, daß sie gespendet wurden, es ist aber noch kein Dank, außer Ihrem Beifall dafür ausgesprochen worden und das möchte ich hiemit sehr gerne tun. Ich habe mich vor allem deswegen über die Äpfel sehr gefreut, weil ich unwillkürlich an unseren Landesparteitag vor 10 Tagen erinnert wurde, wo ebenfalls Äpfel aufgelegt waren (Abg. Aichhofer: „Weil da rote auch dabei sind!“) und an den Spruch der sozialistischen Jungen Generation dazu, — und der Kollege macht ja aufmerksam auf die roten Äpfel, — daß rot gesund ist. (Beifall bei der SPO. — Abg. Aichhofer: „Herr Kollege aber nicht auf Dauer!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Ich möchte wissen, welche Farbe der Äpfel im Paradies gehabt hat!“)

Ich habe mich jedenfalls gefreut, daß bei meinem Packerl gleich vier rote oder rotwangige Äpfel dabeigewesen sind. Jedenfalls schönen Dank dafür. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Schneewittchen hat auch in einen roten Äpfel gebissen!“) Der Kollege Schaller meint, Schneewittchen hat in den roten Äpfel gebissen, aber wir haben ausdrücklich und glaubhaft vom Kollegen Buchberger erfahren, daß diese Äpfel nicht vergiftet, und die roten Äpfel also doch gesund sind. Ich halte mich hier doch lieber an den Kollegen Buchberger als an Märchen. (Abg. Ing. Stoisser: „Sie werden ja auch von ‚schwarzen‘ Bauern gezüchtet!“)

Aber die Äpfelgeschichte können wir ja nicht fortsetzen, daher erlauben Sie mir, daß ich mich nun auch meinem Konzept zuwende und darauf aufmerksam mache, daß der Herr Berichterstatter und auch der Kollege Buchberger schon einiges zum Landwirtschaftsteil unseres Budgets gesagt haben. Ich möchte mich daher nur auf den summarischen Hinweis bei Untergruppe 71 und Untergruppe 74 beschränken. Für die Untergruppe 71, wie Sie aus den Unterlagen wissen, ist das die Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft, dafür ist ein Betrag von 108 Millionen Schilling vorgesehen. Das sind um 11 Millionen Schilling weniger als 1977 und um 3 Millionen weniger als der Erfolg 1976. Bei der Untergruppe 74, „Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ haben wir für 1978 einen Betrag von 156 Millionen vorgesehen. Das ist zwar um 3 Millionen Schilling mehr als gegenüber 1977 und um 17 Millionen mehr als 1976, nur muß man dazu sagen, daß diese 17 Millionen Schilling rein für Personal aufgegangen sind, und zwar von den 17 Millionen 14 Millionen an die Landwirtschaftskammer und 3 Millionen an die landwirtschaftliche Versuchsanstalt. Ich wollte eigentlich nur feststellen, daß in einigen Positionen doch deutliche Reduzierungen feststellbar sind. Das ist eine Feststellung. Es ist nicht eine Kritik, aber ich wollte es erwähnen als Beweis dafür, daß auch im Land keine Wunder vollbracht werden können, wenn weltweit große wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen.

Man müßte es eigentlich vielmehr als ein Wunder bezeichnen, und es ist aus einigen Aussagen von

der OVP-Seite hervorgegangen, daß es der Bundesregierung gelungen ist, bei dieser weltwirtschaftlichen Situation die Arbeitsplätze bisher in diesem Ausmaß zu halten. Eine meines Erachtens sehr beeindruckende Sache. Ein Beweis für diese Auffassung waren auch die Tabellen, die der Herr Landesrat Krainer gezeigt hat, der Einsatz öffentlicher Mittel, vor allem Bundesmittel, im Bauwesen und damit für die Sicherung der Arbeitsplätze.

Dieses Bemühen um weitestgehende Erhaltung der Arbeitsplätze, auch um den Preis finanzieller Belastungen, — das ist auch für die Landwirtschaft viel wichtiger als die Frage, ob es im Landes- und allenfalls im Bundesbudget einige Positionen gibt, die umgeschichtet und durch die Umschichtung allenfalls auch gekürzt wurden. Grundlage des Absatzes der landwirtschaftlichen Produktion ist ja nicht der Export, sondern der inländische Verbrauch und der funktioniert nur, wenn wir keine ins Gewicht fallende Arbeitslosigkeit haben. Außerdem sollte man dazu anführen, daß wir alle wissen, daß vom Ausmaß der Arbeitslosigkeit auch der innere Friede in Österreich abhängig ist. Ich meine, daß diese Tatsache auch von der Bauernbundpropaganda und allenfalls von anderen Propagandisten mit ins Kalkül gezogen werden soll. (Abg. Ing. Turek: „Die lassen sich nicht provozieren!“)

Ich betone und bin gezwungen, das genauso zu tun wie im vorigen Jahr, daß die heutige Rede des Kollegen Buchberger nicht gehässig war, das war eine Aussage, die man unterstützen kann, aber das, was wöchentlich in den Bauernbundzeitungen, in der Steiermark und in Niederösterreich zu lesen ist, das klingt ganz anders. Das ist eine ununterbrochene und leider ziemlich gehässige Kritik an den Bemühungen der Bundesregierung. (Abg. Doktor Dorfer: „Das muß gut sein!“) Vielleicht nicht zwiespältig; der Kollege Buchberger hat da eine gesunde vernünftige Auffassung, aber andere Bauernbundfunktionäre haben eine nicht sehr vernünftige Auffassung. (Abg. Ing. Turek: „Die sprechen die Propaganda mit der Handelskammer ab!“) Ja wahrscheinlich, das weiß ich nicht ganz genau.

Ich wollte folgendes dazu sagen: Politische Auseinandersetzung — selbstverständlich — auch wenn sie hart ist. Keine Zensur, wie wir das am Vormittag schon einmal kurz besprochen haben und vor allem darauf achten, daß bei diesen Auseinandersetzungen nicht der demokratische Rahmen, in dem wir alle leben, gesprengt wird.

Vielleicht auch noch eine kleine Bemerkung, die ist, glaube ich, in den zwei Tagen untergegangen. Man soll auch keine Türen eintreten wollen gegenüber der Bundesregierung. Zum Glück für uns alle haben die Österreicher ohnedies kein Verständnis für so eine sehr grobe Art der politischen Auseinandersetzung, vor allem, weil die Bevölkerung sieht, was geleistet wird und was geleistet wurde und weil sie auch vergleicht mit der Situation in der Welt draußen. Das gilt auch für die Landwirtschaft.

Trotz aller Schwierigkeiten die von außen herein auf unsere Wirtschaft und Volkswirtschaft einwirken, war es möglich, daß es auch im Jahr 1976, und über das liegt ja der Grüne Bericht des Bundes und übrigens auch der Grüne Bericht des Landes

vor und, auch entgegen den Voraussagen des Bauernbundes ein gutes Jahr wurde. Es ist auch in der Landwirtschaft wieder vorwärts gegangen. Sie kennen die Zahlen, zumindest jene Abgeordneten, die sich damit befassen. Das Leistungseinkommen ist um 12 Prozent gestiegen. Für die Bergbauern ein erfreulicher Fortschritt mit 22 Prozent. Vielleicht eine Ziffer noch: Das Gesamteinkommen im Hochalpengebiet ist auf 152.000 Schilling angestiegen. Ich hätte hier eine Unterlage, eine Tabelle des Grünen Berichtes des Bundes, aber ich schenke es mir und Ihnen, daraus vorzulesen. Es wären die positiven Zahlen, die das, was ich soeben gesagt habe, noch etwas genauer untermauern.

Aber, ich möchte doch eine Zitierung, die mir nicht ganz unwesentlich erscheint, bringen, und zwar von der Österreichischen Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik, und zwar nicht vom Vorsitzenden oder vom gewesenen Vorsitzenden Nußbaumer, sondern von einem Mann Ihrer Seite, Dr. Matthias Schneider, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung. Er hat schon im Frühjahr die Zahlen aus 1976 in der Hand zu überprüfen gehabt und hat festgestellt:

Nach ersten Berechnungen des erwähnten Institutes erzielte die Land- und Forstwirtschaft 1976 eine Bruttowertschöpfung von 36 Milliarden Schilling. Das ist ein Plus von achteinhalb Prozent und das sind 5,3 Prozent des gesamten Bruttonationalproduktes. Die Nettowertschöpfung des Agrarsektors war mit 24 Milliarden Schilling um 9 Prozent höher als im Vorjahr; die Leistungseinkommen der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft stiegen um knapp 12 Prozent. Damit sind nach zwei schwachen Jahren — 1974 und 1975 —, und wir wissen, weswegen das so war, die Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1976 rascher gewachsen als zum Beispiel die Löhne und die Gehälter. Das wollte ich Ihnen doch gerne zur Kenntnis bringen. Das sind keine Sensationen, aber immerhin sehr gute Zahlen.

Im übrigen wird das auch vom Grünen Bericht des Landes bestätigt. Der Grüne Bericht des Landes ist eine Art steirische und detaillierte Ergänzung des Berichtes des Bundes. Er beinhaltet sehr beachtliche Unterlagen und eine sehr beachtliche Datensammlung. Dieser erste steirische Grüne Bericht enthält auch grundsätzliche Überlegungen und Erwägungen und ist eine Art Versuch, die Problematik der Landwirtschaft im Industriezeitalter — also in unserer Zeit — auszuleuchten. (Abg. Ing. Turek: „Ein schönes Bild vom Landesrat Dr. Krainer ist auch drinnen!“) Oh ja! Natürlich, bitte, ich vergönne es ihm. Warum nicht? Er war ja auch damit befaßt. Wesentlich, würde ich sogar sagen.

In mehreren Sitzungen — damit kommen auch wir zum Zuge, Kollege Turek — dieser Paragraph-17-Kommission und nach Modifizierung von zum Teil sehr pessimistischen Formulierungen konnte eine Übereinstimmung im Beschluß über diesen Grünen Bericht des Landes erreicht werden. Der Grüne Bericht ist zugleich auch eine Entscheidungshilfe für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark konkret z. B. für die Bergbauerndirektzahlung, zu der sich nun auch das Land entschlossen hat. Ohne Spitze möchte ich

sagen: 6 Jahre, nachdem der Bund die Bergbauernförderung eingeführt hat. Nachdem der Bund inzwischen für die Steiermark auf runde 22 Millionen Schilling im Jahre 1977 aufgestockt hat — im Jahre 1978 wird es wieder etwas mehr sein —, hat man im Land — und ich freue mich darüber — gleich von vornherein den Sprung auf 24 Millionen Schilling vorgesehen. Ich hoffe, daß es möglich ist, diesen Betrag auch zu realisieren. (Landesrat Dr. Krainer: „Sicher!“) Es ist — der Herr Landesrat sagte es — sicher, und ich bin überzeugt, daß das, obwohl es nur im außerordentlichen Haushalt vorgesehen ist, auch gegeben werden kann.

Vielleicht darf ich doch darauf hinweisen, daß bei der Bergbauernförderung ein etwas anderes System als beim Bund gehandhabt wird. Der Bund arbeitet nach einer Zonierung. Ich weiß nicht, ob sich die Damen und Herren noch an die Diskussionen erinnern, die wir in dieser Sache schon gehabt haben: Seinerzeit Berghöfekataster mit sehr viel Ärger drumherum, ergänzt durch die Zonierung. Die 3. Zone erhält einen nicht unbeachtlichen Zuschuß, wobei kleinere Betriebe gleich viel bekommen wie die Großbetriebe. Die Grenze beim Bundesbergbauernzuschuß ist 300.000 Schilling Einheitswert.

Das Land — wie gesagt — handhabt das etwas anders. Man hat ein eigenes neues Bergbauernregister ausgearbeitet. Was gut ist, ist gut — und es scheint, daß es eine gute Sache ist. Es läuft auf Flächenbasis, wobei die entsprechenden Richtlinien in den nächsten Tagen, gewissermaßen für die Tätigkeit des Landes, von der Landwirtschaftskammer beschlossen werden. Die Grenze liegt hier bei 450.000 Schilling Einheitswert. Ich hoffe, daß sich das auch gut einspielt, wenngleich bei diesem System gesagt werden muß, daß der kleine Betrieb, im Gegensatz zur Bundesförderung, weniger bekommt als der große. Bei einer gleichen Punktezahl — das habe ich bereits kurz erwähnt — entscheidet die Fläche.

Als Beispiel darf ich anführen: Bei gleicher Punktezahl bekommt ein 3-ha-Betrieb — sofern diese Ziffern so angesetzt werden, was ja noch offen ist — 1000 Schilling. Der 15-ha-Betrieb würde fünfmal diesen Betrag, also 5000 Schilling bekommen. Dazu ist vielleicht noch zu sagen, daß diese 5000 Schilling dann einer bekommen kann mit 200 und mehr Hektar, wenn seine Gründe mit entsprechend niedrigen Werten eingestuft sind.

Aber bitte, das ist eine Feststellung, beide, die kleineren und die größeren Betriebe, bewahren die Kulturlandschaft. Das ist ein Argument, dem man nichts entgegensetzen kann. Nur bleibt für mich immer noch die Meinung, die Kleinbetriebe hätten das Geld nötiger als die ganz großen oder die ziemlich großen. Aber noch einmal darf ich sagen, ich hoffe, daß sich diese Sache gut einspielen möge. (Abg. Nigl: „Bestimmt!“)

Vielleicht noch eine Bemerkung — du bist ja sehr zuversichtlich, ich würde sagen, ich teile diese Zuversicht — zum Vorwort des steirischen Grünen Berichtes. Der Herr Landesrat Dr. Krainer hat dort den Antrag der OVP-Abgeordneten des Jahres 1974 für das Landwirtschaftsförderungsgesetz hervorgehoben. Es wäre recht nett gewesen und ein Zeichen

einer Fairneß, die man sonst bei ihm ja auch immer wieder feststellen kann, wenn er auch die sozialistischen Bemühungen in dieser Angelegenheit erwähnt hätte. Bei unserem Landesparteitag ist auch darüber geredet und darauf hingewiesen worden, daß schon seit ungefähr 20 Jahren die Sozialisten für ein Landwirtschaftsförderungsgesetz eingetreten sind.

Darf ich noch eine Bemerkung zum Vorwort machen. Der Herr Landesrat hat geschrieben: „Die Förderungspolitik der steirischen Landesregierung hat sich immer davon leiten lassen, die Weiterentwicklung der Land- und Forstwirtschaft zu ermöglichen.“ Das stimmt an sich, aber vielleicht doch nur zum Teil. Denn die, die damit befaßt sind, wissen selber und insbesondere weiß es natürlich auch der Herr Landesrat, daß manche Gelder, die hinausfließen, doch weniger dem weiteren Fortschritt als eher der Beibehaltung und der Zementierung unbefriedigender Zustände dienen. Wir wissen, was gemeint ist. Im Sinne der Weiterentwicklung der Landwirtschaft sollten vielleicht doch auch — soweit das möglich und sinnvoll ist — kleinere finanzielle Förderungen mit einer Auflage vergeben werden. Der steirische Grüne Bericht wurde vom Herrn Landesrat als eine Art Röntgenaufnahme der steirischen Landwirtschaft bezeichnet. Auch dem kann man zustimmen. Aber nicht seiner Theorie — bitte schön, laut Presse, Herr Landesrat — über die Therapie, die angeblich der Bund in bezug auf Bergbauern bzw. auf die Landwirtschaft anwendet. Diese Kritik ist mehr oder weniger doch eine Art parteipolitischer Pflichtübung, denn auch er weiß, daß der Bund so viel gibt als es unter den gegebenen Umständen überhaupt möglich ist. (Beifall bei der SPO.) Ich darf nur kurz in Erinnerung rufen (Abg. Doktor Dorfer: „Was gibt es da zu klatschen?“ — Abg. Brandl: „Weil es stimmt!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eine Aussage, die immer stimmt!“ — Abg. Loidl: „Wir klatschen wenn es uns paßt und nicht, wenn es Ihnen paßt!“): Grüner Plan, Treibstoffrückver- gütung.

Ich darf an die Preisausgleiche für Milch, für Getreide und so weiter erinnern; an die Aufwendungen für die bäuerliche Sozialversicherung und an vieles mehr. Die Summe, sie ist Ihnen ja bekannt, beträgt runde 13 Milliarden Schilling. Wenn wir hier ein Zahlenexempel versuchen, dann müßte man sagen, wenn von den rund 350.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Österreich 70.000, also ein Fünftel, auf die Steiermark entfallen, dann müßte man diese 13 Milliarden ungefähr mit einem Fünftel auf die Steiermark umlegen und man kommt auf diese Weise auf über 2,5 Milliarden Schilling. Das ist immerhin ein recht beachtlicher Betrag.

Ich habe vorhin Preisausgleiche erwähnt; dabei denkt man unwillkürlich und selbstverständlich auch an das Milchproblem, weil es gerade in diesem Jahr außerordentlich aktuell ist, weil es auch kompliziert ist und weil es auch sehr kostspielig ist. Wir haben vor einigen Monaten eine Milchenquete zum Abschluß gebracht, die der Herr Landwirtschaftsminister Haiden einberufen hat. Dabei ist es darum gegangen, neue Wege in der Milchwirtschaftspolitik zu suchen, weil der bisherige Zustand einfach nicht mehr zu halten ist. Alle, die damit

zu tun haben, manche von Ihnen befassen sich weniger mit den Problemen, wissen, daß wir einen Krisengroschen schon seit dem Jahre 1953 haben und daß bei ständig steigender Anlieferung nicht gezeigt hat, daß der Krisengroschen kein Steuerungsinstrument ist. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ein besseres Wort wie ‚Krisengroschen‘, Herr Kollege!“) Wir brauchen uns jetzt, Herr Landeshauptmann, den Kopf eigentlich kaum mehr zu zerbrechen über diesen Terminus technicus (Abg. Ing. Turek: „Erfunden hat ihn ja der Schleinzer!“), weil wir hoffen, mit der neuen Regelung überhaupt vom Krisengroschen wegzukommen.

Ich wollte ganz kurz in Erinnerung rufen, wie die Dinge gelaufen sind. Es gab sozialistische Vorschläge, die auch bis ins Jahr 1953 zurückreichen, wie zum Beispiel Staffelung der staatlichen Stützung. Diese Dinge, auch ähnliche, sind vom Bauernbund immer wieder abgelehnt worden. Verschiedene flankierende Maßnahmen, über die jetzt wieder geredet wird, haben leider keine sehr befriedigende Wirkung gezeigt oder aber sind kaum zum Einsatz gekommen. Durch die Blockierung mancher dieser Möglichkeiten von der Seite des Bauernbundes her, ich denke noch einmal an die Staffelfrage, wurde das Problem Milchwirtschaft und Überschuß bei der Milch immer wieder weitergeschleppt.

Nun kann man feststellen, daß der Landwirtschaftsminister einen ersten wichtigen Schritt auf einem neuen Weg gemacht hat. Es ist bekannt, daß Agrarwissenschaftler, jetzt wird in der Diskussion und in den Zeitungen gesagt, daß ein paar kleine Bauernorganisationen, die keine große Bedeutung haben, eine ganz andere Meinung hätten als der Bauernbund, (Abg. Ing. Turek: „Dürfen sie das?“) unter anderem von der Hochschule für Bodenkultur, mitherangezogen worden sind. Diese Fachleute, die keine Sozialisten sind, haben festgestellt, daß es das Beste wäre, zu der vom Minister vorgeschlagenen Kontingentierung überzugehen.

Es würde zu weit führen, den Begriff Kontingentierung jetzt auseinanderzulegen. Er bedeutet etwa, daß 80 oder 85 oder von mir aus 90 Prozent der 76iger Milchlieferung voll bezahlt wird und alles was darüber hinausgeht, würde zum Weltmarktpreis bezahlt. So, wie wir wohl oder übel auch die Butter, die wir exportieren, nur zum Weltmarktpreis bezahlt bekommen. Ich weiß nicht, ob Ihnen die Ziffer interessant erscheint: 20 Schilling pro kg Butter bekommt man im Ausland und 38 Schilling pro kg schießen wir zu. Das ganz kurz zur Kontingentierung. Sie ist verhältnismäßig einfach zu handhaben. Sie ist zielführend, soweit wir das beurteilen können und bringt auch keine unzumutbaren Kosten. Nachdem die Milch doch eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Landwirtschaft ist — ich bitte um Verständnis, wenn ich mich damit etwas mehr befasse — müßte man meinen, daß sich der Bauernbund voll hinter diese Sache stellt und sich voll engagiert. (Abg. Brandl: „Müßte man meinen!“) Ja, müßte man meinen. Leider ist das allerdings nicht so. Nach der Enquete hat nun der Bauernbund auch einen Milchvorschlag, den ersten seit 1953 in dieser Bedeutung, gemacht. Und der Wichtigkeit dieser Sache halber möchte ich doch kurz und

auszugsweise sagen, was der Bauernbund vorschlägt. Vor allem deswegen möchte ich das gerne tun, weil anhand dieser Unterlage des Bauernbundes auch auf einige andere agrarpolitische Möglichkeiten eingegangen werden kann. Ich werde mich bemühen, das so kurz als möglich zu machen, weil ich Sie ja nicht zu lange aufhalten will. Es heißt hier unter anderem unter der Zwischenüberschrift „Die Neuorientierung“:

„Bei der Neuorientierung geht es darum, die Möglichkeiten des Milchabsatzes voll auszuschöpfen.“ Bitte, ich muß dazu sagen, das war schon seit 1953 immer die Bemühung. Also so neu orientiert ist das leider nicht, die Produktionsalternativen durch agrar- und handelspolitische Maßnahmen abzusichern. Man täte dem Minister Hartmann und dem Schleinzer unrecht, wenn man sagen würde, daß sie sich nicht auch bemüht hätten, durch flankierende Maßnahmen im Agrarbereich den Milchmarkt auszugleichen. Daher kommt mir die Zwischenüberschrift mit der Neuorientierung wenig zielführend vor.

Dann gibt es auch hier ein Maßnahmenpaket. Da heißt es gleich unter 1. „Vorrang der inländischen Produktion“. Ich will nicht boshaft sein, sonst müßte man sagen: „Na net.“ Das ist ja selbstverständlich, wessen sonst? (Abg. Dr. Schilcher: „Staribacher!“) Das ist ganz klar. Die österreichische Milchwirtschaft muß handelspolitisch durch generelle Anwendung der inländischen Lebensmittelbestimmungen bei Importwaren und gegen unterpreisige Importe von Milchprodukten geschützt werden. Ich bin absolut dieser Meinung und das ist ja auch nichts Neues. Vielleicht kann man das stärker betonen, als es bisher war, da möchte ich mit dem Bauernbund nicht streiten. Durch eine Weiterentwicklung des Marketings, durch vielfältiges Angebot, Erweiterung der Produktpalette, weitere Verbesserung der Qualität für Rohmilch und Milchprodukte muß der Inlandsabsatz gesteigert werden. Der Herr Präsident Koiner war damals noch nicht Landwirtschaftskammerpräsident, als unser Kollege Hermann Lackner, ich weiß nicht wer von den Herren damals dabei war bei den Kammervollversammlungen, schon mehrmals nachdrücklich darauf hingewiesen hat, daß man eine breitere Milchproduktionspalette machen müßte. Zum Teil ist es inzwischen geschehen.

Aber ich sage noch einmal, neu sind diese Dinge nicht. Auch nicht wenn es heißt, mehr Rindermast, Einsteller- und Zuchtrinderproduktion, Kälbermast oder sonstige Formen der Veredelungsproduktion. Das alles sind Vorschläge die schon versucht wurden: Übrigens muß ich dazu sagen, auch der Minister bemüht sich in dieser Weise; der Bauernbund und die Auffassungen des Ministers gehen zum Teil konform, aber es ist trotzdem, auch wenn es vom Minister kommt, nichts Neues.

Dann ist hier angeführt der Punkt „Heimische Olsaatenproduktion“. Ja, ich darf sagen, wir sind da völlig einer Meinung. Hier hat sich der Landwirtschaftsminister schon sehr nachdrücklich und sehr frühzeitig, sobald die Möglichkeit überhaupt irgendwie ins Kalkül gezogen werden konnte, damit befaßt. Ich möchte das auch deswegen gerne feststellen, daß sich nicht der Bauernbund sehr breit

auf diese gute Sache draufsetzt und so tut, als ob das seine Erfindung wäre. Das ist eine gute Sache, die man gemeinsam möglichst rasch und kräftig forcieren und unterstützen müßte.

Dann heißt es noch unter „Flankierende Maßnahmen“: „Verminderung des Kuhbestandes“. Hier bestehen gewisse Meinungsdivergenzen. Der Bauernbund fordert: „Durch eine Prämienaktion wäre eine Reduktion des Kuhbestandes um 50.000 Stück anzustreben, das führt zu einer geringeren Marktleistung bei Milch.“

Ja bitte, meine Herrschaften, 50.000 Kühe, das sind ungefähr 5 Prozent der Gesamtkuhzahl. Wenn wir wissen, daß im letzten Jahr die Milchliefersteigerung 5 Prozent betrug, dann kann man sagen, daß in einem Jahr — wenn die Dinge so weitergehen — diese Abschlichtgeschichte schon wieder egalisiert wäre. Außerdem wissen auch die damit Befassten, daß sich das in Deutschland in keiner Weise als zielführend erwiesen hat.

Durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen in den Verwertungsbetrieben soll kontinuierlich der Verwertungsaufwand gesenkt werden. Ich muß sagen, das ist absolut richtig — so richtig, daß wir es schon 1967/68 im sozialistischen Wirtschaftsprogramm drinnengehabt haben. Es kommt nur darauf an, daß man will, daß das geschieht.

Und nun käme man ins Detail — auf das Kernproblem — (Abg. Koiner: „Ich kenne das schon. Es ist nichts Neues!“) der Vorstellungen des Bauernbundes, auf die sogenannte „Feinsteuerung“. Da heißt es:

„Das System ist geeignet, ein übermäßiges Ansteigen der Milchlieferungen zu verhindern und die daraus folgende Zunahme des Finanzierungserfordernisses in Grenzen zu halten.“

Ich muß sagen, das ist leider Gottes eine reine Behauptung und ein Ausdruck der Hoffnung, denn sicher ist das keineswegs.

Ich möchte nur einen Punkt herausgreifen, wo es heißt: „Übersteigt die Milchlieferleistung das vorgegebene Marktleistungsziel und ist das Verwertungserfordernis durch Staatsbeitrag und generellen Verwertungsbeitrag nicht zu bedecken, so sollen nach einer Art Verursacherprinzip jene, die für dieses Angebot verantwortlich sind, über den generellen Verwertungsbeitrag hinaus durch einen zusätzlichen individuellen Verwertungsbeitrag zur Finanzierung herangezogen werden.“ Das ist — wenn man es ganz genau nimmt — im Prinzip nichts anderes als eine Kontingentierung, nur — so wie ich das sehe — komplizierter und ich fürchte, deswegen auch viel schwieriger durchführbar.

Vielleicht noch eine Erläuterung zu dem, was hier steht: „Richtmenge des Einzelbetriebes ist jene Größe, die sich an der bisherigen Milchlieferleistung des Betriebes und dem festgelegten Gesamtmarktleistungsziel orientiert.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, damit habe ich die wichtigsten Punkte des Bauernbundvorschlages behandelt.

Vielleicht eines noch dazu: „Auch die Verwertungsbetriebe haben ihre Lieferanten verantwortungsvoll zu beraten und zu informieren.“ Ich muß ehrlich sagen, das sind Wünsche gewesen, die wir auch schon sehr lange lautwerden lassen und

man hätte das schon — unter Hartmann, auch unter Schleinzer — tun sollen. Auch damals haben sich die einzelnen Molkereigrößen, Obmänner, Direktoren, mehr mit der Kapazität ihrer Molkerei befaßt und darauf hingewirkt, daß diese Kapazität möglichst ausgelastet ist und gegen die Intentionen ihrer damaligen Landwirtschaftsminister gearbeitet.

Der Kern der Bauernbundvorstellung — das habe ich bereits gesagt — ist eigentlich nichts anderes als eine etwas kompliziertere Kontingentierung. Das „Drumherum“ — die flankierenden Maßnahmen — ist nicht neu und war bisher nicht zielführend. Ich sage noch einmal, auch das, was an flankierenden Maßnahmen von den Ministervorstellungen dazugekommen ist, wird nicht entscheidend sein, sondern die Kontingentierung. Daher glaube ich, daß es wirklich besser wäre, mit dem Minister zusammenzuarbeiten. Ich wundere mich über eine Aussage des Herrn Präsidenten Koiner, die im „Neuen Land“, also in der Zeitung des Bauernbundes so lautet: „Zum vorgelegten Milch-wirtschaftskonzept des Bauernbundes erklärte der Präsident, ein Kompromiß zwischen diesem und dem des Landwirtschaftsministers sei kaum denkbar. Denn bei einem Zweidrittel-Mehrheitsgesetz werde nicht das geschehen, was sich der Landwirtschaftsminister vorstellt.“ Ich habe den Eindruck, der Herr Präsident hat mit der Formulierung vom „Neuen Land“ keine große Freude. Da müßte man ja fragen, was soll das heißen? Das klingt wie nach außerparlamentarischer Opposition. Ich glaube nicht (Abg. Koiner: „Das habe ich schon vergessen!“), daß das beabsichtigt und vorgesehen ist. Vor allem dann nicht, wenn die Kernprobleme nicht wesentlich auseinandergehen und wenn das „Drumherum“ zwar gut ist, aber bis dato sich nicht als zielführend erwiesen hat. Warum der Herr Präsident so böse war, weiß ich nicht. Vielleicht doch — (Abg. Buchberger: „Du sagst auch, was wir vorschlagen, das sei schlecht!“) Kollege Buchberger, wenn ich es nicht da notiert hätte, wäre das jetzt ein Stichwort von dir gewesen — wegen dem — was du, Herr Vizepräsident, gesagt hast — Agraraußenhandelsdefizit oder was ihn sonst so verdrossen hat.

Den Informierten ist es bekannt und den Nichtinformierten wird es vielleicht interessant erscheinen: Das Agraraußenhandelsdefizit ist vor allem eine Sache der Preise und nicht der Menge. Es war keine Steigerung in der Menge, sondern bei den Preisen. Und die Preise dessen, was wir vom Ausland einkaufen, können wir nicht bestimmen. Weder beim Tee, noch bei den Orangen, noch sonst irgendwo. Man will auf diese Dinge — zum Beispiel auch besonders frühzeitiges Obst — nicht verzichten.

Das zweite dazu: Wir können nicht alles selbst produzieren. Das ist auch schon festgestellt worden. Ich würde liebend gerne zum Beispiel eine Teeplantage bei dir, Kollege Buchberger, oder bei unserem Kollegen Trummer, den ich vermisse, der wahrscheinlich krank sein wird, besuchen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Trummer ist krank. Ich habe gerade mit ihm telefoniert und er hat gesagt, er läßt dich schon grüßen!“) Danke vielmals. Herr Landeshauptmann, ich darf bitten,

ihm meine besten Genesungswünsche wissen zu lassen. Wie gesagt, er geht mir ab.

Aber ich wollte nur sagen, so etwas würden wir gerne besuchen, aber das ist nicht möglich, auch im Bezirk Radkersburg nicht, in unserem südlichsten Bezirk, Herr Landeshauptmann.

Noch eine Ziffer, die bei diesen Diskussionen untergeht, die aber dazugehört. Die österreichische Landwirtschaft versorgt Österreich mit 92 Prozent des österreichischen Nahrungsmittelbedarfes. Das ist um rund 10 Prozent mehr als in den letzten Jahren. Das ist doch auch ein Zeichen, daß weitestgehend österreichische Nahrungsmittel von den Österreichern konsumiert werden.

Vielleicht gleich ein Wort zu dem, was Kollege Buchberger gesagt hat. Natürlich haben wir Ärgernisse mit Importen gehabt und haben sie zum Teil noch. Aber einerseits können wir den Dingen nicht ausweichen und andererseits ist ja auch gesagt worden, daß die Importe gerade hier beschränkt werden, soweit sie beschränkt werden können.

Die Olsaatengeschichte habe ich bereits erwähnt, nur noch in dem Zusammenhang der Hinweis auf Spezialkulturen. Das, was der Kollege Buchberger mit den 48.000 gefährdeten Arbeitsplätzen gesagt hat, stimmt nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe das vorhin schon angedeutet: Entscheidend ist, daß die Arbeitsplätze, vor allem für die 50 Prozent bäuerlichen Betriebsführer, die Nebenerwerbslandwirte sind, gehalten werden können. Entscheidend ist die Sicherung der Arbeitsplätze. Das ist das Grundlegende. Es ist ja in dieser Unterlage ein etwas eigenartiges Rechenexempel vorhanden. Einerseits 3 Milliarden Schilling oder von mir aus 4 oder 5 Milliarden Schilling, die man durch Nichteinfuhr und Selbstproduktion, so weit es geht, hereinbringen könnten, andererseits 48.000 Arbeitsplätze und ein Aufwand von 24 Milliarden Schilling. Man muß schon bei den Dingen bleiben die real sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fürchte ich habe Sie wirklich zu lange aufgehalten. Ich bitte um Entschuldigung.

Ich wollte nur noch als Abschluß sagen: Nach den Feststellungen, die ich versucht habe anzuführen, nach den Tatsachen, die wir sehen, ist sichtbar, daß die Agrarpolitik der Bundesregierung, des Landwirtschaftsministers, in Ordnung ist und, noch einmal, weil ich die Zeitung vor mir liegen habe und weil es mir ins Auge springt, so eine Zwischenüberschrift: „Ohne Bauernbund gibt es keine Agrarpolitik.“ Ich muß sagen, was bis jetzt seit 1970 die sozialistische Regierung und die Landwirtschaftsminister geleistet haben, ist eine sehr zielstrebige Agrarpolitik gewesen. Ich bin der Meinung, natürlich mit dem Bauernbund, wenn der Bauernbund mittut, aber nicht immer war er zum Mittun bereit. Die Agrarpolitik ist in Ordnung. Sie ist verantwortungsbewußt, sie ist fortschrittlich, sie ist bauernfreundlich. Nicht in Ordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist manches Mal die etwas mangelhafte Bereitschaft der Bauernbundfunktionäre, auch in den Kammern, wobei ich nicht unbedingt den Herrn Präsidenten meine, die mangelnde Bereitschaft zu einer konstruktiven Mit- und Zu-

sammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium. (Abg. Buchberger: „Da brauchen wir jetzt gar nicht darüber zu reden.“) Ich sage noch einmal und wiederhole es jetzt: Kritik selbstverständlich; nur das, was man manchmal in der Bauernbundzeitung zu lesen bekommt, hat mit Kritik nicht mehr viel zu tun. Diskussionen, selbstverständlich. Aber nicht auf Kosten der Bauern und bäuerlichen Familien. Wir werden dem Landwirtschaftsabschnitt der Gruppe 7 selbstverständlich zustimmen. (Beifall bei der SPO.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lackner.

Abg. Lackner: Hoher Landtag, meine Kolleginnen und Kollegen!

Auch die Obersteiermark dankt den steirischen Obstbauern für die nette Kostprobe. Wir haben uns wirklich sehr darüber gefreut und möchten gleichzeitig aber auch unsere tüchtigen Obstbauern beglückwünschen zu diesen großartigen züchterischen Erfolgen, die sie immer wieder unter Beweis gestellt haben.

Genau wie der steirische Fremdenverkehr mit seinem grünen Herz, der viele Herzen weit über seine Grenzen hinaus gewonnen hat, sind es auch unsere Obstbauern, die durch ihre hervorragende Qualität viele Abnehmer weit über die Grenzen hinweg gewonnen und vor allem auch die Steiermark bekannt gemacht haben. Selbstverständlich, Herr Kollege Zinkanell, stimmt es, daß rot gesund ist. Ich muß aber trotzdem davor warnen, weil zu viele rote Blutkörperchen unangenehm werden könnten. (Abg. Brandl: „Da ist es ein Glück, das es keine schwarzen gibt!“) Die gibt es, Gott sei Dank, nicht. (Landesrat Bammer: „Er ist ein ehrlicher Mensch!“) Schwarze gibt es auch keine mehr, wir sind ja lauter OVPLer, das ist ein Unterschied.

Das Kapitel Landwirtschaft ist halt so, wie alle Jahre, nicht nur in diesem Hause, sondern überall in unserem Land, voller Probleme, Sorgen und Schwierigkeiten.

Es ist wirklich oft nicht leicht, wenn man den Eindruck erweckt, daß man anfängt zu jammern, aber wir wollen durchaus nicht jammern, sondern einfach die Tatsache feststellen, wie es ist. Es gibt keinen Stand in unserem Land, der so von der Willkür, zum Teil von der Regierung abhängig ist. Es gibt nicht nur in der Landwirtschaft Überproduktion, ich bin überzeugt, daß es auch viele Betriebe gibt, wo mehr produziert wird, als man absetzen kann. Mir ist aber nicht bekannt, daß man dort den Arbeitern von ihrem wohlverdienten Lohn zumutet, daß man ihnen irgend etwas abzieht, was bei den Bauern selbstverständlich ist. Und mir ist nicht bekannt, daß Arbeiter, wenn sie zu viel produzieren müssen, von den Produkten etwas zurücknehmen müssen, so wie wir es bei Käse und Butter selbstverständlich tun müssen.

Zu deiner Ausführung, lieber Freund Zinkanell, zur Bergbauernförderung, Direktförderung. Es ist richtig, die hat es zu unserer Zeit, also zur Zeit der OVP-Regierung, nicht gegeben. Aber völlig unrichtig ist es, wenn man behaupten würde, daß es

früher keine Bergbauernförderung gegeben hätte. Ich erinnere an die Besitzfestigungsaktion, die seit vielen Jahren Beachtliches geleistet hat. Und wenn man durch unser Bergland fährt, so sieht man heute und überall neu erbaute Höfe stehen, die nur durch die Besitzfestigungsaktion und durch die Kreditaktion errichtet werden konnten.

Und wenn die Direktförderung jetzt eingeführt ist, wir sind natürlich dankbar für jeden Schilling, aber ich bin eher der Meinung, daß dies irgendwo eine kleine Entschädigung ist. Früher einmal, zu OVP-Zeiten, hat der Agrarinvestitionskredit 3 Prozent gekostet. Jetzt kostet er 5 Prozent. Vielleicht ist das eine Abgeltung für die höheren Zinsen, die wir zahlen müssen. Darüber hinaus ist es sogar so, wenn heute ein Bauer den Mut hat zu investieren und einen Kredit aufnimmt und er mit der Investition automatisch Arbeitsplätze sichert, da hält der Herr Finanzminister auch noch die Hand auf, weil man eine Kreditsteuer zahlen muß dafür. Und so geht es halt ständig dahin mit den Sorgen und Wünschen.

Ich muß leider ebenfalls eine neue Sorge anmelden, und zwar ist es das Problem der Wegerhaltung. Es ist schier unzumutbar, daß die Bauern diese Last allein tragen. Diese Wegerhaltung ist einmal der Schlüssel für die Erhaltung der Besiedlung und der Bewirtschaftung unserer Kulturlandschaft. Durch den unermüdlichen Fleiß unserer Bauern, durch Leistung von Interessentenbeiträgen, durch die Beiträge der finanzschwachen Bergbauerngemeinden und natürlich durch die große Unterstützung von Land und Bund ist es möglich geworden, daß wir mit der Erschließung der Höfe nicht ganz, aber praktisch fertig sind. Aber die Schwierigkeit, die dabei liegt, ist die Erhaltung vor allem in dem Sinne, daß man so rasch als möglich diese Wege absichert, mit einer Schwarzdecke versieht. Der Herr Bundesminister Haiden ist zwar nach wie vor der Meinung — und ich verstehe eigentlich nicht, warum er sich das nicht ausreden läßt — die Erhaltung der Wege sei nicht Sache des Bundes, sondern Sache der Gemeinde. Wir haben diesbezüglich schon diskutiert miteinander, aber von dieser Idee steigt er nicht herunter und das geht aber nicht. Die Güterwege, die praktisch die Höfe erschließen, die die Lebensader sind, sind heute ein Allgemeingut geworden für jeden quer durch unsere Heimat und weit hinaus ins Ausland.

Ich bin kein Statistiker, aber ich weiß nur, daß per Stand mit 31. Dezember 1976 nur 8200 Kilometer Güterwege mit einer Schwarzdecke versehen sind und 11.500 Kilometer sind noch mit einer Schwarzdecke zu versehen.

Dazu kommt noch das Problem der Schülerfreifahrten und gerade im Bergland neben der Erhaltung auch noch die Schneefreihaltung. Die Bauern sind nicht in der Lage, die Kosten zu tragen und die finanzschwachen Gemeinden ebenfalls nicht. Ich muß daher die dringende Bitte richten, daß nicht nur das Land, sondern ebenfalls der Bund maßgebliche Mittel dazu beisteuert. Eine Verkehrszählung voriges Jahr an hundert verschiedenen Stellen hat ergeben, daß von Juni bis September 52.000 Fahrzeuge gezählt wurden und es waren in der Haupt-

sache Pkw. Nur 5,1 Prozent sind es Traktoren oder andere landwirtschaftliche Fahrzeuge gewesen. Alles übrige gehörte hauptsächlich zum Fremdenverkehr. Und sind wir froh, wenn wir unseren Sommergästen, die zu uns kommen, die uns die wertvollen Devisen bringen, die Heimat zeigen können, und wenn sie sich bei uns wohl fühlen. Aber darüber hinaus nicht nur die Sommergäste. Dadurch wird es jetzt wirklich so weit sein, daß es eine Selbstverständlichkeit für alle ist. Es gibt heute ja kaum mehr selbständige Vollerwerbsbauern. Ganz wenige. Der größte Teil der Bergbauern muß irgendwohin zur Arbeit fahren, das heißt, sie brauchen den Weg ja täglich, weil sie in die Arbeit fahren müssen, damit sie ihr zusätzliches Brot verdienen. Aus diesem Grund heraus kann man das in Zukunft ja nicht nur allein auf den Bauern ruhen lassen. Ich bitte daher dringend von dieser Stelle aus, daß ein eigener Fonds für die Erhaltung unserer Güterwege geschaffen wird. Denn jeder Schilling, der von öffentlicher Seite, vom Staat, für die Erhaltung der Wege investiert wird, trägt dazu bei, daß dieser Lebensraum, dieses Kulturland erhalten wird. Es ist die billigste Investition, die es überhaupt gibt, da in der weiteren Folge dieses Gebiet weiterhin lebt und blüht und weiterhin der wertvolle Devisenbringer für unsere Sommergäste sein wird, die wir so notwendig brauchen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pranchh. Ich erteile es ihm.

Abg. Pranchh: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Einer der letzten Sätze des Kollegen Zinkanell war „Kritik ja“. Ich muß sagen, die ist auch nach seiner Wortmeldung notwendig.

Sie ist besonders notwendig, weil im nächsten Jahr wieder um eine neue Agrarmarktordnung verhandelt und gerungen werden muß. Das wird ja auch der Grund gewesen sein, warum sich der Herr Kollege Zinkanell so ausführlich und eingehend mit der Milch als einem der schwierigsten Problembereiche der agrarischen Erzeugung überhaupt befaßt hat. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß man über die Milcherzeugung und ihre Schwierigkeiten, eine Überlegung anstellen muß. Diese gilt für fast alle agrarischen Produktionen und das sind die natürlichen Voraussetzungen.

Ich glaube, daß gerade diese natürlichen Voraussetzungen nirgends so hart vorgeschrieben werden von der Natur wie im Alpenland und an den Randgebieten der Alpen. Das ist die Hauptbetriebsstätte unserer Bergbauern und einer der Hauptgründe, warum es gerade bei der Milchwirtschaft so schwer ist, dieses Problem für alle Beteiligten zufriedenstellend zu lösen. Ich glaube, daß trotz aller Bemühungen, seien es nun die Vorstellungen des Herrn Landwirtschaftsministers, durch eine Kontingentierung oder die Vorstellungen des Bauernbundes, auf etwas anderen Wegen ans Ziel zu kommen, alles nichts daran ändern wird, daß Viehzucht und Milchwirtschaft auch in Zukunft die Hauptgrundlage des bäuerlichen Einkommens im alpinen

Nun, hat der Herr Landwirtschaftsminister im heurigen Jahr mehrere Arbeitsgruppen mit Fachleuten gut ausgestattet und beauftragt, Vorschläge für eine Lösung des Milchmarktproblems zu erarbeiten. Lieber Kollege Zinkanell, du hast bloß versäumt zu sagen, daß man dort nicht einer Meinung war, es müsse kontingentiert werden, das ist der Weisheit letzter Schluß. Die Meinungen dieser Arbeitsgruppen gingen ganz wesentlich auseinander. Bloß eines muß ich sagen. Der Herr Minister hat von Anfang an diese Arbeitsgruppen verunsichert und präjudiziert, weil er immer wieder in der Öffentlichkeit erklärt hat, die Kontingentierung wird die Lösung sein. Und nun noch eine weitere Folge dieser Behauptungen. (Abg. Zinkanell: „Die Minister verlassen sich nicht auf uns!“) Ich habe dir ganz still und ruhig zugehört, und ich möchte dich bitten, hör dir meine Meinung an. Du hast gesagt, Kritik ja; dann lasse sie mich anbringen. (Abg. Zinkanell: „Ich habe mir gedacht, es freut dich, wenn man Zwischenrufe macht. Mich hätte es gefreut!“) Das bringt ja nichts, das verzögert ja bloß den Auftritt. Solche Stars sind wir nicht, daß wir uns in den Himmel hinaufjubeln müssen.

Diese Äußerung des Herrn Ministers, die Kontingentierung werde die Patentlösung sein, hat sicher nicht unwesentlich zu einem Ansteigen der Milchlieferung im heurigen Jahr geführt, aus ganz leicht erklärbaren Gründen, weil sich ein jeder gedacht hat, es kommt darauf an, wann ist der Stichtag, liefern wir, liefern wir was geht, dann wird es leichter zu überstehen sein.

Siehst du, und das ist der Unterschied, man soll vorher nicht quatschen bevor die Fachleute nicht beraten haben, und man soll die Fachleute, wenn man sie anstellt, um ein Gutachten zu bekommen, nicht präjudizieren, wenn man selbst nicht so ein Fachmann ist. Das ist meine persönliche Meinung und zu der stehe ich. (Abg. Dr. Eichinger: „Vielleicht hat er den Schober nicht gefragt!“) Da hätte er nichts versäumt.

Ich glaube, daß dieses ständige Herumreiten des Herrn Ministers auf der unbedingten und unerlässlichen Kontingentierung ein sehr deutlicher Hinweis ist auf seine Hörigkeit gegenüber sozialistischen Ideologien. (Abg. Zinkanell: „Entschuldige!“) Nein, nein, nein, da entschuldige ich gar nichts. Das kann man nicht entschuldigen, das ist eine Tatsache. (Heiterkeit.) Das geht pfeilgerade mitten ins Schwarze. Ich werde es euch sagen, meine lieben Kollegen, warum das mitten ins Schwarze trifft, und gemeint sind nicht meine Kollegen und meine schwarze innere Seele (Heiterkeit. — Abg. Heidinger: „Wir werden gleich eine Teufelaustreibung machen!“) — pechschwarz —, meine lieben Kollegen, was steckt denn dahinter, wenn er immer wieder sagt, nur die Kontingentierung. Eine der Urideen des Sozialismus. Der Mensch muß gelenkt, bedrückt und geleitet werden und jeder Individualist und jeder freie Mensch ist euch im Wege. (Abg. Brandl: „Wo steht das geschrieben?“ — Präs. Heschitz: „Im Manderlkalender!“ — Abg. Preamsberger: „Die Sozialisten sind immer für die Demokratie eingetreten!“) Lest doch euer Programm, da steht es doch dick und fett, meine Herren. Lest es nach, das neue

Programm der Sozialistischen Partei. Ich bin ja nicht so bewandert in eurer Ideologie, aber die Grundzüge sind doch in eurer Politik täglich wiederzusehen. (Abg. Zinkanell: „Ich bitte, wenn du zu deinen Ausführungen den ersten Absatz auf Seite 21 vorlesen könntest, das wäre wunderbar!“) Ich lese dir dann schon einen Absatz vor, Herr Kollege. (Abg. Preamsberger: „Vorlesen, es würde uns interessieren!“) Lieber Kollege, ich hoffe und ich bin sogar überzeugt, das du selbst lesen kannst, und wenn du neugierig bist, dann lies nach. (Abg. Preamsberger: „Das war eine Bitte vom Kollegen Zinkanell!“)

Und nun zu den von dir zitierten Vorschlägen des Bauernbundes und der Präsidentenkonferenz für eine Lösung des Milchproblems. Du hast bedauert oder dich darüber mokierte, Herr Kollege, daß diese Vorschläge erst nach der großen Milchenquete des Ministers gekommen sind. Ja, lieber Freund, wir sind doch höfliche Leute bei der ÖVP. Der Minister ist rot, der Minister hat die Fachleute einberufen, die ihn gut beraten haben in manchen Dingen. Er hat sie bloß dann auch entsprechend zusammengefaßt und auf seine Meinung koordiniert. (Abg. Brandl: „Es waren viele Schwarze unter den Fachleuten!“) Unsere Vorschläge wurden gebracht, ohne auch nur einen dieser Fachleute oder den Herrn Minister zu präjudizieren. Das ist der Unterschied, wie man Politik machen kann. (Abg. Zinkanell: „Ihr habt halt variiert, so nach Schubert oder Mozart!“) Richtig! Lieber Zinkanell, das ist ja der Unterschied zwischen unseren Auffassungen. Bei euch Druck in eine Linie, bei uns eine breite persönliche Entfaltungsmöglichkeit. Und dann sind wir schon dort. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Preamsberger: „Wer das glaubt, wird selig!“) Wenn du im Glauben schwach bist, nimm einen Religionsunterricht! (Abg. Preamsberger: „Jetzt wollen sie uns das auch schon vorschreiben!“) Du hast das ja gesagt!

Und nun, meine sehr Verehrten, und wiederum zu dir, lieber Kollege Zinkanell. Du hast eines versäumt, wie du unseren Vorschlag zerpfückt hast — (Abg. Zinkanell: „Behandelt und nicht zerpfückt!“) — behandelt, bitte schön, ich lasse mich gerne korrigieren — da steht aber ganz deutlich drinnen, und ich glaube, das ist einer der wesentlichsten Punkte unseres Vorschlages, und du wirst schon gewußt haben, warum du dazu nichts gesagt hast (Abg. Zinkanell: „Ich wollte euch nicht aufhalten!“), zu allen Kapiteln wird geredet zwei Tage lang, und wir sollen uns durch die Angst, jemanden aufzuhalten, nicht unsere Meinung zu sagen vertrauen. Fällt mir im Schlaf nicht ein. (Abg. Gerhard Heidinger: „Bei dir kann man nicht einschlafen!“) Gott sei Dank!

Und nun komme ich zu diesem wesentlichsten Punkt und der beinhaltet nichts anderes als die Feststellung, daß für die gesicherte Versorgung der gesamten Bevölkerung mit guten Produkten in erster Linie der Staat durch eine ordentliche Agrarpolitik verpflichtet ist. Lieber Herr Kollege Zinkanell, du hast ebenso vergessen zu sagen, daß diese Fachleute und Experten zu der Erkenntnis gekommen sind, oder sagen wir, ihre Meinungen wurden auf einen Nenner gebracht, daß zu einer gesicherten

Raum sein und bleiben werden. Ich glaube andererseits, daß jeder, der sich ernsthaft mit der Milchwirtschaft befaßt — dabei ist es gleichgültig, ob er die Milch selbst erzeugt oder ob er sich Verantwortungsbewußt an einem Schreibtisch mit diesen Problemen befaßt — zugestehen muß, daß der derzeitige Erlös, der Produzentenmilchpreis von ungefähr 3,30 Schilling bis 3,34 Schilling je Liter, nicht zufriedenstellend ist. Zugleich wird eben immer wieder Klage geführt, daß die Bauern zuviel Milch erzeugen. Die Produktion, die über dem Bedarf liegt, kann nur schwer und mit hohen Mitteln und Stützungen verwertet werden. Warum nicht im gewünschten Maß von dieser Produktion auf andere Produktionen übergegangen wird, glaube ich, läßt sich relativ leicht erklären. Der wesentliche Punkt scheint mir dabei zu sein, daß das Milchgeld heutzutage für sehr viele Betriebe die einzige sichere Einnahme monatlich darstellt. Das ist insofern von ganz besonderer Bedeutung, weil sich eben im Laufe der letzten Jahrzehnte der Bauer vom ursprünglichen Selbstversorger in den meisten Bedarfsgütern des täglichen Lebens zu einem der wichtigsten Konsumenten unserer oft zitierten Konsumgesellschaft entwickelt hat und darum braucht er jeden Monat ein fixes Geld. Wenn auch der Erlös nicht zufriedenstellend ist, so wird er sich trotzdem sehr schwer von dieser monatlichen Einnahme trennen können. Das Milchgeld ist — wenn man so sagen kann — der Lohnstreifen des Viehbauern.

Der zweite Grund — lieber Herr Kollege Zinkanell, da scheiden sich unsere Geister etwas — das ist eben die Agrarpolitik. Es sind leider in der von dir wohl sehr gerühmten — du hast das zum Schluß ja mit viel Nachdruck wiederholt — Methode „steter Tropfen höhlt den Stein“ und „wenn ich es ihnen oft genug sage, werden sie es am Ende selber glauben“ — wir glauben es sicher nicht (Abg. Zinkanell: „Schade, schade!“), weil die derzeitige Agrarpolitik eures Landwirtschaftsministers eben nicht so ist, wie wir sie uns vorstellen. (Abg. Prensberger: „Das glaube ich schon!“) Ja, das glaube ich dir, gelt!

Nun, meine sehr Verehrten, möchte ich ein bißchen darauf eingehen, wo da die Unterschiede sind. Die derzeitige Agrarpolitik in Österreich unter dem Herrn Minister Dipl.-Ing. Haiden ist halt leider nicht ausgeglichen. (Abg. Brandl: „Viel ausgeglichener als früher!“) Meine sehr verehrten Anwesenden, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist in den letzten zwei Tagen ja sehr oft wie bei einem großen Tennisturnier zugegangen. Man versucht hin und her Schuld und Unschuld zu beteuern, aber ich glaube, das liegt ja am politischen Kampfgeschehen. Das hier ist ja eine Plattform dafür. Aber von gewissen Tatsachen kann man eben mit den schönsten Beteuerungen und — lieber Kollege Zinkanell — mit dem tapfersten In-die-Bresche-springen für eine verfehlte Agrarpolitik nicht die Tatsachen verdrehen. (Abg. Zinkanell: „Das ist eine sehr persönliche Meinung, Kollege Franckh!“) Jawohl, die steht mir ja auch zu und du hast ja gesagt, lieber Kollege, „Kritik ist angebracht“, und ich bringe sie an. Nicht nur an deinen Ausführungen, sondern an der Politik des Herrn Ministers.

Schauen Sie, meine sehr Verehrten — der Kollege Buchberger hat das auch schon erwähnt — vor einigen Jahren haben sich hier im Hause etliche Abgeordnete des Bauernbundes zu Wort gemeldet kurz bevor die Ostliberalisierung für verschiedene Produkte in Kraft getreten ist. Lieber Kollege Zinkanell, ich kann mich genau erinnern, ich habe damals zum Holz gesprochen. Du bist tapfer und schneidig wie immer in die Bresche gesprungen für deine Gesinnungsgemeinschaft. (Abg. Zinkanell: „Ich danke schön!“) Wir haben dir damals gesagt, die Folgen werden nicht nur die österreichischen Bauern, in dem Fall ganz besonders diejenigen, die im Interesse einer Lösung des Milchmarktproblems auf Sonderkulturen ausgewichen sind, sondern letzten Endes auch die österreichischen Konsumenten zu spüren bekommen.

Siehe da, meine sehr Verehrten, die Jahre gehen ins Land, die Probleme werden immer größer und erst vor wenigen Wochen hat der Herr Bundeskanzler gesagt: „Da muß sich etwas ändern.“ (Abg. Zinkanell: „Ja, weil es jetzt möglich ist!“) Ja! Man hätte vorher schon nicht alle Löcher aufreißen müssen, dann müßten wir jetzt nicht die Notbremse ziehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr Verehrten, ich hoffe, nicht fehlzugehen in der Annahme — das ist eine wirkliche Hoffnung —, daß es bis zu dem Zeitpunkt, wo die Erkenntnis des Herrn Bundeskanzlers Früchte bringt, nicht so lange dauert, bis ihm die Erkenntnis gekommen ist. Auch das wäre im Interesse einer guten Agrarpolitik zu verstehen. Daß auf der anderen Seite die Bauern sehr wohl bereit sind und auch relativ schnell reagieren, wenn die Möglichkeit geboten wird, auf andere Produktionen umzusteigen, das zeigt uns der Grüne Bericht, der heuer erstmals in der Steiermark aufliegt.

Und selbst auf die Gefahr hin, daß es einige der Anwesenden langweilt, werde ich mir jetzt erlauben, einiges daraus vorzulesen. Besonders interessant ist die Änderung im Getreidebau. Die Gesamtfläche mit rund 100.000 Hektar seit 1950 ist fast gleichgeblieben. Allerdings hat sich die Weizenfläche halbiert, Roggen und Hafer wird nur mehr zu einem Viertel der damaligen Fläche angebaut, die Gerstenfläche hat sich verdreifacht und die Körnermaisfläche vervierfacht.

Und dann etwas, was gerade in die Milch hinein spielt, das ist der enorme Wandel in der Viehhaltung. Während seit 1960 der Gesamttrinderbestand in der Steiermark mit 450.000 Stück annähernd gleichgeblieben ist, ging die Zahl der rinderhaltenden Bauern um 20.000, das sind 30 Prozent insgesamt, zurück. Relativ am stärksten, und das ist wiederum überraschend, nahm die Zahl der rinderhaltenden Betriebe im Bezirk Bruck ab, um 41 Prozent. Ich könnte diese Liste fortsetzen.

Ähnlich ist es mit den Schweinebeständen, die sich auch ganz verschoben haben in den Maisanbaugürtel hinein. Die Bauern sind bereit, dem Angebot anderer Produktionen zu folgen, wenn es preislich etwas bringt. Und als dritten Punkt, warum das so ist, und da wiederhole ich mich, aber trotzdem muß es noch einmal gesagt werden, das sind die natürlichen Voraussetzungen für die Produktion.

Versorgung für alle Fälle 118 Prozent des Inlandsbedarfes als ausreichend betrachtet werden. (Abg. Zinkanell: „Da kann man streiten, um eins hinauf, um eins hinunter!“) Einheitliche Aussage, es gab sicher dort auch differenzierte Meinungen. Man versuchte ja da, sich zu einigen. Ich glaube, wenn man schon von einer Enquete spricht und wenn man Fachleute beauftragt, ihre Gutachten abzugeben und wenn man dann mit diesen Gutachten hausieren geht, dann soll man sich wenigstens in den grundsätzlichen Dingen an diese Gutachten halten. (Abg. Zinkanell: „Das ist unbestritten!“) Danke, wir kommen uns immer näher. Die weiteren Schwerpunkte hast du sehr klar aufgezählt, da ist gar nicht allzuviel zu sagen. Bloß, lieber Herr Kollege, wenn du sagst, das sind lauter alte Hüte — quasi „luckerte Hüat“ — und etwas Neues sei uns nicht eingefallen — (Abg. Zinkanell: „Bei den flankierenden Maßnahmen!“) — ja, wenn du mir viele Stichworte gibst, sitzen wir morgen früh auch noch da! (Abg. Zinkanell: „Ich sage nichts mehr, damit wir nicht morgen früh auch noch da sitzen!“) Ja.

Meine sehr verehrten Anwesenden, daß vieles dieser Vorschläge nicht neu sein kann, liegt in der Natur der Sache. Warum denn? Weil eben seit sieben Jahren auf unsere Vorschläge nur dann gehört wird, wenn es brennt. Ich komme noch darauf zu sprechen. (Abg. Zinkanell: „Das kann man nicht sagen!“)

Lieber Kollege Zinkanell, du hast behauptet, unser System sei kompliziert. Na, Gott sei Dank, es ist differenziert und es ist nicht eine Gleichmacherei, ein Darüberwischen von Wien aus über die gesamten Milchproduzenten. Da sind wir wieder nicht einer Meinung. Ich glaube, wenn man mit gutem Willen diese Vorschläge, die vom Bauernbund und von der Präsidentenkonferenz gemacht wurden, in die Tat umsetzt, dann wird es sicher einen Weg geben, dieses uns alle in irgend einer Form belastende Problem zu lösen.

Allerdings, eines zum Schluß der Betrachtungen, zur Milch, kann ich mir nicht verkneifen, hier zu sagen. Meine sehr Verehrten, wenn alle jene, die über Milchprobleme reden und einen Schmarrn davon verstehen, so oft Milch trinken würden, wie sie darüber reden, hätten wir alle keine mehr zu trinken. (Heiterkeit bei der OVP. — Abg. Zinkanell: „Das mußt du insbesondere den Herrn Präsidenten Piaty wissen lassen. Er ist gegen die Milch!“ — Abg. Brandl: „Das müßt ihr euch im Klub ausreden!“) Bitte, das ist ja seine persönliche Ansicht. Aber ich vertrete die Ansicht, daß man da einmal wirklich auf Fachleute hören sollte und damit keine falsche Meinung aufkommt, ich habe 20 Jahre selber gemolken und traue mir also zu, da ein bißchen was zu verstehen, zumindest was die Erzeugung betrifft. (Abg. Ing. Turek: „Weil du melken kannst, bist du aber noch kein Experte!“) Das sage ich ja gar nicht. Ich habe gesagt „von der Produktion“.

Und nun gestatten Sie mir, Ihnen eine weitere Blickrichtung aufzutun. Das ist die Situation beim Fleisch und beim Vieh.

Nach jahrelangem Bemühen und vielen Vorschlägen von seiten der OVP ist es im heurigen Herbst endlich gelungen, einen Viehpreis zu erreichen,

der befriedigt. Nicht nur der Bund, auch das Land Steiermark hat dazu wesentliche finanzielle Mittel aufgewendet und der liebe Petrus hat das Seine dazugetan. Es war genügend Futter in den Produktionsgebieten und in den Mastgebieten eingebracht worden. Es mußte also nicht verkauft, wohl aber gekauft werden. Auch das hat den Preis sicher noch halten lassen. Bloß eines ist zu befürchten, meine sehr Verehrten, daß im nächsten Frühjahr ein sehr starker Anfall fertiger Ware den Markt belasten wird. Dann wird es halt leider aller Voraussicht nach, und nach den Erfahrungen der letzten Jahre, notwendig sein, daß vermehrte Mittel zur Haltung eines kostendeckenden Preises erforderlich sind. Hier wiederum hoffe ich, daß der Herr Minister dann den einmal beschrittenen Weg dank unseres ewigen Zuredens und Mahnens nicht verläßt und daß er dann die Courage besitzt, sich gegen seinen Gesinnungsfreund, den Finanzminister Doktor Androsch, durchzusetzen und nicht wie bisher, seit er Minister ist, seine Courage dahingehend immer wieder unter Beweis stellt, daß er alle seine Entscheidungen gegen die Interessen der Bauern getroffen hat. (Abg. Ileschitz: „Das stimmt nicht!“) Dazu komme ich noch, lieber Herr Präsident, ich komme schon noch zu allerhand Einzelheiten. (Abg. Ileschitz: „Um wieviel schlechter geht es den Milchbauern jetzt? Besser als vor zwei oder drei Jahren!“) Ja, ja. Schauen Sie den Grünen Bericht an, ich komme noch darauf. Der Herr Kollege Zinkanell hat gesagt, dort und da nachlesen. Ich könnte Ihnen sagen, nehmen Sie das ganze Bücherl, Herr Präsident, da ist Studienmaterial für Sie drinnen, daß Sie über Weihnachten eine Freizeitbeschäftigung haben. (Abg. Ileschitz: „Das habe ich schon!“)

Man kann also sagen, es ist durchaus — (Abg. Brandl: „Da kommt man darauf, daß es den Bauern heute besser geht!“) Ja, ich komme schon noch darauf, lieber Kollege Brandl.

Die Produktion ist in einem Maße möglich und auch gelungen, daß die österreichische Bevölkerung mit guter Qualität versorgt werden kann. Zunehmende Erschwernisse beim Export — auch das wurde heute ja schon gesagt — verhindern aber gerade auf diesem Gebiet eine entsprechende Einkommenschöpfung. Die seinerzeit versprochene Handhabung seitens der EG, traditionelle Warenströme nicht einzuengen oder abzuschnüren, wurde nicht eingehalten und trotz sehr oft wiederholter Berichte, daß der Herr Minister in Brüssel großartige Erfolge bei Verhandlungen in dieser Hinsicht erzielt hat, wird es täglich, oder sagen wir laufend, schwieriger. Wir sind heute vom italienischen Markt als unserem traditionellen Hauptabnehmerland fast gänzlich isoliert. Wir müssen uns immer wieder bemühen, neue Märkte und Absatzmöglichkeiten zu finden. Derzeit stehen wir fast nur auf einem Bein und das ist Gadaffys Libyen. Die politischen Verhältnisse in dieser Zone der Welt sind ja nicht unbedingt als gesichert anzusehen und es ist nur zu hoffen, daß uns dieser Markt erhalten bleibt.

Eine alarmierende Meldung der letzten Zeit möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten. Hier

zitieren ich aus dem Agrarischen Informationszentrum vom 29. November:

„Aufgrund neuer Vorschriften der EG sollen in Zukunft Zuchtrinder nur dann in die Gemeinschaft exportiert werden können, wenn diese Tiere in ein Herdebuch eines EG-Mitgliedstaates eingetragen wurden.“

Diese Forderung bedeutet, daß der Export österreichischer Zuchtrinder in die Gemeinschaft praktisch zum Erliegen kommen würde. Trotz wiederholter Vorsprachen der Präsidentenkonferenz und trotz verschiedenlicher Reisen — das habe ich auch schon gesagt — des Herrn Ministers nach Brüssel sind die Erfolge bis heute ausgeblieben. Was das wiederum für unsere Bauern bedeuten würde, geht vielleicht aus ein paar Zahlen hervor. 1975 wurden in die EG 7781 Rinder aus der Steiermark zollfrei exportiert und 1976 waren es nur mehr 6038. Wenn morgen das Türl zugehen sollte — was ich durchaus nicht wünsche oder hoffe —, dann werden wiederum bei einem Kapitel des agrarischen Absatzes endgültig die Würfel gefallen sein und dann bin ich neugierig, wie das weitergehen soll.

Nun, meine sehr Verehrten, dazu: Die österreichische Landwirtschaft hat im Interesse der Allgemeinheit aus Neutralitätspolitischen Gründen — das bitte ich zu beachten — auf die gleichen Ausgangsbedingungen wie Industrie und Gewerbe im Export verzichten müssen. Ich appelliere deshalb von hier aus an die gesamte österreichische Allgemeinheit, das Gettodasein der Bauernschaft in dieser Hinsicht endlich durch entsprechendes Verständnis zu beenden.

Nun komme ich zur Einkommenslage. Der Herr Kollege Zinkanell hat ja gesagt, die ist also um über elf Prozent gestiegen. Das stimmt im Durchschnitt. Aber, lieber Herr Kollege, der Durchschnitt setzt sich aus verschiedenen Posten zusammen. Einer der wesentlichsten Posten ist das hochalpine Gebiet. Die Produktionszonen sind Ihnen ja allen bekannt. (Abg. Zinkanell: „Plus 22 Prozent!“) Ich komme darauf. Jede Statistik läßt sich nach verschiedenen Seiten lesen und ich werde mir erlauben, sie jetzt nach meiner Leseart zu lesen. Vielleicht finden wir einen Weg, wo wir einen Nenner finden.

Erstens muß man dazu sagen, daß eine wesentliche Einkommenssteigerung 1976 schon damit begründet ist, daß die Einkommenslage 1975 als katastrophal zu bezeichnen war. Auch so kann man es sagen. (Abg. Zinkanell: „Die Ursachen sind auch bekannt, lieber Freund!“) Das will ich auch gar nicht bestreiten. Aber man muß es wissen. Außerdem sind 1976 ein guter Teil der erhöhten Einnahmen auf den Anfall von Schadhölzern aus Windwurfkatastrophen — oder auf Einnahmen aus Windwurfkatastrophen — zurückzuführen. Der schon zitierte Grüne Bericht weist nach, daß 1974 das bäuerliche Einkommen in den Hochalpen um 6,3 Prozent und 1975 um 3,6 Prozent gesunken ist. Nachzulesen im Grünen Bericht der Steiermark.

Nun, meine sehr Verehrten, wenn wir wissen, wie die Einkommen sich vermindert haben und da gibt es monatliche Einkommen — das läßt sich leicht nachrechnen — bei der Erschwerniszone 3 von 2666 Schilling. Und bei der Erschwerniszone 2

von 3863 Schilling. Und nun glaube ich, muß man schauen, wie sieht diese Entwicklung aus und unter welchen Vorzeichen hat sie stattgefunden. Wir fordern auf der einen Seite immer mehr Erholungslandschaft, und wer ist der Landschaftsschützer schlechthin, das ist und bleibt der Bauer.

Wir haben eine durchschnittliche Inflationsrate in den letzten Jahren von 7 Prozent erlebt. Wir stehen andererseits vor der Tatsache, daß im Zeitraum von 1965 bis 1976 die Industriearbeiterlöhne um 100 Indexpunkte von 148 auf 248 gestiegen sind, im Vergleich zum Einkommen der Bergbauern der Zone 3 von 98 auf 98,5 Punkten. Wir freuen uns, daß auf der Sparte der Industriearbeiter diese Lohn erhöhungen erreicht werden konnten und möglich waren. Ich möchte aber auch hier wiederum sagen, daß es gut wäre, wenn auch die Bergbauern einmal in ihrer Einkommensschöpfung nachziehen könnten. Und eines noch, bedenken Sie, meine sehr verehrten Anwesenden, daß gerade die viehhaltenden Bauern weder eine 42-Stunden-Woche, noch einen Sonn- oder Feiertag, noch einen Urlaub haben. Und so betrachtet, glaube ich, kann ich meine vorhin aufgestellte Forderung nur wiederholen.

Eine echte Freude ist es für uns, wenn im Vorschlag für das nächste Jahr vom Land Steiermark erstmals Direktzahlungen vorgesehen werden. Herr Kollege Zinkanell, du hast relativ groß getan mit der Erhöhung dieser Mittel vom Bund her. Ich muß deine Zuversicht und deine große Freude etwas dämpfen. Es ist halt ein Unterschied, ob etwas neu und zusätzlich trotz aller Schwierigkeiten, die dieses Budget 1978 beinhaltet, geschaffen werden kann, oder ob man durch Umschichtung anderen das wegnimmt, was man den einen gibt. Ich freue mich, daß vom Bund und vom Land Direktzahlungen möglich sein werden, ich würde bloß bitten, daß man die Dinge im richtigen Licht schildert.

Ich glaube, und damit komme ich schon zum Schluß, es gelingt mir nicht mehr, die Herren in Wallung zu bringen, Sie haben gute Disziplin, das freut mich. (Abg. Zinkanell: „Du hast ja gesagt, wir sollen Ruhe geben!“) Es stört mich nicht, ich halte mich trotzdem an meine Vorstellungen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das hält ja kein Mensch aus!“) Das glaube ich.

Sowohl das Landwirtschaftsgesetz des Bundes als auch das Steirische Landwirtschaftsgesetz geht von dem Grundsatz aus, daß ein gesunder Bauernstand zu erhalten ist. Und ein Bauernstand kann nur dann gesund erhalten werden, wenn ihm eine Einkommensschöpfung durch die Agrarpolitik ermöglicht wird, daß er allen Anforderungen seiner Zeit gerecht werden kann. (Abg. Gerhard Heidinger: „Dagegen gibt es nichts zu sagen!“) Richtig.

Und nun noch ein paar Sätze zum leider momentan abwesenden Generalredner der SPO. Herr Doktor Strenitz hat mit keinem Wort die Land- und Forstwirtschaft erwähnt (Abg. Zinkanell: „Oh ja!“), mit keinem Wort, nein, ich war ununterbrochen herinnen, und trotzdem, meine sehr Verehrten, war auch für ihn, und ich hoffe, wird auch für ihn in Zukunft der Tisch ständig mit guten Nahrungsmitteln österreichischer Erzeugung gedeckt sein. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Aichhofer.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Da ich selbst aus dem Grenzland komme, möchte ich einige Gedanken zur Grenzlandförderung und zu den Problemen unseres Grenzlandes sagen.

Aber vorerst noch ein Wort zum Kollegen Zinkanell, der ja auch aus meinem Bezirk kommt. Lieber Kollege Zinkanell, du hast gesagt, wieviel und wie gut die derzeitige Bundesregierung für die Bergbauern arbeitet. Wir haben in unserem Gebiet eine statistische Erhebung gemacht und von 570 Grenzbetrieben sind leider 60 ohne Partner. Verehrte Damen und Herren, das gibt zu bedenken, wenn es im Grenzland praktisch so schwierig ist, Partner zu finden. Ich glaube, daß da die sogenannten 22 Millionen Bergbauernförderung bei weitem nicht das ausmachen, um den Beruf dort draußen attraktiv zu machen.

Lieber Herr Kollege Zinkanell, wir sind sicherlich für alle Förderungen, die der Bund dem Grenzland und den Bergbauern zugute kommen läßt, dankbar. Aber nur, um 11 Schilling pro Tag können wir keinen Bergbauern halten, und das machen die 4000 Schilling Grenzlandförderung praktisch aus. (Abg. Zinkanell: „Aber lieber Kollege Aichhofer, was wird denn die Landeshilfe ausmachen?“) Lieber Herr Kollege Zinkanell, um 2 Millionen mehr als die gesamte Grenzlandbergbauernförderung des Bundes, um 2 Millionen mehr! Wenn man das zusammennimmt, dann sind das schon einige Packungen Zigaretten. So ist es nicht einmal eine ganze Packung.

Verehrte Damen und Herren, schon unter Landeshauptmann Krainer wurde die Grenzlandförderung eingeführt und wir erkennen auch im Grenzland, daß diese Förderung sehr zielführend eingesetzt wurde. Als aber im Jahre 1973 die erste Million für den Telefonausbau im Budget aufgenommen wurde, war es für den gesamten Raum, und besonders für den Grenzraum, sehr wichtig, denn gerade im Grenzraum, wo wir eine Kleinstruktur haben, wo etwa 50 Prozent nicht einmal 5 ha besitzen, und wo 82 Prozent etwa 10 ha besitzen, ist es wichtig, daß man Erzeugergemeinschaften gründet. Um diese Erzeugergemeinschaften richtig führen zu können, ist es unumgänglich, einen Telefonanschluß zu besitzen. Im Jahre 1969 hatten nur etwa 9 Prozent im ländlichen Raum einen Telefonanschluß. Wir brauchen diesen Telefonanschluß sehr dringend auch im Fremdenverkehr und für den Urlaub auf dem Bauernhof. Im Jahre 1973, das habe ich schon betont, wurde die erste Million im Budget aufgenommen. Bis zum heurigen Jahr sind an Beihilfen 7,941.300 Schilling für den Telefonbau seitens des Landes ausgegeben worden. An Zinsenzuschüssen gab es 7,427.000 Schilling. Wir dürfen nicht denken, daß diese Beträge nur der Landwirtschaft zugute kommen, denn von den Telefonanschlüssen sind etwa 50 bis 60 Prozent Arbeitnehmer und auch Pensionisten und 40 bis 50 Prozent Landwirte und Selbständige. Wir haben auch im Grenzlandsonderprogramm im Jahre 1977 236 Höfe zu Wohnbauten

gefördert. Hiezu wurden aus öffentlichen Mitteln an Agrarinvestitionskrediten 5 Millionen Schilling, Beiträge des Bundes und des Landes 4,200.000 Schilling ausgegeben. Der im Grenzlandsonderprogramm getätigte Investitionsaufwand belief sich auf 167,525.000 Schilling. Wenn wir noch bei der Verbesserung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude den AIK dazurechnen, der auch noch 90 Millionen Schilling ausmacht, dann können wir sagen, daß auch dieses Programm zur Belebung unserer Wirtschaft sehr dazu beigetragen hat.

Auch bei der Verkehrserschließung im Grenzland wurden heuer 59 Bauvorhaben durchgeführt. Der Bezirk Deutschlandsberg war mit 13 Bauvorhaben mit einer Summe von 3,335.000 Schilling beteiligt, Bezirk Feldbach 24 Bauvorhaben mit 4,049.000 Schilling, Fürstenfeld neun Bauvorhaben mit 1,199.000 Schilling, Radkersburg sechs Bauvorhaben mit 1,226.000 Schilling und Leibnitz sieben Bauvorhaben mit 2,274.000 Schilling.

Verehrte Damen und Herren, das sind wirklich große Hilfen, die zusätzlich durch die Grenzlandförderung praktisch in diesen Raum geflossen sind. Aber ich möchte genauso wie Karl Lackner betonen, daß den Grenzlandgemeinden besonders die Weg-erhaltung schwer zu schaffen macht. Sie wissen ja, daß das Pro-Kopf-Einkommen in den Grenzlandgemeinden sehr schwach ist und daß gerade die Grenzlandgemeinden viele Kilometer Wege zu erhalten haben. Ich wünsche nur, daß der Gedanke, den der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl aufgegriffen hat, hier eine Sonderregelung zu treffen, baldigst verwirklicht werde.

Verehrte Damen und Herren, der Leistungswille der Bewohner im Grenzland ist vorhanden. Unterstützen wir diese Menschen, damit sie Leistungen vollbringen können. Geben wir ihnen die Möglichkeit gesicherter Arbeitsplätze nicht nur in den Betrieben, sondern auch im landwirtschaftlichen Bereich. Es ist gerade im Bereich der Sonderkulturen die Möglichkeit gegeben, nur muß eine Sicherheit des Absatzes garantiert werden. Verträge mit den Verarbeitungsbetrieben würden eine Sicherheit schaffen. Alle zuständigen Stellen mögen diesbezüglich mitwirken. Bedenken wir — der Herr Kollege Buchberger hat es ja angeschnitten —, daß von hundert Millionen Agrarimportenersparnis etwa 600 Arbeitsplätze im Grenzland und in den Sonderkulturregionen gesichert werden könnten.

Verehrte Damen und Herren, die Grenzlandbewohner müssen heute noch auf manches verzichten, was für jene Bewohner in den Ballungszentren eine Selbstverständlichkeit ist. Man sagt, das Grenzland habe eine wichtige staatspolitische Aufgabe zu erfüllen. Verehrte Damen und Herren, das stimmt, aber daher hat auch die Heimat die Verpflichtung, die Staatsgrenzen lebendig zu erhalten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Wimpler.

Abg. Wimpler: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man den Grünen Bericht 1976 der Bundesregierung liest, hat man den Eindruck, daß sich die

Bauern in Österreich mit einem Einkommenszuwachs von 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr nicht zu beklagen brauchen. Betrachtet man aber die Situation von einer anderen Seite und vergleicht man die Einkommenssituation der Landwirtschaft im Jahre 1965 mit der nach zehn Jahren, also mit 1975, dann ergibt sich ein weniger rosiges Bild. 1965 mußte der österreichische Bauer 2,5 Kilogramm Weizen verkaufen, um ein Kilo Reinstickstoff in Form von Kunstdünger zu erwerben. 1975 mußte er schon 3,3 Kilo Weizen dafür geben. Das bedeutet einen Kaufkraftverlust von einem Drittel. 1965 mußte er eindreiviertel Kilo Weizen verkaufen, um ein Kilo Reinphosphat zu erstehen. 1975 brauchte er dazu 4,1 Kilo. Das bedeutet einen Kaufkraftverlust von 130 Prozent. Bei Kalisalz betrug der Kaufkraftverlust in der gleichen Zeit — im Zeitraum der erwähnten zehn Jahre — rund 60 Prozent.

Damit man aber, meine Damen und Herren, nicht einwenden kann, daß dieser Kaufkraftverlust international nur auf Österreich beschränkt wäre und internationale Ursachen hätte, dann kann man der Statistik entnehmen, wie die Werte in der Schweiz ausschauen. Sie geben folgendes Bild:

1965 mußte der Schweizer Bauer etwa gleich viel Weizen verkaufen wie 1975. Er mußte, um einen Kilo Reinstickstoff einkaufen zu können, etwa 1,7 bis 2,5 Kilo verkaufen. Das gleiche gilt ungefähr für das Kali. 1965 bezahlte er etwa das gleiche wie 1975. Für österreichische Verhältnisse kaum vorstellbar. 1965 nicht mehr, nicht weniger und nicht mehr als 1975.

Wenn also der österreichische Bauer in dem genannten Zeitraum von zehn Jahren einen Kaufkraftverlust von 30 bis 130 Prozent hinnehmen mußte, dann blieb dem Schweizer Bauern ein solcher Verlust erspart. Sicher, meine Damen und Herren, ist das nicht bei allen Betriebsmitteln gleich, aber es ist keine Frage, daß der Schweizer Bauer eben besser heraussteigt als sein österreichischer Kollege, der seit Jahrzehnten mit seinen Preisen in das preispolitische, parteipolitische Gerangel hineingezogen wird.

Für die Agrarproduktion gilt in Österreich nach wie vor der sogenannte volkswirtschaftlich vertretbare Preis, während das Schweizer Landwirtschaftsgesetz den Paritätslohnanspruch, also den kostengerechten Anspruch, für die Bauern vorsieht. Meine Damen und Herren, erschütternd aber ist die Untersuchung der sozialen Situation in der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark, die man dem Grünen Bericht des Jahres 1976 der grünen Mark entnehmen kann. Hier wird Armut im wahrsten Sinn des Wortes aufgezeigt. Es wird aufgezeigt, daß das Arbeitspotential in immer mehr Betrieben auf das Bauernehepaar zusammenschrumpft. Es wird aufgezeigt und jeder von uns hat in seinem Bereich Beispiele dafür, daß infolge der ungünstigen Arbeits- und Einkommenssituation die Generationsfrage oft größere Sorgen bereitet als die Arbeits- und Einkommensprobleme. Fehlende Hofübernehmer, fehlende Bäuerinnen für Hofübernehmer, Überalterung und schlechter Gesundheitszustand sind keine seltenen Erscheinungen. Kein Wunder, daß sich für manche Bauern kein Weg in die Altersversorgung findet, weil sich eben kein Hofübernehmer findet und daher

die formalen Voraussetzungen der Betriebsübergabe nicht erfüllt werden können.

So gab es, meine Damen und Herren, Ende 1976 — das ist dem Grünen Bericht der Steiermark zu entnehmen — noch 943 Bauern über dem Pensionsalter, also über 65 Jahre, die Beitragszahler der Bauernpensionsversicherung anstatt Pensionsempfänger waren. 390 solcher beitragszahlenden Bauern gehören sogar noch dem Geburtsjahrgang 1900 und früher an, sind daher älter als 77 Jahre. Unwillkürlich kommt einem da die einige Seiten vorher erwähnte Ochsenprämie von 800 Schilling in den Sinn, gegen die ich natürlich in keiner Weise etwas einzuwenden habe, so daß sich die Frage ganz einfach nicht unterdrücken läßt, wo bleibt hier die soziale Gerechtigkeit. Diesen Menschen zu helfen, meine Damen und Herren, die nicht selten mit ihrer letzten Arbeitskraft einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung unserer Erholungslandschaft leisten, sollte unsere gemeinsame Aufgabe in den nächsten Jahren sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Präsident Koiner. Ich erteile es ihm.

Abg. Koiner: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Fürchtet euch nicht, es wird nicht sehr lange dauern, aber einige Dinge müssen gesagt werden. Ich glaube, es ist klargestellt, daß die Zahlen, die Kollege Zinkanell hinsichtlich der Steigerung und vor allem der Steigerung des Leistungseinkommens, wie er gesagt hat, man kann hier verschiedene Begriffe nehmen, von 22 Prozent ausgewiesen sind. Es ist aber schon klargestellt, ich möchte es nur noch einmal wiederholen, daß nach zwei Jahren und einem auch nominellen Rückgang von 3 und 7 Prozent, dazu ist die Inflationsrate zu rechnen, beim Bergbauern heuer, also für 1976, ein Ansteigen festzustellen ist. Nur bitte zu berücksichtigen, daß das wahrscheinlich nur deshalb passiert ist, weil zwei Jahre vorher nominell und auch real eine echte Einkommensminderung festzustellen war.

Zur Sache der Bergbauerndirektzahlung von 24 Millionen Schilling, Herr Kollege Zinkanell, ich habe sehr viel Vertrauen. Der Herr Landeshauptmann hat das sehr klar deklariert, ich zweifle nicht daran. Wenn natürlich das ein bißchen ein Spiel hin wäre, wir haben keine Bedenken, wenn der Landeshauptmann sagt, daß das sichergestellt wird, dann wird das auch so sein. Um auch hier keine Irrtümer aufkommen zu lassen.

Ein Wort zu der Meinung, daß man natürlich auch berücksichtigen muß, daß über sogenannte Sozialeinkommen Sozialbeträge nicht unerhebliche Mittel auch in die Reihen der Bauernschaft fließen. Der Bundeskanzler hat das bei seiner letzten Verhandlung auch angedeutet. Natürlich, einverstanden damit. Nur bitte sehr, wenn das etwa ein Hinweis darauf sein sollte, und das hat der Bundeskanzler damals so gemeint, er ist dann wieder abgerückt davon, daß man bei den Preisen für landwirtschaftliche Produkte deswegen zurückbleiben könnte, weil Sozialbeträge hier zufließen, dann können wir uns nicht damit einverstanden erklären. (Abg. Zinkanell:

„Das ist auch nicht meine Meinung!“) Ich hoffe auch nicht, daß das so gemeint ist. Denn es sind zwei Dinge, die hier ins Gewicht fallen. Es ist die vermehrte Kinderzahl, wobei gar keine Frage ist, daß es keine volle Abgeltung für die Erziehungs- und de-facto-Kosten eines Kindes auch durch eine erhöhte Kinderbeihilfe sind. Selbstverständlich bekommt jeder Arbeiter, der fünf Kinder hat, genau das gleiche, Gott sei Dank, aber er beansprucht das auch, weil er eben fünf Kinder hat. Wenn die Bergbauern und die Bauern besonders viele Kinder haben, ist es auch klar, daß sie aus diesem Familienlastenausgleichstopf eben das entsprechende bekommen. Die zweite Zahl ist ja auch nicht unbekannt, daß gerade in der Pensionsgeschichte heute, vor allem durch die Abwanderung, die ja in Bereichen der jüngeren Jahrgänge erfolgt ist, de facto in der Bauernschaft die ungünstigste Relation da ist, die es überhaupt gibt, so daß etwa 1000 im aktiven Dienst Stehende über 800 Pensionisten zu erhalten haben. Daß das natürlich auch seine Auswirkungen in einer Sozialversicherung hat, ist auch klar.

Ein Wort auch zur Milchgeschichte, es wäre sehr lange, ich werde nicht darauf einsteigen. Ich möchte nur folgendes sagen: Der Herr Kollege Zinkanell hat immer von einem Konzept des Ministers geredet. Es gibt kein Konzept des Ministers. Es müßte doch bekannt sein, daß der Minister erst den Auftrag gegeben hat, bis etwa Ende Jänner ein solches Konzept im Ministerium zu bearbeiten, daß er jetzt nachgedrückt hat, daß er hofft, daß es noch im heurigen Jahr da ist, aber es gibt kein Konzept des Ministers. (Abg. Zinkanell: „Herr Präsident, Sie wissen das!“) Es gibt kein Konzept des Ministers. Es gibt ein Konzept des Bauernbundes, das faktisch beurteilt werden kann, ich erspare mir das, sehr bewußt, aber es gibt kein Konzept des Ministers. Mehr möchte ich zu der Angelegenheit nicht sagen. (Abg. Zinkanell: „Das Ergebnis der Enquete ist praktisch sein Konzept gewesen!“) Es gibt kein Konzept des Ministers, darüber kann man auch nicht reden. Das wäre seine Aufgabe gewesen.

Und zur anderen Sache werde ich dann noch reden. Ich bitte, es ist nichts Neues, da möchte ich auch noch einmal einsteigen. Diese verstärkte Lebensmittelkontrolle ist nichts Neues. Natürlich ist die Forderung nichts Neues, ich gebe da völlig recht, aber was hat sich denn abgespielt. Ich weiß nicht, man soll doch nicht Dinge darstellen, die sich dann als Irreführung herausstellen. Was war denn bei der letzten Verhandlung mit der Bundesregierung. Da haben wir darauf hingewiesen und scheinbar war es sogar dem Herrn Bundeskanzler neu, daß das Österreichische Lebensmittelrecht für die Inlandproduktion selbstverständlich scharf angewandt und kontrolliert wird, daß aber aus dem Ausland zum Beispiel Molkereiprodukte hereinkommen, wo Konservierungsmittel verwendet werden, die bei uns verboten sind. Das hat er nicht gewußt. (Abg. Zinkanell: „Er ist ja nicht zuständig!“) Wir haben gesagt, bitte sehr, tun wir doch hier, natürlich um uns zu schützen, aber auch um die Konsumenten zu schützen, das gleiche anwenden. Und wissen Sie, was er gesagt hat? Die Frau Minister Leodolter wird das nicht zusammenbringen, es soll das der Staribacher machen. Ich hätte das nicht

gesagt, aber nur, um hier klarzustellen, natürlich, das ist nichts Neues, aber wenn es nicht geschieht, dann ist das völlig wirkungslos. Wir haben von verbalen Erklärungen der Frau Gesundheitsminister in der Beziehung gar nichts. Man muß die Lebensmittel so kontrollieren, wie man dies bei den inländischen macht. Und wenn der Herr Bundeskanzler dieser Meinung ist, dann bitte mir auch zu gestatten, daß ich auch einmal gleicher Meinung bin wie er. (Heiterkeit.)

Und nun zur letzten Geschichte. (Abg. Haas: „Bist du nicht dieser Meinung, Kollege Zinkanell?“ — Abg. Zinkanell: „Ich muß jetzt aufpassen!“)

Ich bitte sehr, mich hat es etwas verwundert, Herr Kollege Zinkanell, im Agrarhandelsdefizit eine Aussage zu haben, die etwa in einem Satz gegipfelt hat: „Es tut mir sehr leid, daß der Kollege Trummer nicht Tee erzeugen kann.“ Das ist keine Abwertung, aber es ist eine Darstellung, die an den Dingen völlig vorbeigeht. (Abg. Zinkanell: „Das war nur ein Beispiel. Ich habe gesagt, daß manches nicht erzeugt werden kann!“) Und wenn es etwa so ist, daß man sagt, wir haben 15 Milliarden Schilling Defizit in der Einfuhr von Nahrungsmitteln, wobei wir ja alle wissen, daß wir viele Dinge nicht selbst erzeugen können, zum Beispiel Tee. Aber wenn das Agrarwissenschaftliche Institut des Landwirtschaftsministeriums feststellt, Herr Kollege Zinkanell, daß von diesen 15 Milliarden Schilling Agrarhandelsdefizit 6 bis 8 in Österreich erzeugt werden können, dann tun Sie das nicht so darstellen, als ob das mit dem Tee abgetan wäre. Sind Sie damit einverstanden, oder sind Sie nicht damit einverstanden? (Abg. Zinkanell: „Herr Präsident, darf ich sagen, daß das der Minister nicht ohne Mitwirkung der Kammern machen kann, machen hätte man das schon 1960 können!“) Wollen wir im Inland erzeugen oder wollen wir es nicht erzeugen? Niemand hat vom Tee geredet. (Abg. Zinkanell: „Natürlich! Aber machen hätte man das schon 1960 können!“)

Die letzte Angelegenheit, meine Aussage, die hier verlesen worden ist. Ich sage folgendes: Ich habe das überall gesagt, die Marktordnung ist bekanntlich ein Zweidrittelgesetz und hier bedarf es der Stimmen der beiden Parteien, um eine solche Marktordnung zu beschließen. (Abg. Zinkanell: „Richtig!“) Ich erkenne selbstverständlich und ohne jede Einschränkung an, wenn uns der Gewerkschaftsbund oder die Arbeiterkammer sagt, über Arbeitsmarktpolitik und uns betreffende Fragen wird man über uns nicht hinweggehen können. Ich habe das gleiche gesagt. Wenn es eine landwirtschaftliche Marktordnung gibt, dann wird es nur eine geben, wo wir dazu ja sagen können. Was für den Gewerkschaftsbund gilt, das Recht, selbstverständlich, das wird auch für die Bauern gelten. (Beifall bei der ÖVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Krainer. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dieser in vielen Punkten außerordentlich eindrucksvollen Diskussion zu Fragen des Agrar-

ressorts vermeine ich dem Hohen Haus einen Dienst zu erweisen, wenn ich unter Bedachtnahme auf den Umstand, daß wir eineinhalb Stunden hinter der Vorjahreszeit herlaufen, ein ganz kurzes Wort sage, und zwar einen dreifachen Dank ausspreche: Erstens — ich habe das schon vor der Presse getan — für die Kooperation am Zustandekommen des Grünen Berichtes 1976. Das Landwirtschaftsförderungsgesetz 1976 hat uns diesen Gesetzesauftrag erteilt und ich kann aus voller Überzeugung sagen, daß alle Mitglieder der Paragraph-17-Kommission diesem Auftrag mit ganzem Engagement nachgekommen sind. Das gilt für die Landeslandwirtschaftskammer in einem besonderen Maße auch deshalb, weil die Experten von dort in der ersten Phase mit den Experten der Rechtsabteilung 8 die Vorarbeiten geleistet haben. Das gilt für die Landarbeiterkammer, aber ebenso für die Vertreter des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer wie auch der Handelskammer. Es steht aber außer Zweifel, daß die Repräsentanten der Parteien dieses Hauses in einem ebensolchen Maße ihren Beitrag geleistet haben. Das sei auch — Herr Abgeordneter Zinkanell — ein gerne ausgesprochener Dank an alle, aber speziell auch an Sie. Daß den Initiativantrag für dieses Gesetz der Herr Präsident Koiner und der Herr Präsident Buchberger eingebracht haben, steht aber ebenso außer Zweifel.

Ich möchte zweitens einer Institution danken, die heute hier nicht erwähnt wurde, es wäre auch nicht denkbar, daß wir jeweils alles diskutieren —, das ist unsere Familienhilfe, das Mutterhilfswerk. Ich werde einen neuen Anlauf auch in einer weiteren Finanzierung dieses Mutterhilfswerkes nehmen. Ich habe auch heute schon Gespräche hier geführt und ich hoffe sehr, daß sie erfolgreich sein werden, und zwar deshalb, weil nämlich noch mehr Familienhelferinnen gebraucht werden könnten und das auch eine Frage der Finanzierung ist. Diese ganz besondere Sozialleistung ist von eminenter Wichtigkeit für alle Familien in unserem Land. Ich möchte daher ausdrücklich und hervorhebend diesen Familienhelferinnen und denen, die dieses Werk tragen, einen ausdrücklichen Dank sagen und schließlich unserem Chef, dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl, daß er sich für die Direktzuwendung an die Bergbauern ganz persönlich eingesetzt hat, daß er auch zugesagt hat, daß diese 24 Millionen Schilling voll zur Verfügung stehen werden und daß er insbesondere auch das Wegbausonderprogramm aufgestockt hat. (Beifall bei der OVP.)

Wir wissen alle, und es ist das auch ausgesprochen worden, daß die Budgetverhandlungen des heurigen Jahres eben nicht einfach bedeuten, daß wir überall sagen können, wir haben um so und soviel Prozent mehr, auch wenn es insgesamt mehr sind. Das Problem, das bezüglich der Personalkosten angesprochen wurde, muß eine echte Umschichtung im Budget zu Ungunsten der Ermessenskredite bedeuten, in einer solchen Situation stellt die Aufstockung gerade dieser Posten eine ganz außerordentliche und, glaube ich, auch materiell zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung in Richtung auf die einkommensmäßig benachteiligten und schwer arbeitenden Bergbauern unseres Landes dar. Einen

herzlichen Dank Ihnen allen für die Verabschiedung dieses Budgets. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr. Ich erteile als erstem Redner dem Herrn Abgeordneten Lußmann das Wort.

Abg. Lußmann: Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bin sehr froh, daß ich meine Jungferrede über ein Gebiet halten kann, von dem ich doch glaube, ein bißchen was zu verstehen. Trotzdem, meine Damen und Herren, bitte ich Sie um Milde in Ihrer Beurteilung.

Es hat, meine Damen und Herren, am Landesfremdenverkehrstag in Schladming Landeshauptmannstellvertreter Wegart in einer Anspielung auf den Wetterbericht die Landschaft im österreichischen Fremdenverkehr als labil bezeichnet. Wollte man bei diesem Vergleich bleiben, müßte man für mehrere Branchen in unserer Wirtschaft — das ist ja vielfach in diesem Landtag schon zum Ausdruck gekommen — sagen, daß es schon lange kein Flugwetter mehr gibt. Glücklicherweise ist das für den Fremdenverkehr in unserem Land nicht eingetreten. Immerhin gab es im Winter 1976/77 eine Nächtigungssteigerung von 6,1 Prozent in unserem Land gegenüber 4,1 Prozent in Gesamtösterreich. Das war im Winter. Im Sommer konnte die Stellung gehalten werden, wenn auch hauchdünn; man muß die Vor- und Nachsaison mit heranziehen, aber da muß man allerdings — und das ist im Fremdenverkehr ja sehr wichtig — berücksichtigen, daß der Sommer doch sehr verregnet war. Jedenfalls ergibt die Gesamtbilanz erfreulicherweise doch wieder ein Plus für die Steiermark von 2,04 Prozent gegenüber ganz Österreich, was man jetzt schon beurteilen kann. Sicher ein Vorteil, weil es also in ganz Österreich — wie die bisherige Übersicht zeigt — nicht so gut sein wird. Es gibt aber dafür sicher auch eine Reihe von Gründen.

Zum ersten möchte ich sagen, hat die Steiermark schon immer eine sehr gezielte Werbung um den Inlandsgast gemacht. Ich habe heuer in Wien im Messepalast persönlich erlebt, wie dort Landeshauptmannstellvertreter Wegart in einem Interview so in etwa sagte: „Wiener, kommt doch in die grüne Steiermark, das ist der Garten Wiens.“ Das kommt halt bei den Leuten an, und tatsächlich, sie kommen auch. Sie kommen zu 60 Prozent in die Steiermark laut Inlandsquote. Wenn die Wiener heute ein gestörtes Verhältnis zu den Kärntnern und zu den Tirolern haben, dann haben eben die Tiroler und die Kärntner früher vergessen, sich um diesen Wiener Gast zu bemühen; sie haben das hauptsächlich um den Auslandsgast gemacht und jetzt, das große Liebeswerben nützt halt doch nicht mehr so viel.

Zum zweiten, meine Damen und Herren, möchte ich anführen, daß man in unserem Land immer bemüht war, den Fremdenverkehr organisch wachsen zu lassen. Es ist das etwas, was man in einer Branche wie dem Fremdenverkehr nicht genug unterstreichen kann. Es hat ebenfalls in Schladming Universitätsprofessor Dr. Andreae einen sehr bemer-

kenswerten Vortrag gehalten. Unter anderem hat er von einem sogenannten Umkippeffekt gesprochen. Er hat das sehr plastisch geschildert, indem er das mit einer Überbelastung im Straßenverkehr erklärt hat. Man kann also eine Straße immer mehr und mehr mit Autos vollstopfen und plötzlich genügt aber eine Handvoll Autos, und die Katastrophe ist perfekt. Durch diesen gesteuerten Bremseffekt in der steiermärkischen Fremdenverkehrspolitik oder auch dem Slogan „Qualität vor Quantität“ — so könnte man es auch nennen —, hat man nicht vielfach nur vor Insolvenzen retten können, sondern das Angebot kommt auch dem Gast sehr entgegen. Es wird verhindert, und das ist auch ein Satz von Professor Andreae, daß der Vorteil der Nähe in den Nachteil der Enge umschlägt. Dadurch ist in der Steiermark die Verschuldung der Fremdenverkehrswirtschaft demgemäß mit 2 Milliarden Schilling doch in Grenzen gehalten, bei 2500 Fremdenverkehrsbetrieben, gegenüber einer Gesamtverschuldung in Österreich von 20 Milliarden Schilling. Es sind aber gerade die Fremdenverkehrsbetriebe, die die Seele des Fremdenverkehrs darstellen. Es nützt, meine Damen und Herren, die beste Infrastruktur und die schönste Landschaft nichts, wenn die Gastronomie nicht funktioniert. Daher habe ich doch mit großer Befriedigung festgestellt, daß im Budget zur Förderung der Fremdenverkehrsbetriebe um 2 Millionen Schilling mehr angesetzt sind als im Vorjahr. Allerdings ist es auch zu Streichungen gekommen, wie es eben die Lage erfordert, und darunter fallen leider auch die Beiträge an die Fremdenverkehrsvereine, und zwar eine Kürzung von 2,5 Millionen Schilling auf 1.750.000 Schilling, also um eine dreiviertel Million, und das schmerzt mich doch einigermaßen.

Ich muß in diesem Zusammenhang eine Lanze für unsere Verkehrsvereine brechen. Wir haben 330 Verkehrsvereine in der Steiermark und 20 Gebietsverbände. Ich bin selbst seit elf Jahren Obmann eines Fremdenverkehrsvereines, ich war auch der Gründer des Fremdenverkehrsvereines Gams bei Hieflau, wo ich jetzt seit zweieinhalb Jahren Bürgermeister bin, und kann sehr gut von dieser Sicht aus beurteilen, was diese Vereine leisten. Meine Damen und Herren, hier wird mit so viel Idealismus gewerkt und es sind so viele Leute aus allen Fraktionen in diesen Vereinen und so viele Leute, die eigentlich branchenfremd sind. Es sind Lehrer, Gemeindegemeindefunktionäre, Förster, Bankbeamte usw., die als Obmänner fungieren, in den Vorständen und Beiräten, Briefträger, Eisenbahner, einfache Arbeiter. Ich sage das ganz bewußt, weil diese Leute eben mitanpacken, einfach die Ärmel aufkrepeln, ohne etwas davon zu haben. Ich habe mir oft gedacht, warum machen sie es eigentlich, weil halt die Verschönerungen eines Ortes eben den anderen Leuten auch zugute kommen und nicht nur dem Gast. Dabei haben diese Leute eigentlich nichts davon. Sie versinken förmlich in der Anonymität. Während die Feuerwehr doch wenigstens ab und zu aufmarschieren oder sich zeigen kann, oder die Blasmusik Applaus hat für ihre Auftritte, haben diese eigentlich nur verhältnismäßig wenig Lohn. (Abg. Ing. Stoisser: „Fremdenverkehrsuniform!“) Zumeist sind es auf dem Land Veranstaltungen, die durchgeführt werden, wo diese Leute im Einsatz sind.

Ich möchte nur als Beispiel anführen, weil das sicher auch ein Querschnitt für die Leistung gibt. Mir ist es einmal gelungen, in unseren kleinen Ort den frischgebackenen Weltmeister David Zwilling hinzubringen, und wir haben mit ihm zwei Veranstaltungen gemacht. Er ist ein Jahr später dann noch einmal gekommen; wir haben in unsere Vereinskasse dadurch immerhin 70.000 Schilling netto hineinbekommen. (Abg. Karrer: „Das darfst du nicht sagen!“) Doch, das sage ich, weil wir haben für unseren Verein noch nie auf einmal eine so große Förderung bekommen. Also, wenn man so etwas unternimmt, dann unterstreicht das auch die Leistungen der Vereine im besonderen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Aber Förderung bekommst du jetzt längere Zeit keine!“)

Dort und da, meine Damen und Herren, mag es auch im Fremdenverkehr zu Auswüchsen kommen. Wo passiert das nicht? In jeder Branche. Wo gehobelt wird, fallen auch Späne. Aber in vielerlei Hinsicht ist es im Sog des Fremdenverkehrs zu einem großen Aufbruch gekommen. Am Land besonders auf dem kulturellen Sektor. Allein die Ausrichtungen von Trachtenumzügen, die Neubelebung von Heimat-, Tanz-, Gesangsvereinen, Trachtenmusikskapellen und überhaupt das Aufleben von altem Brauchtum usw. sind Hand in Hand mit der Entwicklung im Fremdenverkehr gegangen, weil einfach, und das ist ja logisch, das Publikumsinteresse plötzlich viel größer war.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Bauern und Privatvermieter. Urlaub auf dem Bauernhof. Und auch die Privatvermieter, für die ist es vielfach eine Einnahmequelle, mit denen sie sich Dinge leisten können, an die sie sonst gar nicht denken könnten, sich anzuschaffen. Zusätzlich ist bei beiden, beim Urlaub auf dem Bauernhof sowie bei den Privatvermietern, eines festzustellen, daß sie mit ihren Gästen zumeist einen so hervorragenden Kontakt haben, daß die Gäste immer wieder ins Land kommen und Geld hereinbringen.

Und unbestritten ist, meine Damen und Herren, wohl die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs überhaupt. Schließlich hat dieses Glanzstück, dieses Paradepony der österreichischen Wirtschaft bis 1975 immerhin das Defizit der Handelsbilanz immer abgedeckt. Wenn dies im Vorjahr nur mehr zur Hälfte gelungen ist, so ist daran der Fremdenverkehr wohl am wenigsten schuld, weil mit 5,5 Prozent hat er immerhin noch einen Zuwachs gehabt, und trotz Einnahme von 51 Milliarden Schilling Devisen, es liegt vielmehr daran, daß nur mehr die Handelsbilanz zur Hälfte abgedeckt werden kann, weil 22 Milliarden Schilling aus dem gleichen Grund Herr und Frau Österreicher ins Ausland transferieren. Und da möchte ich sagen, sonst wäre unsere Handelsbilanz auch im Vorjahr noch zu 95 Prozent abgedeckt gewesen. Und da möchte ich da einhaken, was der Freund Karl Lackner sagt. Angesichts einer solchen Situation hat Präsident Kennedy einmal einen Aufruf an die Nation erlassen, Urlaub im Land zu machen. Übrigens mit großem Erfolg. Leider ist es so, und das muß man dazusagen, daß bei uns das Gegenteil der Fall war (Abg. Lackner: „Also zu Hause bleiben, meine Damen und Herren!“), und

man mag nun darüber denken, meine Herren, wie man will, aber es ist doch so, daß diese bekannte Kreisky-Außerung unserem Land im Fremdenverkehr sicher mehr geschadet hat, als mancher wahrhaben will. (Abg. Zinkanell: „Schade, daß du das gesagt hast, Kollege Lußmann!“) Aber was stimmt, Herr Kollege, wird man wohl sagen dürfen. (Abg. Brandl: „Solche Pflichtübungen können viel verderben!“) Außerdem ist noch etwas: Unsere Fremdenverkehrsbetriebe kämpfen mit dem Rücken zur Wand gegen laufende Auflagen und Steuern. 20 verschiedene Steuern belasten den Fremdenverkehr. Ich habe mir herauschreiben lassen zum Beispiel nur die Besteuerung der Getränke. Bier in Österreich mit 32,6 Prozent, in Italien mit 12,5 Prozent, in der Schweiz mit 4,6 Prozent, Wein in Österreich mit 28,1 Prozent, in Italien 8,3 Prozent, in der Schweiz 2,2 Prozent. Dabei, meine Damen und Herren, ist das nicht die Endbilanz, das ist ja nur die direkte Besteuerung der Getränke. Es hängt jetzt vom wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens ab. Dann kommen Einkommensteuer, Gewerbesteuer und die anderen Steuern, die ich genannt habe, noch dazu. Dann kann es ohneweiters sein, daß wie vor zwei Jahren einmal etwa, als eine Brauerei auf ihrem Bierdeckel etwas herausgegeben hat, das Bier mit etwas mehr als 50 Prozent versteuert ist. Ich habe es damals nicht recht geglaubt, aber scheinbar stimmt es doch. Dann ist auch, daß die Hartwährungspolitik doch Herrn und Frau Österreicher während desurlaubes im Ausland noch dazu verleitet, dort noch mehr Waren einzukaufen.

Trotz alledem leistet unsere Fremdenverkehrswirtschaft Großartiges. Vor allen Dingen deshalb, weil sie von einer Struktur ist, die auch dem Gast sehr entgegenkommt. Die vielen Klein- und Mittelbetriebe und auch besonders die Familienbetriebe, die sind auch dem Gast recht. Er will ja direkt angesprochen werden und dort einen individuellen Urlaub machen. Es ist ja Gott sei Dank bei uns nicht so, und der Westeuropäer will das nicht, daß man waggonweise ans Schwarze Meer geliefert wird, dort 14 Tage Urlaub verbringen muß und dann paketweise wieder nach Hause geliefert wird.

Letztlich möchte ich noch etwas sagen, daß es der Fremdenverkehr ist, der gerade unsere Alpentäler noch bevölkert. Ich komme, meine Damen und Herren, aus einer Gegend, dem Gerichtsbezirk Sankt Gallen, wo 16 Menschen auf einem Quadratkilometer leben. Ich könnte mir unsere Gegend ohne den Fremdenverkehr nicht mehr vorstellen. Allerdings ist es auch so, daß wir, gerade wir, die kleinen Wohnsitzgemeinden dort, unmöglich in der Lage sind, die nötige Infrastruktur mit den Beherbergungsbetrieben, mit den Fremdenverkehrsbetrieben zu finanzieren. Eine weitere Förderung des Landes ist daher in unserer Gegend unbedingt nötig. Auch der Aufbau einer zweiten Saison. Es bestehen da konkrete Beispiele, wie die Grabneralm zwischen Admont und St. Gallen, einem Schigebiet. Alles das, was ich gesagt habe, läßt sich auch ohne weiteres, bis aufs Schifahren zum Teil, auf die Süd-, West- und Oststeiermark transferieren.

Ich möchte daher zum Abschluß nur eines sagen, daß wir nicht müde werden dürfen, die bisher so erfolgreich durchgeführte Förderungspolitik des

Landes fortzusetzen. Danke. (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammer: Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Auch ich halte hier meine Jungferrede, aber leider nicht zu einem jungfräulichen Thema, sondern zu einem Thema, das hier im Landtag schon des öfteren erörtert wurde, das aber gerade im heurigen Herbst sehr viel Mißfallen in der Öffentlichkeit erregt hat. Es handelt sich hier um die pauschalen Jagdgebietssperren, die im heurigen Herbst wieder erlassen wurden.

Sie wissen, daß gerade der Herbst bei uns eine schöne Jahreszeit ist, nicht nur wegen des „Steirischen Herbstes“, sondern auch wegen des Wetters bei uns, und für den Reiseverkehr und den Fremdenverkehr überhaupt gemeinhin sehr beliebt ist. Gerade in diesen Gegenden, in den Bergregionen, wo sich alle Stellen — wie mein Vorredner soeben betont hat — sehr viele Mühe geben, den Fremdenverkehr aufzubauen, bin ich der Meinung, daß diese pauschalen Jagdgebietssperren eine große Behinderung dieser Bestrebungen darstellen. Ich möchte daher den Hohen Landtag ersuchen, doch vielleicht Überlegungen anzustellen und dieses Gesetz neu zu überdenken, um solche Auswirkungen auch in Zukunft wieder zu verhindern bzw. möchte ich die Landesregierung ersuchen, noch einmal vehement die Bezirksbehörden auf den seinerzeitigen Erlaß vom 4. November 1974 hinzuweisen, wo bereits darauf aufmerksam gemacht wurde, daß pauschale Jagdgebietssperren nicht üblich sind. Im heurigen Jahr kam es paradoxerweise zu Sperren des Odlandgebietes oberhalb der Baumgrenzen, und es ist mir unerklärlich, warum man diese Sperren überhaupt durchgehen ließ und wie es zu diesen Sperren gekommen ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck — es ist sicherlich nicht meine Meinung, aber ich habe einen sehr guten Kontakt mit der Bevölkerung —, daß durch das Steirische Jagdgesetz eine Interessensgemeinschaft, die Jägerschaft, doch eine Bevorzugung erhält, die vielleicht nicht mehr ganz unserer Zeit entspricht.

Meine Damen und Herren, ich würde auch die Landesregierung gerne ersuchen, sich mit den Bezirksverwaltungsbehörden ins Einvernehmen zu setzen, damit eine Durchforstung der Tafelflut in unseren Wäldern und auf den öffentlichen Wegen endlich durchgeführt wird. Nach dem neuen Forstgesetz hat es sich leider nach kurzem Stillhalten herausgestellt, daß wieder unzählige Tafeln unsere Wälder verunschönen. Es gibt hier die bekannten Tafeln „Vorsicht! Lebensgefahr! Giftschlangen!“, „Vorsicht! Lebensgefahr! Zeckenbiß!“ und dergleichen. All diese Tafeln glaube ich, meine Damen und Herren, tragen nicht gerade zur Förderung unseres Fremdenverkehrs bei, und werden unsere grüne Steiermark nicht beliebt machen. Ich glaube, hier könnte man doch etwas eingreifen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch betonen, daß hier sicherlich

auch von den Touristenvereinen beider Lager — wenn ich das so betonen darf — gerne mitgeholfen wird, eine Lösung zu finden, daß wir durch mehr Aufklärung zu einem guten Standpunkt oder zu einem Verständnis gegenüber dieser Haltung kommen und nicht durch Verbote, wie sie derzeit gehandhabt werden.

Meine Damen und Herren, Hoher Landtag, wenn Sie in dieser Richtung initiativ werden könnten, würde ich mich sehr dafür bedanken. Im übrigen danke ich für die faire Zurückhaltung. Danke schön. (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Laurich. Ich erteile es ihm.

Abg. Laurich: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Durch Jahre waren wir es gewohnt, daß der Fremdenverkehr mit ständigen Zuwachsraten aufwärtet. Wir haben sogar erwartet, daß man zweistellige Prozentsätze hier jährlich aufweisen kann. Wenn die Prognosen für das abgelaufene Jahr bzw. für das Jahr 1976 und die Wintersaison 1976/77 nicht sehr günstig waren, so müssen wir bei näherer Betrachtung doch feststellen, daß wir auch der näheren und weiteren Zukunft mit keiner allzu großen Besorgnis entgegensehen können. Es ist sicherlich richtig, daß die Stagnation bzw. sogar Rückgänge in der Nächtigungsziffer gewisser Orte einer kritischen Betrachtung unterzogen werden müssen. Wir müssen aber sagen, daß die Rückgänge des Jahres 1976 in erster Linie auf das Ausbleiben der bundesdeutschen Gäste zurückzuführen sind, die aber in ihrer Gesamtheit immer noch drei Viertel aller Ausländernächtigungen ausmachen.

Es ist auch selbstverständlich, daß die wirtschaftliche Lage der Hauptherkunftsländer unserer ausländischen Gäste mit dazu beiträgt, daß sich Auswirkungen auf den Fremdenverkehr zeigen. Hier, meine Damen und Herren, müssen wir uns daher verstärkt bemühen, daß sogenannte Hobbyurlaube, Seniorenurlaube, einen neuen Kreis von Gästen ansprechen, die dann ihren Urlaub bei uns verbringen. Es wird Aufgabe der zuständigen Stellen sein, die Fremdenverkehrseinrichtungen nach dieser Richtung entsprechend zu fördern.

Wie sehr Werbung und Förderung bzw. eine jahrzehntelange Aufbauarbeit Früchte tragen können, zeigt eine Statistik der Wintersaison 1976/77, die Zunahmen in der Nächtigungsziffer bekannter Wintersportorte bis 26 Prozent ausweist. Hier sind es in erster Linie die technische Erschließung unserer Berge, die hervorragend präparierten Pisten und Loipen, die nicht nur ein Magnet für die Wintergäste und Wintersportler sind, sondern auch die Tages-touristen aus den benachbarten Bundesländern in die Steiermark bringen.

Der Herr Abgeordnete Lußmann hat festgestellt, daß die Steiermark in der Wintersaison auf eine erfreuliche Zuwachsrate von 6,1 Prozent hinweisen kann. Ich möchte aber hier in diesem Rahmen auch die Zuwachsraten der anderen Bundesländer nennen, damit man eine entsprechende Vergleichsmöglichkeit hat. Während die Steiermark — wie ich

schon sagte — 6,1 Prozent hatte, waren es für Wien 0,1 Prozent, Niederösterreich 0,2 Prozent, Burgenland 0,5 Prozent, Oberösterreich 2,5 Prozent, Tirol 3,4 Prozent, Kärnten 3,6 Prozent, Vorarlberg 5,7 Prozent, Salzburg 5,9 Prozent. Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, wird sich weiter fortsetzen, denn wir hatten heuer im Sommer den Landesfremdenverkehrsreferenten und den Landesfinanzreferenten in Schladming, und die beiden Herren haben hier die sogenannte Salzmann-Studie vorgestellt, die die weitere stufenweise Erschließung des Hauptschwerpunktes im Winterfremdenverkehr, nämlich des oberen Ennstales, aufzeigt.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben ist die Erschließung der Grabneralm, die mit einer Abfahrt in die Gemeinde Weng enden soll. Es soll ein Sessellift mit einem Höhenunterschied von 700 Metern gebaut werden und dazu sind drei Schlepplifanlagen mit 1600 und 300 Metern Länge vorgesehen. Ich möchte hier im Namen dieses Gebietes dem Land Steiermark dafür danken, daß für diese Studie bereits 40.000 Schilling bewilligt wurden. Nicht nur die Marktgemeinde Admont, die Gemeinde Weng und die Gemeinde Hall werden davon profitieren, sondern in erster Linie auch die gesamten Gemeinden des Gerichtsbezirkes St. Gallen.

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, da ich jetzt vom Bezirk Liezen gesprochen habe, auch einige Sätze zur Gastarbeiterroute. Für 1976 sprechen 4148 Unfälle, 113 Tote und 1618 Schwerverletzte eine deutliche Sprache.

2,8 Millionen Fahrzeuge haben im Jahre 1976 diese Straße frequentiert, und davon wurden in der Zeit vom 1. Juni bis 30. September 1976 957.381 beim Grenzübergang in Spielfeld abgefertigt.

Ich darf Ihnen auch eine weitere Zahl sagen. Der Güterverkehr von 1973 bis 1976 hat auf der Gastarbeiterroute um 36,5 Prozent zugenommen. Diese starke Frequenz unserer Bundesstraßen, der Ennstalbundesstraße, der Salzkammergutbundesstraße, führt dazu, daß Reisebusunternehmer aber auch private Gäste, die mit Pkws zu uns gekommen sind, den Ausflugsverkehr so gut wie eingestellt haben. Ich möchte hier die Gelegenheit benützen, um unserer steirischen Exekutive, aber auch den Sicherheitsstaffeln des Osterreicherings, dem ARBO, dem OAMTC und dem Roten Kreuz für den muster-gültigen Einsatz gerade auf dieser schwerstbefahrenen Strecke Österreichs zu danken. (Allgemeiner Beifall.)

Und meine Damen und Herren, ich möchte hier nicht nur für den Bezirk, sondern für die Obersteier, ja sogar für die ganze Steiermark wieder die Forderung unterstreichen, daß die Pyhrnautobahn so rasch als möglich ausgebaut wird, und daß auch die S 8, die Verbindung von der Tauernautobahn zur Pyhrnautobahn, nicht zweitrangig zurückgereiht wird.

Herr Landesrat Dr. Krainer, — er ist im Augenblick nicht da, — ich möchte auf einen Antrag sozialistischer Abgeordneter hinweisen, daß die gefährlichste Engstelle der Ennstalbundesstraße, nämlich das Stück Umfahrung Schladming zur Umfahrung Oberhaus, möglichst bald ausgebaut wird. Ich glaube, Herr Landeshauptmann, Sie kennen dieses

Stück und das ist wirklich eine Gefahrenquelle, wenn man hier, besonders im Winter, diese Straße passieren muß.

Wir haben auch Grund zur Freude. Jeder, ob Einheimischer oder Gast, freut sich, daß die gefährliche Klachau ausgeschaltet ist. Wir haben eine wunderbare Umfahrung und wir freuen uns, daß das steirische Salzkammergut nunmehr leichter erreichbar ist.

Meine Damen und Herren, die Steiermark hat rund 110.000 Gästebetten und damit einen neuen Höchststand erreicht. Diese Betten lukrativ zu verkaufen, wird sicherlich manche Schwierigkeiten bringen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß die Privatzimmervermietung eine notwendige Ergänzung des Fremdenverkehrsangebotes ist. In den letzten Jahren haben sich aber Wucherungstendenzen bemerkbar gemacht und die sozialistischen Abgeordneten haben einen Antrag eingebracht, daß durch ein Privatzimmervermietungsgesetz die neuerliche Zunahme von Privatbetten in irgendeiner Form gesteuert werden kann. Dem Hohen Landtag liegt auch heute ein diesbezüglicher Antrag vor, daß Privatbetten nur dort geschaffen bzw. gefördert werden sollen, wo heute noch ein echtes Bedürfnis besteht. Der Bettenboom, bei dem jeder baute, was und wie er wollte, sehr oft sogar subventioniert, muß endgültig gestoppt werden. Hier unterstreiche ich das, was der Abgeordnete Lußmann gesagt hat, daß es eine Ausnahme geben muß für die Privatbetten auf dem Bauernhof im Rahmen der Urlaubsdevise „Urlaub auf dem Bauernhof“, weil hier eine Gästegruppe, nämlich die kinderreichen Familien, angesprochen wird. Die Vermietung auf dem Bauernhof bringt den Bauern zusätzliche Nebenverdienste und verhindert, und das möchte ich auch feststellen, auch die Landflucht.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Arbeit der Frauen hervorheben, sei es bei den Privatzimmervermietern oder seien es nun die Bäuerinnen, die neben ihren Familienpflichten, neben ihrer Arbeit als Hausfrauen, auch noch diese zusätzlichen Arbeiten auf sich nehmen. (Allgemeiner Beifall.)

Es ist Ihnen bekannt, daß ein Überangebot auf dem Privatzimmersektor besonders dann schlechte finanzielle Auswirkungen gehabt hat, wenn die Ausstattung zu wünschen übrig ließ. Es muß daher, wie das schon gesagt wurde, der Verbesserung und nicht der Ausweitung der Vorrang gegeben werden, oder wie es so schön heißt, der Qualität vor der Quantität der Vorzug zukommen. Bedenken Sie, meine Damen und Herren, daß man für 1500 neue Fremdenbetten 20.000 neue Gäste braucht, um die gleiche Rentabilität erzielen zu können.

Die unterschiedliche Auslastung der Fremdenverkehrsbetriebe bringt für die Betroffenen manche Sorge. Einem Bericht der Österreichischen Hoteliervereinigung ist zu entnehmen, daß die Einsaisonbetriebe besonders durch den Rückgang des Sommertourismus, bedingt durch Schlechtwetter oder andere Umstände, beachtliche Verluste bis zu 20 Prozent hinnehmen müssen, und daß diese Einsaisonbetriebe, wenn diese Tendenz anhält, echt in ihrer Existenz gefährdet sind. Ich möchte daher unterstreichen, was ich im Vorjahr gesagt habe, daß wir trachten müssen, wo es nur geht, Zweisaison-

betriebe zu fördern. Ich möchte in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auf die Förderungsaktion des Handelsministeriums besonders hinweisen. Für die Hausaktion, also für die Einrichtung von Schlechtwettereinrichtungen, wurden im ersten Halbjahr 1977 elf Vorhaben mit einem Kreditvolumen von über 9 Millionen Schilling gefördert, für die Fremdenverkehrssonderkreditaktion im ersten Halbjahr 50 Vorhaben mit einem Kreditvolumen von 17.315.000 Schilling, für Zuschüsse zur Komfortzimmeraktion 102 Vorhaben mit 29.220.000 Schilling und für die Aktion „Jederzeit warme Küche“ 42 Vorhaben, ebenfalls im ersten Halbjahr 1977, mit einem Gesamtaufwand von 4.569.000 Schilling. Zusammen mit den Förderungsbeträgen des Landes Steiermark wurden also der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft beachtliche Hilfen zuteil.

Hohes Haus, es besteht auch kein Zweifel, daß das persönliche Service, also die Betreuung der Gäste, für den Urlauber eine beachtliche Rolle spielt. Es ist daher erfreulich, daß neben den anerkannten Ausbildungsstätten für das Fremdenverkehrsfachpersonal in Bad Gleichenberg auch die Expositur in Aigen bald den Betrieb aufnehmen wird. Ich möchte hier ausdrücklich auch den Verein „Jugend am Werk“ hervorheben, der in den Ausbildungseinrichtungen Bad Aussee und Mürzzuschlag hervorragende und anerkannte Arbeit auf diesem Gebiet leistet.

Gestatten Sie, daß ich auch den Jugendherbergsverband und das Jugendherbergswerk erwähne, die auf dem Gebiet des Jugendwanderns, auf dem Gebiet der Begegnung sozialer und internationaler Zusammenkünfte, Hervorragendes leisten. Wenn auch das Jugendwandern vergangener Jahrzehnte tot ist, so haben die Herbergen doch eine Reihe von Aufgaben in Form der Gruppenurlaube, Jugendseminare, Bildungsurlaube, Schullandwochen und auch Schulschikurse zu erfüllen. Alle diese genannten Vorhaben tragen zu einer sehr, sehr guten Frequenz der Herbergen bei. Der Steirische Jugendherbergsverband hat in der Vorwoche die Jahreshauptversammlung durchgeführt und es wurde bekanntgegeben, daß im Jahre 1976 allein in den Herbergen dieses Jugendherbergsverbandes 137.530 Nächtigungen zu verzeichnen gewesen sind. Ich möchte nur ein Beispiel hervorheben:

Die Jugendherberge Schladming hatte im Jahre 1974 38.265 Nächtigungen und im vergangenen Jahr 31.524 Nächtigungen zu verzeichnen. Die Jugendherberge in Bad Aussee konnte im Jahre 1976 auf eine stolze Zahl von 28.064 Nächtigungen hinweisen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist unsere Mehlspeise und unser Eis!“) Herr Landeshauptmann, halten wir uns aber vor Augen, daß diese jungen Gäste, die da die Jugendherbergen frequentieren, die zukünftigen Urlauber von morgen sind. Ich bin überzeugt, daß durch die Mundpropaganda der jungen Leute, die zu 50 bis 80 Prozent aus der Deutschen Bundesrepublik kommen, von der Schönheit der steirischen Heimat, von der Aufnahme hier in dieser Gegend berichtet werden wird.

Meine Damen und Herren, im Voranschlag 1978 sind wieder beachtliche Mittel für fremdenverkehrsfördernde Maßnahmen vorgesehen und mit Genug-

tuung kann ich feststellen, daß diese Mittel, wie es von der sozialistischen Landtagsfraktion verlangt wurde, nicht mehr — wie das ja oft geschehen ist — im Gießkannenprinzip, sondern schwerpunktmäßig eingesetzt werden sollen. Die Steiermark ist ein Urlaubsland, das seine Chancen verstärkt nützen muß, um dem Wunsch erholungsbedürftiger Menschen zu entsprechen, in gepflegter Landschaft und Natur, in einer ruhigen und sauberen Umwelt sich erholen zu können. Es sind daher die zuständigen Stellen immer wieder aufzufordern, allen einschlägigen Gesetzen und Verordnungen für die Erhaltung, Gestaltung und die Pflege unseres Lebensraumes besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit unsere Steiermark als Erholungsland erhalten bleibt.

Wenn wie bisher zwischen Bund, Land und Gemeinden zusammengearbeitet wird, wenn der Leistungswille und das Können unserer Fremdenverkehrsbetriebe und der im Fremdenverkehr tätigen Kräfte mitherausgezogen werden, so wird es auch weiterhin möglich sein, die kommende Fremdenverkehrssaison erfolgreich abzuschließen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Ich muß eine Vorbemerkung machen. Es ist mir gestern im besten Sinne des Wortes ein Durchbruch gelungen. Bis zur Stunde oder bis gestern hat man dieses grüne Herz so für ein illegales Parteiabzeichen gehalten und gestern ist es mir mit Hilfe meines sehr geschätzten Präsidenten Gross gelungen, diesen Durchbruch zu erzielen, so daß heute das ganze Haus sich zum grünen Herzen bekennt. (Abg. Zinkanell: „Aber da gibt es ein paar, die sind stiefmütterlich behandelt worden!“ — Abg. Pölzl: „Die sind nicht beim OAAB!“) Wer es noch nicht bekommen hat, bei dem werde ich persönlich erscheinen. So viel liegt mir daran, denn das ist ein echter Werbehit geworden, und ich glaube, es gibt keinen besseren Ausdruck dafür.

Wenn ich so in diese Runde schaue — sie sind alle Steirer, jeder auf einer anderen Seite, aber wenn es um die gemeinsamen Dinge geht, dann ist es gar keine Frage, daß wir auch gemeinsam an diesem Strang ziehen. Ich glaube, hier kommt für mich auch eine sehr erfreuliche Gesinnung zum Ausdruck. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Beim Fremdenverkehr sind wir schon so weit, beim Personal noch nicht!“ — Heiterkeit.) Ich bitte, es ist mir bei besten Willen nicht möglich, allen Wünschen hundertprozentig zu entsprechen. (Heiterkeit. — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Jetzt sind wir bei 10 Prozent!“)

Aber, ich möchte ja nicht wieder von vorn anfangen, das führt zu nichts. Das hat keinen Sinn. Ich glaube, jeder muß in seiner Haut bleiben.

Nun, verehrte Damen und Herren, ich freue mich, daß die Redner, die zum Fremdenverkehr gesprochen haben, sich auch ein wenig mit der Statistik

befaßt haben. Wir haben in dem abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr, das ist vom 1. November 1976 bis zum 31. Oktober 1977, also zwölf Monate, 9,082.000 Übernachtungen erreicht, das ist ein Plus von rund zwei Prozent. Das ist aber — was ich jetzt auch mit einiger Freude hinzufüge — die höchste Übernachtungsziffer, die die Steiermark in ihrer bisherigen Fremdenverkehrsentwicklung zu verzeichnen hat.

Die Medien werden mir nicht ungehalten sein, wenn ich fast ein Steckenpferd zu reiten beginne. Nämlich, wenn man heuer im Sommer Zeitungen zur Hand genommen oder den Rundfunk gehört hat oder auch das Fernsehen, dann mußte man einfach den Eindruck gewinnen, der Fremdenverkehr hat in Österreich oder in der Steiermark überhaupt nicht stattgefunden.

Die Wahrheit ist: Wir haben nach dem Jahre 1955/56, wenn wir ein Diagramm zur Hand nehmen würden, eine steile Aufwärtsentwicklung erlebt. Jahr für Jahr Zunahmen in der Größenordnung zwischen 5, 8 und 10 Prozent. Mit 1975 kam ein Knick, aber nicht ein Knick, der jetzt das Diagramm nach unten führen würde, sondern der eine Gratwanderung eingeschlagen hat. Eine Gratwanderung auf einem sehr hohen Niveau. Warum ich gerade diese Bemerkung mache, das hat seinen besonderen Grund. Meine Damen und Herren, es besteht gar kein Zweifel, der Fremdenverkehr ist der größte Devisenbringer unserer Volkswirtschaft, unverändert. Ja im Gegenteil, in Wahrheit ist er auch unter den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten eine Wachstumsbranche geblieben. Die Zunahme der Deviseneinnahmen — sie sind ein Indikator, an dem wir am sichersten ablesen können — bestätigen diese Tatsache. Ich möchte mir nicht jetzt Rechenexempel oder Rechenkünste leisten, bei denen unentwegt im Zusammenhang Einfuhren und Ausfuhren und die Gegenüberstellung der Deviseneinnahmen dargestellt wird. Wenn Einfuhren gestiegen und Ausfuhren zurückgeblieben sind, dann sind das keine Dinge, die ursächlich mit dem Fremdenverkehr zusammenhängen, sondern der Fremdenverkehr allein hat auch 1976 und 1977 neuerdings Deviseneinnahmen, und zwar ein Plus von rund 8 Prozent. Das ist immerhin ein Erfolg, den wir sehr hoch veranschlagen müssen. Warum? Dieser Erfolg, verehrte Damen und Herren, ist durch Zehntausende von Familienbetrieben in der Republik errungen worden und von einer Branche, die keinesfalls nach außen hin stark oder mit pressure groups in Erscheinung treten kann, sondern die in Wahrheit eine Arbeit rund um die Uhr vollbringt. Deshalb, glaube ich, können wir uns gemeinsam über diesen Erfolg freuen, weil immerhin auch 1977 gesamtösterreichisch gesehen die Hundert-Millionen-Übernachtungsgrenze überzeugend überschritten ist. Wir haben pro Kopf der Bevölkerung die höchste Übernachtungskapazität in Europa und auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet auch die größte Devisenergiebigkeit. Das sollen wir deshalb sagen, meine Damen und Herren, und deshalb strapaziere ich ein wenig die Medien. Man soll denen nicht — um in der Fußballsprache zu reden — den „Nipf“ nehmen und ihnen die Freude nehmen, weil es an-

geblich nicht funktioniert oder weil es danebengeht oder ähnliches mehr. Im Gegenteil, auch unter den veränderten Verhältnissen ist hier ein Erfolg entstanden, der nämlich zwei Kriterien auch in schwierigen Situationen erfüllt hat. Der österreichische bzw. der steirische Fremdenverkehr ist konkurrenzfähig geblieben, er hat seine Konkurrenzfähigkeit ausgebaut, er ist wettbewerbsfähig geblieben, und er hat seinen Wettbewerb ausgebaut. Das ist ein Erfolg, der in Wahrheit ein eindrucksvoller Erfolg auch unserer wirtschaftlichen Entwicklung in der Steiermark selbst ist. Ich lege Wert auf diese Feststellung. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, der Herr Präsident hat mich, bevor ich mich zu Wort gemeldet habe, gefragt, ob ich die Absicht hätte, so lange zu reden wie im vergangenen Jahr. Das hat 33 Minuten gedauert. Ich konnte nur antworten: Haben Sie keine Sorge! Ich werde nicht so lange sein wie einige befürchten und nicht so kurz, wie viele von Ihnen erwarten, aber ich werde versuchen, das Maß und die Mitte zu finden. Damit bin ich eigentlich bei einigen Dingen und da hat mir bereits der Herr Abgeordnete Laurich ein Stichwort geliefert, nämlich das „Gießkannenprinzip“.

Herr Abgeordneter Laurich, Ihre Ausführungen zum Fremdenverkehr beeindrucken mich immer wieder, weil sie nicht nur von Sachkenntnis zeugen, sondern weil ich hier spüre, daß sie sich mit der Sache beschäftigen. Ich will damit Ihr Mandat keinesfalls in Gefahr bringen, denn ich freue mich, wenn es in ihrer Fraktion einen Mann gibt, der eine solche klare Beziehung zu den Dingen hat. Auf den kann eine Fraktion nicht verzichten. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Jetzt muß ich es mir schon langsam überlegen anfangen!“) Aber ich darf jetzt — (SPO: „Aber, aber — jetzt kommt es!“) — Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt kommt es!“) Ja, jetzt kommt das Aber! (SPO: „Neben!“) Nein, ich möchte es mir nicht leicht machen. Ich glaube, so wie Schwerpunktbildung oder Gießkannenprinzip — ich würde so sagen: das eine tun und das andere nicht lassen. Fragen sie einmal Gärtner, wenn Sie die Gießkanne nicht verwenden, wie Ihr Garten aussieht. (Abg. Laurich: „Es kommt auf das Feld an, Herr Landeshauptmann!“) Ich habe erlebt, aus meiner Erfahrung, es ist jeder für den Schwerpunkt, wenn er bei sich stattfindet, wenn er beim Nachbarn stattfindet, ist er schon gegen den Schwerpunkt. (Abg. Laurich: „Das war nicht immer so, Herr Landeshauptmann!“ — Beifall bei der OVP.)

Es ist das für uns keine Glaubensauseinandersetzung, sondern eigentlich mehr eine taktische Frage und daher würde ich nochmals sagen, das eine tun und das andere nicht lassen. Denn ich weiß es gibt Dinge, wo die Schwerpunktbildung notwendig ist, und es gibt Dinge, wo die Gießkanne unvermeidlich ist, weil ich ja vielen auch einen Anreiz geben muß, um auch hier voranzugehen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Herr Abgeordneter Laurich, Schladming ist ein Schwerpunkt!“ — Abg. Laurich: „Seit kurzem, Herr Landeshauptmann, das war einmal ganz anders!“)

Aber damit, verehrte Damen und Herren, bin ich bereits bei den Schwerpunkten, und zwar bei Schwerpunkten, von denen wir auch bei einer solchen Gelegenheit wie heute mit einiger Genugtuung reden können. Wir haben den Baubeginn in Loipersdorf eingesetzt. Es ist das größte steirische Fremdenverkehrsvorhaben, das nun in Angriff genommen wurde. Ein Fremdenverkehrsvorhaben, das immerhin am Ende einen Investitionseinsatz von beträchtlichen Größenordnungen bringen wird. Was bezwecken wir mit Loipersdorf? Ich lasse gar keinen Zweifel, es ist keine Konkurrenz zu irgendeinem bestehenden Kurort, sondern das ist eine neue Sache, aber zugegeben, es ist eine Konkurrenz etwa gegenüber einem Kurort im benachbarten Slowenien, der eine gleiche Sache aufwarten kann. Konkurrenz ist gut und Wettbewerb ist gut.

Zweitens: Im Leibnitzer Feld wird in den Gebieten Lang, Lebring und Tillmitsch Schotter abgebaut. Wir haben dort bereits die notwendigen Veranlassungen getroffen, daß dieses riesige Schottergrubengebiet revitalisiert wird, wenn man dieses schöne Wort gebrauchen darf. Wir werden dort ein Fremdenverkehrszentrum errichten, das eine Seefläche von 100 Hektar haben wird plus rund nochmals 100 Hektar Erholungsfläche und damit die größte Anlage dieser Art in der Steiermark darstellen wird. Ich gehe nicht fehl in der Annahme, wenn ich heute die Behauptung riskiere, daß dieses Zentrum, dieses Freizeitzentrum im Leibnitzer Feld in seiner Bedeutung für die Zukunft der Investition des Philips-Werkes in Lebring gleichkommt, wenn es nicht noch übertroffen wird. (Beifall bei der OVP.)

Meine Damen und Herren, es wurde mehrfach die Frage der Existenz der Weiher-Mühle auch in diesem Hohen Haus erörtert. Ich darf Ihnen berichten, nach mehrfachen Gesprächen auch mit den verantwortlichen Bürgermeistern Gratwein, Gratkorn, Judendorf-Straßengel und Rein, sind wir übereingekommen, daß wir dieses Objekt erwerben wollen. Wir sind auch übereingekommen, und die Studie liegt bereits auf meinem Schreibtisch, was die Gesamtinstandsetzung kostet. Ich glaube, wir werden jedenfalls in absehbarer Zeit auch den Fall Weiher-Mühle einer befriedigenden Regelung zuführen.

Dazu kommt ein weiteres, das ist die Revitalisierung der Schottergruben im Grazer Feld, sprich Unterpremstätten, Richtung Kalsdorf. Hier ist private Initiative im Gange. Die erste Anlage mit rund 20 Hektar hoffen wir bereits im Frühjahr des kommenden Jahres zumindest provisorisch in Betrieb nehmen zu können. Hier zeichnet sich auch eine erstaunliche Entwicklung für den Naherholungsraum der Landeshauptstadt ab. Dazu aber allerdings eine Bemerkung: so billig werden wir wahrscheinlich mit keinem Projekt davonkommen als mit diesem, weil bis zur Stunde, zu meiner Überraschung, überhaupt keine Subventionen zumindest angedeutet oder angemeldet wurden. (Abg. Ing. Turek: „Die kommen schon noch!“) Dann hätte ich eine Fleißaufgabe begangen.

Fast im Endstadium befindet sich der Bau des Kurzentrums Bad Aussee. Meine Damen und Herren, gerade das Kurzentrum Bad Aussee ist ein Beweis,

wie wichtig es ist, daß man in der Frage der Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit einfach neue Wege geht. Ich glaube, man kann heute sagen, Bad Aussee hat, ohne daß ich übertreibe, mit diesem Riesenprojekt, das immerhin auch mit entscheidender Mithilfe des Landes verwirklicht wurde, ein Jahrhundertwerk für die Zukunft geschaffen. Ich freue mich deshalb über dieses Projekt, weil es im Einfallstor unseres Landes ist.

Es ist heute auch die Erschließung der Grabneralm genannt worden. Ich habe die zuständigen Kollegen, Landesrat Dr. Krainer und Landesrat Doktor Klausner, angeschrieben, beide haben sich dazu positiv geäußert. Wir sind dabei, jetzt auch einen notwendigen Ausschuß zu bilden, weil ich glaube, daß wir mit diesem Projekt, Erschließung Grabneralm, auch eine neue Wintersportregion in einem Gebiet errichten werden können, in der leider andere Möglichkeiten bisher nicht gefunden wurden. Ich kann auch jetzt von dieser Stelle aus sagen, daß wir hier zweifelsohne auch einen sehr wichtigen Schwerpunkt für den steirischen Fremdenverkehr setzen wollen und wenn Lußmann in seiner eindrucksvollen Jungfernrede gerade dieses Thema angemeldet hat, dann darfst du heute sogar schon heimfahren und sagen, ich habe mich durchgesetzt — (Abg. Laurich: „Darf ich das auch sagen, Herr Landeshauptmann?“) — mit Laurich. (Allgemeiner Beifall.) In der Frage haben wir gar keine Sorgen auf dem Gebiet. Wenn es nur läuft.

Erfreulich ist, daß die Turracher Höhe einen neuen Sessellift erhalten hat, der seine Bewährungsprobe eigentlich schon zum Teil im abgelaufenen Winter bestanden hat, aber der jetzt voll in Betrieb genommen wird. Ich verspreche mir gerade auch davon eine weitere entscheidende Belebung für den Fremdenverkehr in dieser Region, wie überhaupt für den Bezirk Murau durch den Bau der Tauernautobahn und den Zubringer. Ich habe den Herrn Bautenminister auch gebeten, vor allem auf der Salzburger Seite, und zwar von St. Michael im Lungau in Richtung Tamsweg und Richtung Murau, etwas zu unternehmen. Wenn der Zubringer auf der Salzburger Seite ausgebaut würde, dann wäre der Bezirk Murau in Wahrheit an einen europäischen Verkehrsstrang angeschlossen.

Wir hoffen, daß wir noch im Jänner oder Februar mit dem Bau des Kurzentrums Oberzeiring beginnen können, weil gerade auch dieses Kurzentrum — wir haben dort den Asthastollen im Silberbergwerk — einen eindrucksvollen Aufstieg genommen hat, und ich glaube, daß wir mit einer Verbesserung dieses Angebotes zweifelsohne auch einiges zuwege bringen.

Meine Damen und Herren, ich schneide jetzt noch ein Problem an, weil ich dazu verpflichtet bin, als Fremdenverkehrsreferent eine Aussage zu machen. Es ist das das Kongreßzentrum Graz. Hier gibt es divergierende Auffassungen, was ich zum Teil sehr bedaure, und zwar deshalb, weil es schade ist, wenn wir dieses Projekt in ein Hick-Hack hineinbringen würden. Ich möchte es Ihnen auch sagen, warum. Wir haben in Osterreich im Jahr rund 1400 Kongresse. Das ist eine sehr große Ziffer. Leider in der Steiermark nur rund 70, das sind 5 Prozent.

Warum? Ich kann Ihnen das auch sehr deutlich begründen. Weil wir bis zur Stunde nicht in der Lage waren, Kongresse anzunehmen, die von vornherein bestimmte Ansprüche für die Durchführung ihrer Veranstaltungen gestellt haben. Und das war der Grund, warum wir auch gerade von der Fremdenverkehrsseite seit Jahren, weil es um die Frage eines Schwerpunktes geht, überlegt haben, ja irgendwo müssen wir ein solches Zentrum bauen und es bietet sich nirgends besser an als in unserer Landeshauptstadt. Warum? Zunächst einmal die Universität Graz, die Technische Universität Graz, die Musikakademie. Hier haben wir es bereits mit drei bedeutenden geistigen Zentren zu tun. Hier müssen wir einfach sagen, das ist ein Magnet, der eine unglaubliche Ausstrahlungskraft hat. Ich kann es nur so sehen. Dazu kommt ja, daß gerade die Räumlichkeiten, die wir jetzt bereits im Rahmen des Stephaniensaales zur Verfügung haben, nicht einen Neubau darstellen, sondern eine Abrundung und da brauchen wir noch einiges dazu. Ich prophezeie Ihnen eines, weil das viele von Ihnen erleben werden, daß, wenn dieses Projekt beendet ist, wenn wir es anbieten können, wir zweifelsohne auch für diese Landeshauptstadt, die ein Anliegen von uns allen ist und gewesen ist und bleiben wird, ein Angebot haben werden, das mit zur wirtschaftlichen Aufrüstung nicht nur der Landeshauptstadt, ich muß Ihnen das als Fremdenverkehrsreferent sagen, sondern selbstverständlich des Landes Steiermark beiträgt. Das ist ein gesamtsteirisches Interesse. Ich weiß, man kann sagen, Graz hat auch andere Wünsche. Ja, mein Gott, welche Stadt oder welches Gemeinwesen in diesem Land hat denn nicht andere Wünsche auch noch. Wenn es um das ginge, das wäre sehr leicht zu beantworten, aber es geht auch hier um Prioritäten. Prioritäten bedeuten (Abg. Preamsberger: „Herr Landeshauptmann, gestatten Sie bitte!“), daß man in diesem Zusammenhang — warte, ich komme gleich zurück, ich höre gerne zu, daß wir in dieser Frage Prioritäten setzen, weil ich der Meinung bin, die Stadt und das Land Steiermark brauchen dieses Angebot.

Ich möchte Ihnen sofort an einem praktischen Beispiel die Dinge vorexerzieren. Durch die private Initiative des Turnvereines in Schladming ist die Dachstein-Tauern-Halle gebaut worden. Wir haben sie vor rund — glaube ich — dreiviertel Jahren in Betrieb genommen. Schladming hat in dieser Zeit eine Zunahme seiner Übernachtungsziffern von 26 Prozent erlebt. Ohne die Dachstein-Tauern-Halle hätten wir das nicht zustande gebracht. Jeder wird mir bestätigen — und den Herrn Abgeordneten Laurich würde ich als Kronzeugen aufrufen, er weiß es genau —, daß wir mit der Dachstein-Tauern-Halle — (Abg. Preamsberger: „Herr Landeshauptmann, bitte gestatten Sie mir eine Frage: Glauben Sie, daß die Bettenanzahl der Hotellerie in Graz für diese Zwecke ausreichend erscheint?“ — Abg. Dr. Dorfer: „Sicher, Herr Kollege, sicher ausreichend!“ — Landesrat Peltzmann: „Wenn nicht, werden sich neue finden!“) Herr Kollege Preamsberger, die Frage, die Sie stellen, ist gar nicht unberechtigt, aber ich darf Ihnen eines sagen: Wir haben nicht nur in der Stadt, sondern in einem Umkreis

von kaum zehn Kilometern jedes Bettenangebot auch für eine erhöhte Aufnahmekapazität für Kongresse zur Verfügung. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, weil ich die Auszeichnung habe, sehr oft auch den Landeshauptmann bei solchen Gelegenheiten bei diversen Empfängen zu vertreten, wo ich dann immer wieder höre, wenn ich frage: „Wo sind Sie denn einquartiert?“, dann sagt mir der eine „In Laßnitzhöhe“, der andere „In Radegund“, der dritte „In Mariatrost“. Dann sage ich: „Warum sind Sie hinausgegangen?“ und dann wird mir geantwortet: „Wissen Sie, die Ruhe, die schöne Umgebung!“ und auch der Preis spielt hier eine Rolle. Ich glaube, wenn — das hat Toni Peltzmann auch in einer Zwischenbemerkung gesagt — wir auf diesem Gebiet, was ich mir sehr wünschen würde, eine wesentliche Steigerung — das ist ja der Zweck — erreichen, dann bietet sich von vornherein auch die Grazer Hotellerie — ich habe mit ihnen mehrfache Gespräche geführt, wo sie mir gesagt haben, wenn das der Fall sein sollte, werden wir Mittel und Wege zu finden wissen, um auch hier ein Bettenangebot gesteigert zur Verfügung zu haben — an. Ich bitte, auch dieses Problem — glaube ich — werden wir finden. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich sage es deshalb, weil wir hier eine sinnvolle Investition für die Stärkung der Wirtschaftskraft unserer Landeshauptstadt und damit der Steiermark vornehmen. Ich kann das gar nicht deutlich genug sagen. Das ist mir ein Herzensanliegen wie selten eines in meiner Tätigkeit, und wer immer es erfunden hat, wer immer es betrieben hat, zählt für mich gar nicht. Für mich zählt, daß wir in der Lage sind, dieses Projekt nun auch in die Tat umzusetzen. (Abg. Klobása: „Es wird dann dadurch verschiedenen Landgemeinden ein gewisses Kontingent entzogen!“) Wie? (Abg. Klobása: „Es wird dadurch den Landgemeinden ein gewisses Kontingent entzogen!“) Was wird? (Landesrat Peltzmann: „Das war ein Irrläufer!“) Was wird? (Landesrat Peltzmann: „Randgemeinden wird ein Kontingent entzogen!“) Nein, nein. Da wird gar nichts entzogen. Im Gegenteil! (Abg. Dr. Heidinger: „Laurich wollte Schwerpunktbildung — jetzt seid ihr dagegen!“)

Meine Damen und Herren, ich bin bereits in der Zielgeraden, denn ich habe versprochen, kurz zu sein. Darf ich jetzt noch zu einer Sache kommen, die am ersten Tag der Budgetdebatte angeschnitten wurde, die der ehrenwerte Herr Abgeordnete Doktor Strenitz vom Wahlkreis 1 — wenn ich es in der englischen Terminologie sagen darf — angeschnitten hat, daß die Repräsentationskosten erhöht wurden. Ich darf Ihnen dazu folgendes sagen. Im Untertitel einer sogenannten Sammelpost „Veranstaltungen und Pflege von Verbindungen im Interesse des Fremdenverkehrs“ ist ein Titel „Repräsentationsausgaben“. Im Jahre 1977 wurde dieser Betrag für folgende Zwecke verwendet: Fremdenverkehrsexperten der Reisebüros aus der Bundesrepublik, aus England (Abg. Dr. Strenitz: „Das glaube ich eh!“), aus Japan; aus Israel, aus der Schweiz, belgische Journalisten, belgische Fernsehjournalisten, amerikanische und japanische Journalisten, japanisches Fernsehteam, deutsche Zeit-

schriften, Merian-Redakteure, Heimatabende. Wir haben insgesamt damit rund 30 Gruppen betreut und haben mit Rücksicht darauf, daß wir unsere Werbetätigkeiten verstärken, diese Post aufgestockt. Ich lege Wert auf diese Feststellung. Für den Referenten — sprich Franz Wegart — steht in dieser Frage nicht ein Groschen zur Verfügung. Ich würde es aber nicht als unehrenhaft empfinden, wenn da einer drinnen wäre. Das möchte ich auch bei dieser Gelegenheit vermerken, weil es ja im Interesse des Fremdenverkehrs geschieht. (Beifall bei der ÖVP. — Landesrat Gruber: „Mit einem Satz: Das Geld ist im Lande geblieben!“) Na, es muß nicht sein. Ich meine, ich weiß, er hat da nach irgendeinem Grund gesucht, um mir ein „Klampfl“ hineinzuhauen, aber das stimmt nicht. Das stimmt nicht. Abgesehen davon, wenn man gerade — ich will das nicht aufwärmen — zu den Fragen der Empfänge ein Wort sagt.

Meine Damen und Herren, ich weiß es aus den vielfachen Begegnungen, es ist das leider nicht so deutlich gesagt worden, die Umwegrentabilität dieser Empfänge für den steirischen Fremdenverkehr können wir gar nicht hoch genug veranschlagen; da könnte ich Sie abendfüllend unterhalten, was wir davon hören (Abg. Loidl: „Das gilt für den Bund auch!“) und wie viele Freunde wir für die Steiermark gerade dadurch gewonnen haben. (Abg. Prensberger: „Das bestreiten wir ja nicht!“) Ich bekenne für mich persönlich: Ich komme im Jahr ein dutzendmal nach Schloß Eggenberg heraus, und ich sage Ihnen, für mich ist es jedesmal aufs neue ein großes Erlebnis. Ich kann mir aber vorstellen, was es für die erst bedeutet, die das vielleicht einmal in ihrem Leben sehen, und ich habe dort Leute getroffen, von denen man sagen kann, die sind wer. Sie sind jedesmal zutiefst beeindruckt, und wir haben damit neue Freunde für die Steiermark gewonnen in einem Umfang, wie wir uns das besser gar nicht wünschen können. Was braucht so ein Bundesland in einer solchen Situation, in der wir uns befinden? Wir können gar nicht genug Freunde haben. Wir können gar nicht genug draußen in der Welt gelten. Ich glaube, daß wir damit eine sehr wichtige Funktion auch erfüllen und das Hick-Hack und die Dinge, wozu führt denn das? Das führt zu gar nichts, weil das ein Außenstehender gar nicht versteht und weil ein Außenstehender in diesem Zusammenhang dann unter Umständen zu Vorstellungen kommt: Na, die sitzen die ganze Zeit im Schloß Eggenberg und tun dort unter Umständen nur prassen, was tun sie denn sonst noch. Also so, glaube ich — (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das gilt genauso für die Bundesregierung; um das geht es!“ — Landesrat Bammer: „Es geht nur um den gleichen Maßstab!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Hier wird aber das Landesbudget behandelt!“ — Abg. Dr. Maitz: „Eine Torte muß nicht 13.000 Schilling kosten!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Aber lieber Freund, was Sie hier erzählen ist ganz etwas Neues, Sie haben schon bessere Zwischenrufe gehabt!“)

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt gerade versucht, so einen schönen Schluß zu finden und jetzt fangen Sie zu streiten an. Kruzitürken!

Es sei nochmals klargestellt, daß auch das mit ein Bestandteil der Fremdenverkehrswerbung — auch wenn es ein Umweg ist — zu Gunsten des Landes ist.

Meine Damen und Herren und Hohes Haus, mir bleibt am Schluß noch eine Aufgabe. Ich sage allen, die im steirischen Fremdenverkehr mitgewirkt haben — und das ist immerhin eine große Zahl von Steirern und Steirerinnen — einen herzlichen Dank. Sie tragen mit ihrer Arbeit dazu bei, daß mit und durch den Fremdenverkehr in Hunderten von steirischen Gemeinden nicht nur Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden, sondern auch die Wirtschaftskraft unseres Landes, unserer Gemeinden gestärkt wird, und sie tragen dazu bei, daß dieses Land in der Welt unzählige Freunde besitzt, die uns immer wieder und gerne besuchen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir unterbrechen die Landtagssitzung bis 18.10 Uhr. Es wird kurz durchgelüftet. (Unterbrechung von 17.50 Uhr bis 18.10 Uhr).

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zum dritten und somit zum letzten Teil der Gruppe 7: Wirtschaftsförderung.

Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Heribert Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pözl: Herr Präsident, Hohes Haus!

Genau heute vor zehn Jahren wurde in der Steiermark von 13 Unternehmern der Exportring der gewerblichen Wirtschaft gegründet. Dieses Jubiläum gibt mir den Anlaß, dem Steiermärkischen Landtag und der Landesregierung für jene Unterstützung zu danken, die die Grundidee und ihre Realisierung immer wieder erfahren hat. Wenn wir in diesen zehn Jahren Pionierleistungen auf dem Gebiete des Exportes, vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe, setzen konnten, wenn wir diese Arbeit über Parteigrenzen hinweg realisieren konnten, so ist daran eine Aufgeschlossenheit der gesetzgebenden Körperschaft dieses Landes festzustellen, wie sie in keinem anderen Bundesland festzustellen ist und denkbar wäre. Wieder ist somit vor zehn Jahren eine Initiative der Steirer zum Tragen gekommen, die erst Jahre später Nachahmung auf Bundesebene gefunden hat und dadurch zum Modell für ganz Österreich geworden ist. 1967 hatten 13 Unternehmer jene Gründungsidee, die der Initiator des Exportringes, der Wirtschaftsreferent der Landesregierung, Anton Peltzmann, etwa folgendermaßen formuliert hat:

„Den meisten unserer mittleren und kleinen Unternehmungen fehlt das Know-How in Exportgeschäften. Die Wirtschaft braucht eine Hilfsorganisation, die diesen Betrieben die Exportabteilung im Haus ersetzt. Wir wissen, daß es genügend aufnahmefähige Märkte gibt, auf denen unsere Unternehmer ihre zum Teil hochwertigen Produkte herzeigen und verkaufen könnten.“

Wer waren diese 13 Unternehmer?

1. Landesrat Anton Peltzmann, Kunstschmiedemeister, Mitterdorf im Mürztal; 2. Karl Maier, Weingroßhändler, Ilz; 3. Erich Schröck, Fabrikant, Weiz; 4. Heribert Pözl, Tabakhauptverleger, Gleisdorf; 5. Johann Mahr, Tischlermeister, Feldbach; 6. Alois Harmtodt, Steinmetzmeister, Feldbach; 7. Gottfried Baier, Schmiedemeister, Feldkirchen; 8. Alois Takatsch, Kaufmann, Kindberg; 9. Josef Köllner, Tischlermeister, Gleisdorf; 10. Richard Häusler, Kaufmann, Graz; 11. Hans Prem, Tabakhauptverleger, Weiz; 12. Kurt Brühl, Kaufmann, Graz; 13. Dr. Doktor h. c. Hans List, Inhaber der Firma List, Graz.

Heute haben wir 125 steirische Mitglieder, denen sich noch 41 aus den übrigen Bundesländern angeschlossen haben. Das Jahr 1967 stand aber auch in der Weltwirtschaft unter völlig anderen Voraussetzungen als wir sie heute vorfinden. Ein Vergleich der Währungsparitäten zwischen dem 7. Dezember 1967 und dem heutigen Tag ergibt folgendes:

Englischer Pfund S 62,24 — heute S 28,06.

Damals stand der

US-Dollar bei	S 25,78	gegenüber heute S 25,20
Kanad. Dollar	S 23,87	gegenüber heute S 13,60
DM	S 6,47	gegenüber heute S 7,06
sFr	S 5,98	gegenüber heute S 7,25
Schwed. Krone	S 4,98	gegenüber heute S 3,17
Lire	S 4,13	gegenüber heute S 1,75
Belgische Francs	S 51,95	gegenüber heute S 44,40
Holl. Gulden.	S 7,17	gegenüber heute S 6,50

Schon aus dieser Gegenüberstellung ist zu entnehmen, daß man für Exportpolitik und -förderung keine langfristigen Konzepte erstellen kann, sondern sich immer wieder rasch und flexibel auf neue Situationen in der internationalen Weltwirtschafts- und Weltwährungs Lage einzustellen hat.

Diese Flexibilität zieht sich durch die nun zehnjährige Geschichte des Exportringes. Wir mußten immer wieder Projekte ändern, aufgeben, neue Initiativen setzen. Ich darf noch einmal betonen, daß das alles ohne die ständige Unterstützung dieses Landtages und der Steiermärkischen Landesregierung unmöglich gewesen wäre. In diesen zehn Jahren haben wir als gemeinnützige Genossenschaft einen wesentlichen Leitfaden immer wieder durchgezogen: „Mittelständischen Betrieben jene Hilfestellung zu bieten, die in Großbetrieben von den Exportabteilungen geleistet wird.“

Dazu gehören alle administrativen Dienstleistungen, wie Fremdsprachenkorrespondenz, Kontaktaufnahmen mit den jeweils zuständigen Handelsdelegierten, Mithilfe bei der Gestaltung von Werbeprospekten, Betreuung der Firmenkorrespondenz — auch fremdsprachig, Mithilfe bei der Gestaltung von Werbeprospekten, Einholung von Auskünften über ausländische Firmen, Hilfe bei Verpackungsfragen, bei Transportproblemen und besonders bei der Kreditbeschaffung. Dazu gehört vor allem aber die permanente Bemühung, die Exportgesinnung der kleinen und mittleren Unternehmungen der Steiermark mit Hilfe einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit zu heben.

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, anstelle vieler Zahlen vielleicht nur die Anzahl der Fernschreiben bekanntgeben, die für unsere Mitglieder

im Laufe der zehn Jahre über unseren Fernschreiber gegangen sind. Etwa 5500 Fernschreiben, davon nicht weniger als zwei Drittel in Fremdsprachen, wurden in die ganze Welt ausgesandt und etwa ebensoviele wurden aus allen Teilen der Welt über unser Büro für die Mitgliedsfirmen hereingegeben. Das allein waren rund 11.000 Kontakte unserer exportorientierten Betriebe mit Kunden in der ganzen Welt. Wir haben auch mit unseren Mitgliedsfirmen an diversen Messen und Ausstellungen sowie an Interessentenmeetings teilgenommen und Präsentationen der Betriebe durch fachkundige Unterstützung gefördert.

Die Abhaltung von Studienreisen, vor allem in die Vereinigten Staaten von Amerika, nach Kanada, England, Skandinavien und in den arabischen Raum in ständiger Kontaktnahme mit den Handelsdelegierten und der Bundeskammer dienten der individuellen Kontaktaufnahme und dem Erfahrungsaustausch unserer Mitglieder mit gleichartigen Firmen auf anderen Märkten. In Vorbereitung haben wir eine Reise, die im April durchgeführt werden soll, nach Beirut, Damaskus, Amman und Kairo, in der Hoffnung, daß sich bis dahin die politische Situation grundlegend in Richtung Frieden geändert hat.

Durch drei Jahre hindurch haben wir in einer der Hauptgeschäftsstraßen von Toronto, in der Yonge Street, einen Schauraum geführt, der in erster Linie für Wiederverkäufer und Importeure eingerichtet war. Im wesentlichen war es dann der Verfall der Parität des kanadischen Dollars zum österreichischen Schilling, der uns veranlaßt hat, diesen Schauraum aufzugeben. Aber in den drei Jahren konnten wir sehr wesentliche Kontakte für die rund 300 ausstellenden Firmen anknüpfen und bemerkenswerte Geschäftsabschlüsse erzielen oder zumindest gute Kontakte am kanadischen Markt herstellen. Von vielen Firmen wissen wir, daß sich sehr zufriedenstellende Geschäftsverbindungen mit kanadischen Importfirmen ergeben haben.

Gegenwärtig stellt sich für den Exportring — wieder aufgrund der Weltwährungsfrage — eine neue Situation dar. In den vergangenen zehn Jahren ist das Verhältnis zwischen dem österreichischen Schilling und der deutschen Mark relativ stabil geblieben. Nicht zuletzt diese Tatsache ist der Grund dafür, daß der Exportring sich jetzt intensiver mit dem deutschen Markt beschäftigt. Wir haben im Oktober dieses Jahres in München eine Produktionsschau mit 78 Firmen veranstaltet, die von zirka 350 bayrischen Handelsvertretern und Importeuren besucht wurde. Etliche steirische Firmen konnten dadurch im süddeutschen Raum für ihre Produkte bereits ständige Vertreter finden.

Von den bayerischen Handelsvertretern haben wir anläßlich eines Interessentenmeetings immer wieder gehört, daß eine Gründung einer steirischen Handelsfirma in Deutschland unbedingt erforderlich ist, da der deutsche Abnehmer, der sehr verwöhnt ist, nur bereit ist, eine Ware mit Inlandsfaktura zu beziehen und nicht bereit ist, die umständliche Verzollung, die nach wie vor heute noch gültig ist, vorzunehmen. Die Gründung dieser Handelsgesellschaft bedarf neuerlich der Unterstützung durch die

ses Hohe Haus, und ich darf Sie jetzt schon, wenn wir an Sie herantreten, um Ihre Zustimmung bitten.

Die zweimalige Schillingaufwertung, die es zwar vielen unserer Österreicher ermöglicht, einen billigen Urlaub in Mallorca zu verbringen — dafür war sie offensichtlich auch geplant —, hat aber der Exportwirtschaft schweren Schaden zugefügt. Vor zehn Jahren kostete das spanische Geld 37,07 Schilling, heute kosten 100 Peseten 18 Schilling. So konnten gerade im nordamerikanischen Raum im Vorjahr zwei Drittel des Fünfundsiebzig-Umsatzes nicht mehr erreicht werden. Ich würde mir wünschen, daß die Bundesregierung den Fragen des Exportes jenes Maß an Verständnis entgegenbringt, wie dies der steirische Landtag immer wieder bewiesen hat.

Die für die Tätigkeit des Exportringes eingesetzten Mittel im Budget 1978 — der Herr Finanzreferent ist nicht hier — sind auch gekürzt worden. Da die Budgetierung des Landes leider abhängig ist von der Budgetpolitik des Herrn Finanzministers, haben wir diese Einbußen hinnehmen müssen, die natürlich den Prinzipien der Mittelstandsförderung, wie wir sie verstehen, völlig zuwiderlaufen.

Der Export zählt neben dem Fremdenverkehr — das haben wir heute schon gehört — zu den wichtigsten Lebensadern Österreichs. Von ihm wird es abhängen, wie sich die Situation unserer Wirtschaft entwickeln wird. Es bedarf die Exportwirtschaft, vor allem aber die Klein- und Mittelbetriebe, die sich im Export engagieren wollen, des Verständnisses und der Unterstützung der öffentlichen Stellen. Die Verbesserung und Ausweitung der Exportförderung ist daher auch im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze ein Gebot der Stunde.

Aus Anlaß der heutigen zehnjährigen Bestandsfeier des Exportringes drängt es mich, unserem Landeshauptmann Dr. Niederl für seine laufende Unterstützung des Exportringes und vor allem dafür zu danken, daß er als einziger Landeshauptmann in Österreich jede Gelegenheit wahrnimmt, um mit den österreichischen Handelsdelegierten, die sich in unserem Bundesland aufhalten, intensive Kontakte und Gespräche zu führen, um sich über die Situation der steirischen Unternehmen in den Ländern, aus denen die Herren kommen, zu informieren. (Beifall.)

Um das steirische Klima vielleicht zu beweisen, darf ich noch hinzufügen, daß der Herr Landeshauptmann auch den Landesfinanzreferenten bei den letzten zwei Kontaktgesprächen mit den Handelsdelegierten beigezogen hat. (Abg. Kohlhammer: „Soll das so bleiben oder war das eine Ausnahme?“)

Und dem Gründer unseres Exportringes, dem Landesrat Peltzmann, möchte ich folgendes sagen: Den zehnjährigen Bestand des Exportringes, sein Funktionieren und seine Leistungen betrachte bitte zu deinem heutigen Geburtstag als ein Geburtstagsgeschenk, das du dir selber vor zehn Jahren gegeben hast. (Allgemeiner Beifall.)

Ihnen aber, meine Damen und Herren, möchte ich hier das Versprechen abgeben, daß wir auch in den nächsten zehn Jahren genauso wie bisher für die steirische Exportwirtschaft und damit für die

Sicherung der Arbeitsplätze in unserem Heimatland arbeiten wollen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Ileschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ileschitz: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

391.000 Arbeitnehmer standen Ende Oktober 1977 in unserem Bundesland in Beschäftigung. Es gab auch zu diesem Zeitpunkt praktisch keinen arbeitslosen Jugendlichen, obwohl das von verschiedenen Stellen oftmals vorausgesagt worden war. Diese Beschäftigtenzahlen stellen einen absoluten Rekord dar.

5225 Arbeitnehmer gab es gegenüber dem Vorjahr mehr in der Steiermark. Besonders erfreulich ist, daß die Frauenbeschäftigung sogar gegenüber dem Rekordmonat September 1977 um 398 Personen zugenommen hatte. Verglichen mit dem Vorjahr gab es im Oktober in der Steiermark um 3025 Arbeitnehmerinnen mehr. Obwohl diese Zahlen einwandfrei zeigen, daß wir in der Steiermark eine Vollbeschäftigung im wahrsten Sinne des Wortes haben, muß uns doch alle große Sorge um die Zukunft der steirischen Wirtschaft erfüllen. Obgleich man zu Jahresbeginn für das heurige Jahr für die Entwicklung der Weltwirtschaft recht günstige Prognosen gestellt hat, verläuft die wirtschaftliche Entwicklung in den meisten Industriestaaten ab der Jahresmitte leider sehr enttäuschend. Die wichtigsten Industrieländer Europas, Frankreich und die Bundesrepublik, rechneten noch am Jahresanfang 1977 mit einer Wachstumsrate von 5 Prozent. Es hat sich nunmehr jedoch herausgestellt, daß in diesen beiden Ländern bestenfalls 3 Prozent Wachstum erreicht wurden. Im zweiten Halbjahr 1977 kam es zu einem regelrechten Wachstumsbruch. Dies gilt unter anderem auch für die führende Industrienation der Welt, die Vereinigten Staaten.

Wir müssen heute sehen, daß in den Ländern der OECD 17 Millionen Menschen ohne Arbeit sind, davon allein in den Ländern der EG über 6 Millionen. Es ist zu befürchten, daß sich in den kommenden Jahren diese Zahlen noch weiter erhöhen werden. Diese Entwicklung wirft natürlich sehr starke Schatten auf unsere österreichische Wirtschaft. Die OECD hat in ihrem letzten Bericht über Österreich festgestellt, daß unser Land eines der wenigen OECD-Länder ist, das einen hohen Beschäftigtenstand gerade während der letzten Jahre aufrecht erhalten konnte. Als besonderen Erfolg bewertet die OECD auch, daß zur gleichen Zeit in Österreich die Inflationsrate reduziert werden konnte, und zwar von einer Spitze von 9,5 Prozent auf gegenwärtig 5 Prozent, womit wir weit unter dem OECD-Durchschnitt zu liegen kommen.

Meine Damen und Herren, besonders hebt die OECD auch hervor, daß für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung zweifellos die expansive Fiskalpolitik von entscheidender Bedeutung war.

Meine Damen und Herren, wir können an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß Österreich in die Weltwirtschaft voll integriert ist. Export- und Importquote sind auf über 35 Prozent angestiegen und

bei einem derart hohen Verflechtungsgrad wird es nicht zu vermeiden sein, daß die österreichische Wirtschaft auch von der weltweiten Entwicklung stark beeinflusst, und zwar negativ beeinflusst werden wird. Bereits jetzt ist dieser negative Einfluß in einzelnen Bereichen besonders unserer Grundstoffindustrie — ich meine hier vor allem Eisen und Stahl — stark zu spüren. Es ist aber auch zu befürchten, daß andere Bereiche der Grundstoffindustrie von dieser ungünstigen Entwicklung erfaßt werden.

Hohes Haus, um rechtzeitig allen diesen negativen Entwicklungen vorzugreifen, müssen gerade die öffentlichen Haushalte jetzt jene vorsorgenden Maßnahmen ergreifen, die ein rechtzeitiges Entgegensteuern möglich machen. Um unseren eigenständigen und erfolgreichen Weg weitergehen zu können, hat der Bund bereits jetzt diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriffen, welche das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen sollen und vor allem die Einsetzbarkeit des Bundeshaushaltes für konjunkturpolitische Maßnahmen sicherstellen. Diese Ziele können aber nicht erreicht werden, wenn nicht von uns allen Opfer gebracht werden.

Für die Arbeitnehmer dieses Landes stellt die Sicherung der Vollbeschäftigung das oberste wirtschaftspolitische Ziel dar. Sie sind auch bereit, den von ihnen verlangten Beitrag zu leisten. Dies muß aber, meine Damen und Herren, von allen Gruppen verlangt werden. Keine kann sich hierbei aus gruppenegoistischen Motiven ausschließen. Auch das Land Steiermark trifft in dieser Situation die Verpflichtung, über den Landeshaushalt mit den jetzt vorrangigen wirtschaftspolitischen Zielen konform zu gehen.

Der Rahmen des Landeshaushaltes, welcher bei den Ausgaben im ordentlichen Haushalt 13.938.000.000 Schilling vorsieht und im außerordentlichen Haushalt Gesamtausgaben von 1.818.000.000 Schilling, scheint mir eine durchaus brauchbare Grundlage zu sein, um auch von hier aus wirksam konjunkturpolitische Maßnahmen zu setzen. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders hervorheben, daß durch die heuer im Landtag beschlossenen Wirtschaftsgesetze auch die Voraussetzung geschaffen worden ist, um in der Steiermark zielführende und wirksame Maßnahmen zu setzen.

Meine Damen und Herren, Hohes Haus, wir müssen unser besonderes Augenmerk auf den eigentlichen Kernbereich unserer Industrie lenken. Den Betrieben der verstaatlichten Industrie, welche über 30.000 Menschen in der Steiermark Arbeit geben, muß nun Priorität eingeräumt werden. Bis jetzt ist vom Land der verstaatlichten Industrie leider viel zu wenig Hilfe zuteil geworden. Es war der verfehlten Wirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei in den fünfziger- und sechziger Jahren zuzuschreiben (Abg. Buchberger: „Das war die große Koalition!“), daß aufgrund antiquierter ordnungspolitischer Vorstellungen unsere großen obersteirischen Betriebe — wie Universitätsprofessor Doktor Horst Knapp, der von Ihnen sicherlich nicht in Zweifel gestellt wird, dies darstellte — nahezu zu Industriefriedhöfen gemacht wurden. Auch heute

noch will es die ÖVP nur schwer einsehen, daß die verstaatlichte Industrie in unserem Land eine unschätzbare, stabilisierende Rolle spielt. Wenn wir uns jetzt trotz eines Konjunkturreinbruchs in der Welt die Vollbeschäftigung bewahren konnten, dann war dies zweifellos zum großen Teil deshalb möglich, weil wir eine so starke verstaatlichte Industrie besitzen. Dort ist es nämlich nicht Maxime, bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sofort Arbeitnehmer auf die Straße zu setzen oder Investitionsentscheidungen zu verschieben oder gar fallen zu lassen. Aus dem laufenden Investitionsprogramm in der Höhe von insgesamt 12 Milliarden Schilling sind für die Steiermark allein 10 Milliarden Schilling vorgesehen. (Beifall bei der SPÖ.) Davon entfallen auf die VOEST-Alpine 6 Milliarden Schilling und auf die VEW-Betriebe, die Vereinigten Edelmetallwerke, rund 4 Milliarden Schilling.

Wir wissen, daß es im Rahmen des Konzeptes zur Strukturereinigung im verstaatlichten Bereich zu zahlreichen Produktionsverlagerungen und Umstellungen notwendigerweise werden müssen. Diese Maßnahmen erfordern neue Investitionen, um vor allem die Tätigkeit im Bereich der Finalindustrie, und ich betone, gerade im Bereich der Finalindustrie, ausweiten zu können. (Abg. Ing. Turek: „Was denn, das ist die Schwierigkeit? Campingsessel, das geht noch!“) Ich darf Ihnen dazu noch einiges sagen. Von der Bundesregierung wird ein 10-Jahres-Investitionsprogramm ausgearbeitet, welches schon im Jänner 1978 kommenden Jahres beraten und beschlossen werden soll.

Ich glaube, es ist kein unbilliges Verlangen, daß der Eigentümer Staat auch seinerseits durch entsprechende Kapitalzufuhren für die weitere Entwicklung des Kernbereiches der österreichischen Wirtschaft einen finanziellen Beitrag leistet. Letztlich finden über 70.000 Österreicher, allein davon 30.000 in der Steiermark, Arbeit. Es hat sich in diesem Zusammenhang wieder gezeigt, daß jene Kreise gewisser österreichischer Industrieller, welche jahrelang die Weiterentwicklung der verstaatlichten Industrie verhindert haben, noch immer daran sind, diese weiter zu verhindern. Allerdings, im Gegensatz zur früheren Zeit, erfolglos. Das Sturmlaufen gegen die verstaatlichte Industrie wird so weit führen, daß auch hier Maßnahmen dieser Art wirkungslos bleiben. Die Tatsache, daß bei großen Aufträgen, welche zum Beispiel die VOEST-Alpine in Milliardenhöhe ins Land bringt, ein großer Prozentsatz auf Zulieferungen der Privatindustrie entfällt, wird von diesen Kreisen vielfach ignoriert. Es geht nicht an, nur an die verstaatlichte Industrie und somit an den Staat als deren Eigentümer Forderungen zu stellen, sondern gleiches ist auch von den privaten Unternehmungen zu verlangen. Wir vermissen nämlich immer wieder gerade bei einem Teil von Privatunternehmen jene Initiativen auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung, ohne die eine zukunftsorientierte Produktion einfach nicht mehr möglich ist. (Abg. Köllmann: „Und jetzt schauen Sie sich die Patentbilanz der VOEST-Alpine an!“)

Die Tatsache, daß so viele Produkte aus Landwirtschaft, Nahrungsmittel, Textilien, Möbel usw., aus

dem Ausland nach Österreich importiert werden, stellt unserem freien Unternehmertum kein besonders gutes Zeugnis aus. Hier wird also der österreichische Unternehmer Initiative zeigen müssen und es werden derartige Initiativen auch, wo dies am Platze ist, zu fördern sein. (Abg. Dr. Schilcher: „Kauft steirische van Goghs!“) Nicht nur einzelne Industriezweige wurden in der Steiermark vom Land stiefmütterlich behandelt, sondern auch verschiedene Regionen. Dort hatte vorwiegend der Bund Maßnahmen zu setzen und Hilfe zu leisten.

Meine Damen und Herren, in Zukunft trifft uns alle die Verpflichtung, in der Region Deutschlandsberg, Voitsberg/Köflach, im Mürztal und in anderen obersteirischen Gebieten größere Initiativen als bisher des Landes zu setzen. Das Land wird sich der Verantwortung für diese Räume auch nicht entziehen können. Hierbei wird es vor allen Dingen darum gehen, mit großer Entschlossenheit heimische Unternehmer anzuregen, in diesen Gebieten Produktionsstätten zu eröffnen und diese dabei zu unterstützen.

Wir werden hier sicherlich zustimmen, wenn wir auch feststellen, daß wir in der Vergangenheit mit ausländischen Unternehmungen, welche bei uns vorwiegend Zweigbetriebe von multinationalen Konzernen als ihre verlängerten Werkbänke errichteten, keine guten Erfahrungen gemacht haben. Bei den geringsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden in diesen Betrieben die Produktionen eingeschränkt oder gar aufgelassen. Es stellt sich dann heraus, daß in diese Betriebe eingebrachte Förderungsmittel letztlich nicht auf Dauer uns zugute gekommen sind. In meinen Augen genießt daher der österreichische Unternehmer in allen Förderungsfällen eindeutigen Vorrang.

Wir steirischen Arbeitnehmer haben naturgemäß ein vitales Interesse an einer gesunden und krisenfesten Wirtschaftsstruktur unseres Landes und an krisensicheren Arbeitsplätzen. Dadurch, daß den Ansätzen im Landeshaushalt für die Wirtschaftsförderung wieder besonderes Gewicht gegeben worden ist, glauben wir, daß dieses Budget geeignet ist, auf die strukturellen und regionalen Entwicklungen entscheidenden Einfluß nehmen zu können. Jene Ansätze, welche für die Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie im Landeshaushalt vorgesehen sind, ergeben die Summe von 421 Millionen Schilling. Wir betrachten dies als einen Ausdruck dafür, daß damit trotz der budgetären Schwierigkeiten, der steirischen Wirtschaft Vorrang eingeräumt wird.

Eines jedoch muß ich zu den Ansätzen der Wirtschaftsförderung vermerken. Lag das bisherige Schwergewicht bei Darlehen, so wird es in Zukunft nunmehr ganz entschieden zu Zinszuschüssen, Beihilfen und Beiträgen hinverlegt werden müssen. Wir müssen uns aber dabei auch im klaren sein, daß diese dadurch vergebenen Beträge nicht mehr wie bisher in den öffentlichen Haushalt zurückfließen werden. Ob diese Politik sinnvoll ist, wird die kommende Förderungspraxis zu erweisen haben. (Abg. Ing. Turek: „Das ist aber sehr unverbindlich formuliert!“) Alles in allem möchte ich zusammenfassend sagen, daß für uns Sozialisten diese Budget-

ansätze eine geeignete Grundlage darstellen, um gemeinsam eine Wirtschaftspolitik zum Vorteil aller steirischen Landsleute zu machen. Um diese hier geäußerten Erwartungen auch in die Tat umsetzen zu können, wird dann erst die Zukunft erweisen, ob sie auch sinnbringend und zweckentsprechend waren. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mit etwas anderen Worten als der Herr Präsident Ileschitz auch darauf hinweisen, daß das Jahr 1977 zweifellos als ein sehr bedeutsames Jahr der Wirtschaftsförderung in der Steiermark in unsere Landesgeschichte eingehen wird. Wir haben Ende April in diesem Hohen Haus, ich betone, einstimmig das steirische Mittelstandsförderungsgesetz beschlossen, und wir haben Ende Juni ebenfalls einstimmig das Steiermärkische Industrieförderungsgesetz beschlossen.

Ich möchte aber mit allem Nachdruck feststellen — und ich bin davon zu sehr überzeugt —, daß es typisch ist für die profilneurotischen Leiden der Sozialistischen Partei in der Steiermark, daß sie jetzt zu diesen Gesetzen einen Vaterschaftsstreit vom Zaun bricht. (Abg. Dr. Eichinger: „Das glaubt ohnehin niemand!“) Sogar am Landesparteitag durch den Mund ihres Landesparteiobermannes.

Meine Damen und Herren, das kann man wirklich nur als einen Beitrag zu einem SPO-Kabarett in der Steiermark ansehen und nicht mehr. Das muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, auch zu dem, was Kollege Strenitz in seiner Generalrede gesagt hat.

Denn, meine Damen und Herren, ich muß es erwähnen. Schon vorher hat es in der Steiermark eine sehr bedeutsame Wirtschaftsförderung gegeben und sie, Herr Präsident Ileschitz, waren es, der selbst an dieser Stelle anlässlich der Beschlußfassung zum Mittelstandsgesetz darauf hingewiesen hat, daß 60 Prozent der gesamten Bundesländerwirtschaftsförderung allein vom Land Steiermark ausgegeben werden. Ich darf erwähnen, daß die Wirtschaftsförderung etwa im Land Wien, wo man es auch notwendig hätte und wo die Sozialisten eindeutig immer schon eine Mehrheit haben, auch noch nicht gesetzlich geregelt ist. Also an sich waren die Gesetze nicht die Voraussetzung der Wirtschaftsförderung.

Und zum zweiten: Beide Gesetze, sowohl das Industrieförderungsgesetz wie das Mittelstandsförderungsgesetz sind auf Grund von Initiativanträgen von Mandatären der Österreichischen Volkspartei entstanden. Und schließlich, meine Damen und Herren, hat die OVP auch die Gesetzgebung in der Endphase vorangetrieben. Ich weiß es aus eigener Erfahrung vor einem Jahr. Wir haben uns monatelang bemüht, Termine von den Herren Präsidenten Ileschitz und Gross zu bekommen, um endlich die Parteienverhandlungen abführen zu können. Das hat einige Verzögerung verursacht, daß diese Termine

nicht schneller zustande kommen konnten. Und wenn sie vom Mitspracherecht der Arbeitnehmer meinen, daß sie uns das abgerungen hätten, meine Damen und Herren, es war für uns nie eine Frage, daß Transparenz in der Wirtschaftsförderung gegeben ist. Es gibt ja auch leider, weil es gesetzlich gar nicht möglich ist, kein Mitspracherecht, entscheiden tut ausschließlich über die Wirtschaftsförderung der Landtag bzw. die Landesregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen. Es geht ausschließlich um Transparenz und um Anhörrechte. Und in diesen Fragen ist Transparenz immer gegeben gewesen und in diesen Fragen bei der gesetzlichen Installation der Beiräte, meine Damen und Herren, haben wir freiwillig auf unsere Mehrheit verzichtet. Sie, meine Herren Sozialisten, haben das gar nicht verlangt von uns, daß wir auf die Mehrheit verzichten. Wir haben es getan, weil wir uns immer darüber im klaren waren, daß Wirtschaftsförderung niemals eine parteipolitische Angelegenheit sein kann, sondern eine rein sachbezogene. (Beifall bei der OVP.)

Und hier möchte ich auch mit allem Nachdruck — ich weiß schon, daß das der SPO in der Steiermark sehr weh tut — darauf hinweisen, daß wir uns hier eben sehr wesentlich von den Sozialisten überhaupt unterscheiden. Oder können Sie sich ein Bundesgesetz bei der knappen Mehrheit im Parlament, wo die Sozialisten in Beiräten auf ihre Mehrheit in so wesentlichen Fragen verzichten, vorstellen? Das ist undenkbar! Dort wird mit 51 Prozent gegen die Minderheit immer rücksichtslos entschieden. (Abg. Prensberger: „Ihr habt uns zuerst niedergestimmt!“) Aber das ist eben das steirische Klima, das Sie nicht haben wollen und das Sie auch an diesem Landesparteitag leider wieder zerstören wollen. Ich kann nur hoffen, daß es Ihnen nicht gelingen wird. Es sind bisher alle Wirtschaftsförderungsfälle — und auch das muß als Binsenweisheit zum xten Mal an dieser Stelle wiederholt werden — einstimmig beschlossen worden.

Und, Herr Präsident Ileschitz, auch das sage ich das zweite Mal hier: Es blieb offenbar Ihrer Art von Logik vorbehalten, öffentlich zu sagen — und groß ist es in den Zeitungen gestanden —, die OVP wirft die Millionen bei der Oberlichte hinaus, in Fällen wie Merino und Junior, wo sie diese Fälle hier mitbeschlossen haben. Es hätte jemand von uns wagen können, dagegen zu sein. Kein Vorwurf. Wir haben es einstimmig beschlossen, nur sollen Sie danach das nicht sagen. Und der Referent für Merino und Junior war nicht Peltzmann, sondern Klauer. Auch das ist kein Vorwurf. Nur muß man diese ungeheuren Feststellungen, die dann danach gemacht werden, wenn etwas schief geht, einfach an der richtigen Stelle sehr offen sagen.

Meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Wirtschaftsförderungsgesetze in der Steiermark sind ein Beweis, daß die Steiermark freiwillig das Versagen der für die Wirtschaftsförderung letztlich zuständigen Bundesregierung bestmöglich noch ausmerzen versucht. Denn Wirtschaftsförderung gerade in diesem Ausmaß ist ja nur notwendig, wenn die Wirtschaftspolitik versagt. Es ist Pflicht der Bundesregierung und der

Bund ist dafür zuständig, für die Gesetzgebung und Vollziehung nach unserer Verfassung für Handel, Gewerbe und Industrie. Und wenn das Land das tut, so rein freiwillig. Und die Steiermark — ich habe hier eine Statistik — liegt weit oben an von allen Bundesländern. Ich vergleiche hier etwa nur die Steiermark in ihren Ausgaben für Wirtschaftsförderung, für Handel, Gewerbe und Industrie mit den sozialistischen Mehrheitsbundesländern. Pro Kopf der Bevölkerung gibt hiefür die Steiermark 310 Schilling aus im Budget 1977.

Im wesentlichen hat es sich 1978 in der Relation nicht geändert. 310 Schilling die Steiermark, Wien 90 Schilling, das Burgenland 97 Schilling, und Kärnten 57 Schilling. Das, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit.

Diese Wirtschaftsförderungsgesetze sind auch ein Beweis dafür, daß das Land nicht an Belastungen denkt, oder zumindest nicht nur an Belastungen denkt, wenn sie notwendig sind, sondern auch an die wirtschaftliche Mobilisierung vorhandener Interessenten und wirtschaftlicher Ressourcen. Leider, leider muß ich sagen, und das steht natürlich auch ganz im Gegensatz zu dem, was mein Vorredner gemeint hat, ist das Gegenteil beim Bund der Fall.

Herr Präsident Ileschitz, es wird Ihnen doch aufgefallen sein, oder ist es uns allen schon zu wenig bewußt, daß wir es hier seit Jahren doch fast nur mehr mit einer Belastungslawine zu tun haben. Ist uns überhaupt bewußt, daß die zusätzlichen Belastungen der Gesamtwirtschaft, das trifft jeden Österreicher, in den Jahren 1976 und 1977 33 Milliarden Schilling ausgemacht haben, das heißt Mehreinnahmen durch Zusatzbelastungen.

Mit 1. Jänner 1978 werden es mindestens 27 Milliarden sein, und mit 1. Juli 1978, wenn diese Straßenverkehrssteuer kommt, zusätzliche 4,5 Milliarden. Das sind die Jahre 1976, 1977, 1978. Und am 16. Juli 1975 hat der Herr Bundeskanzler im Fernsehen wörtlich erklärt, ich zitiere ihn hier: „Man werde zwar die Mehrwertsteuer erhöhen, sonst aber keine anderen Steuern einführen.“ Sie sollen aber jetzt beurteilen, was man von solchen Aussagen unseres Regierungschefs zu halten hat.

Für Strukturpolitik, Hohes Haus, und für arbeitsplatzsichernde Investitionen fehlt dem Bund das Geld, weil sich diese Bundesregierung in eine wirtschaftspolitisch manövrierunfähige Situation hineingewirtschaftet hat. Das ist die Ansicht einer ganzen Menge von großen, unabhängigen Wirtschaftspolitikern, ich brauche es ihnen nur nachzusagen, es wird sicher nicht die Bestätigung der linken Reichshälfte dieses Hohen Hauses finden.

Worum geht es denn, meine Damen und Herren? Es geht um nichts anderes als um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Ich möchte betonen, Herr Präsident Ileschitz, egal, ob diese Betriebe verstaatlicht sind, ob sie halbstaatliche Bankenbetriebe sind oder ob sie private Betriebe sind. Ganz egal, denn die Existenzfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe sind letzten Endes die wirtschaftliche Existenzfrage für alle Österreicher. Die Voraussetzungen dazu wären, ich möchte dazu sagen, in zwei Großgruppen zu gliedern. Einmal in die materielle Seite und zum anderen in die psycho-

logische Seite, das heißt, daß jenes Klima erzeugt wird, daß es wieder zu mehr Investitionen kommt.

Die materielle Seite findet zweifellos in der Steiermark durch die steirische Wirtschaftsförderung einen zumindest zusätzlichen Impuls. Das zweite Abgabenänderungsgesetz, und auch das muß festgestellt werden, ist in seiner wirtschaftspolitischen Wirkung nichts anderes als ein Investitionsverhinderungsgesetz und als ein Arbeitsplatzgefährdungsgesetz. Details hat Ihnen ja Kollege Dr. Heidinger schon vorgeführt. Ich möchte sagen, wenn die Sozialisten jetzt davon reden, es sei ein Arbeitsplatzsicherungsgesetz, kann ich nur sagen, das genaue Gegenteil ist es. Und wenn auch Dr. Strenitz das gemeint hat, indem er vom „Maßnahmenpaket“ gesprochen hat, meine Damen und Herren, nichts als Belastungen, nichts als Investitionsverhinderungen und in der Folge davon Arbeitsplatzgefährdungen. Aber ich bin davon überzeugt, daß es eben typisch für alle Schattierungen linker Gruppen ist, daß die Sprache offensichtlich nicht mehr Mittel oder zumindest nicht nur ein Mittel der Verständigung ist, sondern auch ein Mittel der Manipulation der Menschen. Deswegen gebraucht man diese Worte Arbeitsplatzsicherungsgesetz, Maßnahmenpaket und dergleichen. In Wahrheit ist das genaue Gegenteil der Fall, und jeder unabhängige Wirtschaftspolitiker wird Ihnen das gerne bestätigen.

Wie denn sonst wäre es erklärbar, daß in der Bundesrepublik Deutschland draußen jetzt genau die gegenteiligen Maßnahmen ergriffen werden. Dort betreibt man antizyklische Wirtschaftspolitik. Dort macht man jetzt Steuersenkungen, dort macht man Investitionsbegünstigungen, weil einfach sichtbar ist, daß leider schon wieder eine Rezession im Anlaufen ist.

Man hat ja der Cassandra Stephan Koren nicht geglaubt, wenn er 1974/1975 gesagt hat, es ist leider ein längerfristiger Wachstumsknick, der da mit der beachtlichen Rezession 1975 eintritt. Das heißt, weniger Wirtschaftswachstum innerhalb kürzerer Konjunkturzyklen. Wir haben die Bestätigung. Und was tut man bei uns in Österreich? Genau das Gegenteil mit diesem zweiten Abgabenänderungsgesetz. Wir betreiben eine prozyklische Wirtschaftspolitik.

Nun, die Folgen, die werden ja zu spüren sein und sind zum Teil schon sichtbar. Bei uns prognostiziert das Wirtschaftsforschungsinstitut noch einhalb Prozent Nettowachstum für 1978, ich darf das nur am Rand erwähnen. In dieser Richtung mußte das gleiche Institut in den vergangenen Jahren mehrmals nach unten korrigieren, und ich habe zu meinem Bedauern in der Hand eine Nachricht aus der Bundesrepublik Deutschland (Abg. Präs. Ileschitz: „Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat für 1976 sogar ein Nullwachstum prognostiziert!“), auch das ist vorgekommen, nur hat sie damals kein Nullwachstum prognostiziert, das stimmt nicht Herr Präsident, nein. Aber, wenn es vorgekommen ist, war es ein Ausnahmefall, — von einem sehr renommierten Wirtschaftsforschungsinstitut, dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, und dieses schreibt:

„Als einziges westliches Industrieland muß Österreich im kommenden Jahr mit einer Stagflation rechnen.“

Das heißt, mit einem Nullwachstum und mit 5 Prozent Inflation. Meine Damen und Herren, das sieht durchaus nicht dramatisch, durchaus nicht existenzbedrohend aus. Für die, die es trifft, ist es weniger lustig, denn Nullwachstum heißt Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, zwangsläufig. Ich will gar nicht davon reden, daß keine Rede sein kann von irgend einer Einkommenssteigerung, sondern von einem Einkommenssinken, Netto zumindest bei einem Nullwachstum, und wie man bei einem Nullwachstum die vorhandenen Staatsschulden loswerden will, das ist zweifellos eine ungeklärte Frage.

Aber schuld an allen diesen Maßnahmen der Bundesregierung bzw. an den Folgen der Maßnahmen der Bundesregierung werden natürlich, Herr Präsident Ileschitz, immer die anderen sein. Hier greift man zu Mitteln des Klassenkampfes, ein wenig haben Sie es ja auch getan in Ihrer Rede. (Abg. Präs. Ileschitz: „Den führen Sie!“) Hier unterscheidet man zwischen verstaatlicht und privat, und hier tut man alles mögliche. Hier sind es vor allem die Unternehmer, die fehlinvestieren, es sind ja die Unternehmer die Preistreiber, obwohl die öffentlichen Tarife und Abgaben um einige hundert Prozent mehr gestiegen sind seit 1970 als die Preise der privaten Unternehmungen und die Preise der Verstaatlichten, übrigens insgesamt auch mehr gestiegen sind als die Preise der privaten Unternehmungen und in der Verstaatlichten ist die Bundesregierung der Hausherr. Hier läßt man uns aus Mallorca vom Regierungschef mitteilen, die Unternehmer sind die Steuerhinterzieher.

Das ist nicht so von der Hand zu weisen, Herr Präsident Ileschitz. Selbstverständlich gibt es im Einzelfall Preistreiber und Steuerhinterzieher. Diese will auch niemand schützen. Nur die Pauschalverdächtigungen, die sind es, die jenes Klima schaffen, daß immer weniger investiert wird, weil man es mit einer solchen Bundesregierung zu tun hat. In die unterste Schublade hat ja Ihr Herr Zentralsekretär, auch nicht irgendwer, der Herr Abgeordnete Marsch, vor den letzten Nationalratswahlen, gegriffen, wenn er gemeint hat, er hätte Nachrichten, daß ein niederösterreichischer Unternehmer von der Industriellenvereinigung aufgefordert worden wäre, Leute zu entlassen, nur damit die Regierung keinen Erfolg hat. Das ist wohl die ganz, ganz unterste Schublade.

Meine Damen und Herren, in wirtschaftlichen Dingen sitzen wir alle in einem Schiff, und da können wir solche Unterscheidungen nicht machen. Schuld an den Folgen einer solchen Wirtschaftspolitik wird natürlich das System sein, wird die marktwirtschaftliche Ordnung sein. Das hat uns ja Dr. Strenitz schon mitgeteilt, die Politik muß Zielvorstellungen enthalten. Da hat er völlig recht. Nur bei den Zielvorstellungen der sozialistischen Wirtschaftspolitik können wir uns ausmalen, was sie wollen. (Abg. Zinkanell: „Unsere Ziele wissen wir schon selber!“) Letzten Endes ist das Ziel die zentrale Wirtschaftslenkung, das Ziel in allem, was sie

unternehmen, den Menschen in den Griff zu bekommen, ob man das mit Vermögensbildung umschreibt oder mit Mitbestimmung oder mit was immer. Denn was ist denn die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, so wie es der Herr Thomas Lachs entworfen hat. Ziel: Zwangssparen, zentraler Fonds. Der Fonds wird in wenigen Jahren zur größten Bank des Landes, von dort aus gibt man dann die Kredite und bekommt dann die Wirtschaft in die Hand.

Die Mitbestimmung ist Gott sei Dank nicht das geworden im Arbeitsverfassungsgesetz, was ein immerhin einstimmiger Regierungsentwurf, der Häuser-Entwurf, gewollt hat. (Präs. Gross: „Herr Kollege Dr. Dorfer, kennen Sie die Entwürfe über Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand?“) Wir haben sogar mit dem Herrn Lachs darüber diskutiert, Herr Präsident Gross.

Unsere Wirtschaftsförderung soll nichts anderes sein als eine Hilfe zur Selbsthilfe, eine Initialzündung für Investitionen und damit für zusätzliche Arbeitsplätze. Sie kann und soll niemals, meine Damen und Herren, Banken ersetzen oder auch nur die Illusion wecken, daß in allen Fällen geholfen werden kann. Sie soll eine Hilfe zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze vor allem auch für die jungen Menschen werden.

Herr Präsident Ileschitz, ich bin mit Ihnen sehr glücklich, daß die Jugendarbeitslosigkeit nur ein Gespenst ist. Ich weiß nur nicht, ob es nur mir sondern auch ihnen so geht, daß sich die Zahl derer mehrt, die zu uns zu Sprechtagen ins Büro und wo immer hinkommen, auch junge Leute, und um Hilfe ersuchen, einen Arbeitsplatz zu bekommen, einen Lehrplatz oder eine sonstige Stelle.

Meistens gelingt es noch, manches Mal gelingt es schon nicht mehr. Bei der Jugendarbeitslosigkeit — wenn es auch noch nur ein Gespenst ist — müssen wir doch erkennen, hier ist es mehr als nur eine materielle Frage. Hier geht es letzten Endes darum, ob die jungen Menschen überhaupt noch einen Glauben an die Demokratie haben und halten können, und letzten Endes geht es hier um den Glauben an eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die wir doch alle haben wollen.

Und wer, Herr Präsident Ileschitz, hat denn in den vergangenen drei Jahren die Jugendarbeitslosigkeit verhindert? Weil Sie schon unterscheiden zwischen verstaatlichter und privater Wirtschaft. War es die Verstaatlichte? (Präs. Gross: „Sie nicht mit Ihren Plakaten!“) Herr Präsident, waren es — die Plakate tun Ihnen anscheinend weh! — die halbverstaatlichten Betriebe? Ich darf Ihnen sagen, fast ausschließlich jene haben die Jugendarbeitslosigkeit verhindert, die Sie als „Lehrlingsausbeuter“ diffamiert haben, pauschal diffamiert haben. Vielleicht hat es im einzelnen solche gegeben, aber pauschal sind sie diffamiert worden. Fast ausschließlich die haben die Jugendarbeitslosigkeit verhindert. Ich will Sie nicht mit Statistiken belasten. Ich hätte eine sehr interessante Statistik hier. Was sagt sie denn? Auch in der Steiermark sind 81 Prozent der Lehrlinge in mittelständischen Betrieben beschäftigt und nicht einmal 18 Prozent in Industriebetrieben, und wenn man hier vergleichen würde

zwischen verstaatlichten und privaten Industriebetrieben, würde die Bilanz noch trauriger für die verstaatlichte ausfallen.

Gesamtösterreichisch gesehen sind 84 Prozent der Lehrlinge in den kleinen und mittleren Betrieben in der mittelständischen Wirtschaft beschäftigt. Dieser Teil der Wirtschaft, wenn Sie schon diese Differenzierung haben wollen, hat letzten Endes die Jugendarbeitslosigkeit bisher Gott sei Dank verhindern können. Und auch für die Gesamtvollbeschäftigung, meine Damen und Herren, waren die kleinen und mittleren Betriebe die Säule — besonders in den vergangenen Jahren. Dr. Strenitz hat sich gerühmt, daß seit 1974 etwa 300.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen wurden. Präsident Ileschitz hat heute gemeint, er ist also sehr zufrieden. Wer hat denn — auch das soll ein bißchen diskutiert werden — die zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen? Hier gibt es eine riesige Statistik. Wenn Sie wollen, kann ich sie Ihnen anschließend zur Einsicht geben. Ich möchte nur drei Ziffern zitieren und nicht mehr:

In der steirischen Industrie wurden seit 1970 — also inklusive der langen Hochkonjunktur — 1500 Arbeitsplätze mehr geschaffen. In der steirischen mittelständischen Wirtschaft wurden seit 1970 über 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Seit 1974 hat die Industrie in der Steiermark um über 6000 Arbeitsplätze weniger gemacht. Das hängt nicht mit Entlassungen und dergleichen zusammen, sondern das ist der natürliche Schrumpfungsprozeß dann, wenn man praktisch einen Aufnahmestopp hat, wenn man also neue Arbeitnehmer nicht mehr nimmt. Und wenn Sie meinen, Herr Präsident Ileschitz, die Verstaatlichte hat nicht die Maxime, Arbeitnehmer auf die Straße zu setzen, so empfinde ich das logischerweise fast so, als hätte die private Wirtschaft die Maxime, Arbeitnehmer auf die Straße zu setzen. Ich glaube, diese Ziffern geben Ihnen die Antwort, die Ihnen hier offensichtlich gebührt.

Meine Damen und Herren, ich möchte sagen, trotzdem haben offensichtlich die Sozialisten noch immer nicht erkannt, was ein englischer Nationalökonom vor wenigen Jahren endgültig als sein wirtschaftspolitisches Glaubensbekenntnis ausgesprochen hat, wenn er gesagt hat: Small is beautiful. Das gilt speziell auch für die steirische Wirtschaft, ganz speziell auch für die steirische Wirtschaft. Ich brauche nicht die Debatte von früher wiederholen, auch der Mansholt-Plan, der vor zehn Jahren Furore gemacht hat, ist letzten Endes recht schäbig auf dem Misthaufen der Geschichte, der Agrargeschichte, wenn Sie wollen, krepitiert.

Meine Damen und Herren, ich darf hier dem zuständigen Referenten der Wirtschaftsförderung, Herrn Landesrat Peltzmann, vor allem danken, daß er auch im Jahre 1977 — hier gibt es Ziffern bis Ende November — vor allem die mittelständische steirische Wirtschaft entsprechend förderte, weil sich einfach erwiesen hat, daß diese Förderungen die produktivsten sind. Wir hatten bis Ende November 739 Förderungsfälle; 495 Kleingewerbeförderungsfälle aus dem Fonds für gewerbliche Darlehen, 132 Fälle von Jungunternehmerförderung, eine steirische Spezialität, die äußerst wertvoll ist, und 112 allgemeine Förderungsfälle. Es wird sich diese

Zahl natürlich bis Ende des Jahres noch recht beachtlich erhöhen.

Typisch für sozialistisches Denken in wirtschaftspolitischen Belangen ist auch eines noch, und das möchte ich abschließend feststellen. Nämlich das Denken in wirtschaftlichen Gigantomaniern und das Denken in Prestigeprojekten. Die Fusion von VOEST-Alpine und VEW ist vorbei, mag ihr Gutes gebracht haben, ich möchte nur eines sagen: Wir werden offensichtlich einhellig erkennen, daß sie auch kein Allheilmittel ist. Und wenn man bei der Eisen- und Stahlindustrie davon redet, daß das eine internationale Krise ist, — internationale Schwierigkeiten, selbstverständlich, aber Sie werden nicht bestreiten, daß wir auch in der Steiermark einige kleine private Eisen- und Stahlerzeuger haben. Die Schwierigkeiten gelten genauso für sie auch. Und auch sie müssen jene Auswege finden, die Sie, Herr Präsident Ileschitz, mit Vorwurf an die private Wirtschaft urgiert haben, wenn Sie meinen, Sie vermischen Initiativen der privaten Wirtschaft. Oder Präsident Zettl von den Arbeiterkammern hat gemeint, Österreichs Unternehmer produzieren am Markt vorbei. Ja, da kann ich nur sagen, das soll er vor allem der verstaatlichten Industrie sagen, denn die privaten Unternehmer, denen hilft niemand, und wenn Sie meinen, den verstaatlichten Betrieben wird zu wenig geholfen, ich bin Ihrer Meinung, daß zu wenig geholfen wird, nur viel weniger noch wird zweifellos den privaten Unternehmen in diesem Land geholfen.

Wer hilft denn denen? Am wenigstens die Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung, im Gegenteil, die Belastungslawine trifft sie am meisten, weil sie seit Jahren in summa die einzigen sind, die auch noch gewinnabhängige Steuern dem Herrn Androsch liefern können. Und typisch für unseren Bundeskanzler sind ja vor allem immer wieder Prestigeprojekte. Da ist das Prestigeprojekt des Austro-Porsche. Ein Projekt, das ja letzten Endes schon ein Staatsbegräbnis dritter Klasse erhalten hat, leider ein Begräbnis, bei dem nicht einmal die Erfinder der Ideen, der Herr Kreisky an der Spitze, anwesend waren und er auch nicht zugeben möchte, daß dieser Embryo längst schon tot ist.

Ich möchte an dieser Stelle, Hohes Haus, vorschlagen, daß der Leichtdieselmotor, der von der Firma AVL des Professor List in Graz entwickelt würde, weiterhin entsprechend und gebührend gefördert wird. Ich möchte auch das Hohe Haus und die zuständigen Herren in der Landesregierung bitten, Überlegungen anzustellen, ob man dieses Projekt nicht einer entsprechenden eigenen österreichischen Produktion zuführen könnte. Ich kann nur sagen: Wozu denn in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah. Zweifellos wäre das ein besserer Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen als der Austro-Porsche, der von vornherein eine Totgeburt gewesen ist. Wir müssen dafür sorgen, Hohes Haus, daß die Wirtschaftsförderungsmittel auch des Budgets 1978 nicht für einige wenige Großprojekte oder schon gar Prestigeprojekte verwendet werden, sondern für den produktivsten Teil der Wirtschaft, für die mittelständische Wirtschaft in unserem Land. Und ich ersuche alle Herren der

Landesregierung, die dafür zuständig ist, diese Wirtschaftsförderungsmittel in diesem Sinn auszugeben. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zoisl. Ich erteile es ihm.

Abg. Zoisl: Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bescheinige eingangs gerne die Erklärung meines Vorredners, daß die Förderungsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Sektor außergewöhnlich waren. Allerdings kann ich sogar einen Schritt weiter gehen. Ich bestätige gerne, daß sie für den Raum Voitsberg—Köflach sogar historisch waren, aber Dank der Maßnahmen unserer Bundesregierung, bitte schön. Und hier wurde uns, glaube ich, entscheidend geholfen. Ich bescheinige aber auch der Landesregierung gerne, daß wir auch Hilfestellungen im Bereich unserer Wünsche, im Bereich unserer Probleme hatten. Doch zum technischen Teil.

Die Steiermark erbringt noch immer aus den Kohlengruben der Graz-Köflacher-Eisenbahn- und Bergbaugenossenschaft nach wie vor rund 70 Prozent der Kohlenförderung. Waren es 1976 2,200.000 Tonnen, so werden es im heurigen Jahr rund 2,100.000 Tonnen sein. Der Rückgang ist einerseits auf die Verschlechterung im Bereich des Betriebes Grube Oberdorf zurückzuführen, welche durch die Bergtechnik nicht gutgemacht werden kann. Doch im weststeirischen Revier, das ich eingangs erwähnt habe, wurde ein großer Impuls durch den Beschluß, den Großtagebau Oberdorf zu errichten, gegeben. Am 20. Juli 1977 konnte im Beisein des Herrn Bundesministers Dr. Staribacher ein Kohlenlieferungsvertrag zwischen der GKB und der ODK abgeschlossen werden, weil das neu zu errichtende Dampfkraftwerk Voitsberg III mit 1 Million Jahrestonnen Kraftwerkskohle ab Betriebsbeginn, vermutlich 1983, die Versorgung bis zum Jahre 2008 sicherstellen wird.

Diese Maßnahme ist ein deutlicher Beweis der Bundesregierung, die Energiesicherung für die nächsten drei Jahrzehnte rechtzeitig und erfolgreich zu planen. Der Kostenaufwand für den Aufschluß des Tagbaues Oberdorf wird rund 700 Millionen Schilling betragen, und ist die Finanzierung durch Bergbauförderung, ERP-Mittel und Bankmittel gesichert, wobei die OIAG die Haftung und der Bund die Rückbürgschaft für diese Kredite übernommen hat.

Am 12. Oktober 1977, für unser Revier ein historischer Tag, hat der Herr Bundeskanzler zugleich mit dem Spatenstich für das Dampfkraftwerk Voitsberg III auch die Inbetriebnahme des Förderbandes für den Großtagbau Oberdorf übernommen. Wir danken aufrichtig dafür, denn durch diese Maßnahmen ist der Bergmann wieder zukunftsgläubiger geworden, er hat mehr Mut gefaßt für die Zukunft. (Allgemeiner Beifall.)

Bezüglich des Aufschlusses des Zanktalunterflözes, wobei ich gerne bestätige, daß das Land in diesem Zeitraum auch entscheidend geholfen hat, ist es uns gelungen, weitere Arbeitsplätze im weststeirischen Kohlenrevier zu sichern, und die Ergebnisse aus diesem Grubenbetrieb sind sogar noch übertroffen worden. Ein Beweis mehr dafür, daß

eine so sinnvolle Investition von 84 Millionen Schilling voll gerechtfertigt war.

Doch zu Fohnsdorf. Wenn es auch für alle dort Beschäftigten eine Belastung sein mag, so wurden entsprechend dem Sozialplan bereits mit 1. April 1977 90 Kollegen und ab 1. Oktober 1977 weitere 50 Dienstnehmer an das Schulungszentrum Fohnsdorf abgegeben. In dieser Einrichtung erfolgt die berufliche Umschulung der Fohnsdorfer Bergleute auf neue Tätigkeiten beim derzeit in Errichtung befindlichen Werk Fohnsdorf der Firma Eumig für das Werk Zeltweg der VOEST-Alpine. Weitere Dienstnehmer wurden nach Köflach und Donawitz überstellt. (Abg. Pölzl: „Herr Kollege, bitte ein bißchen langsamer, man versteht sehr schlecht!“)

Doch der tiefste Schacht des Bergbaues Fohnsdorf in 1055 Meter Tiefe wurde im August geschlossen und so erfolgte im Zuge des Stilllegungsplanes der Rückzug in weniger tiefe Abbaubetriebe. Die Stilllegung von Fohnsdorf soll im Jahre 1980 abgeschlossen sein. Es ist selbstverständlich, daß die Unternehmens- wie auch die Betriebsleitung alle Sicherheitsvorschriften einhalten wird, um die Fohnsdorfer Kollegen gesund, dem Sozialplan entsprechend, an ihre neuen Arbeitsplätze überführen zu können.

Doch die GKB hat es sich als weiteres Ziel gesteckt, größere Kohlenprospektionsarbeiten im Raum Kärnten, im Lavanttal, durchzuführen und ebenso auch gemeinsam mit der Burgenländischen Landesregierung Freischürfe zu übernehmen, um hier für die Zukunft Energiemaßnahmen zu setzen, die uns allen gerecht werden, gerade in einer Zeit, wo das Energieproblem sicher für uns alle eine Belastung ist.

Doch zum Revier selbst kommend: Weil wir auf einem Bein in der Weststeiermark gestanden sind, so ist es notwendig, einen zweiten Fuß zu sichern. Um einen sicheren Platz der Glasindustrie in unserem Raum müssen wir uns alle bemühen. Bereits im Jahre 1976 haben wir alle Stellen des Bundes wie auch des Landes aufgefordert, eine Gefährdung dieser Arbeitsplätze zu verhindern. Durch geeignete Maßnahmen muß die Standortverbesserung erreicht werden. Dazu gehören einerseits die Finanzierung aus ERP-Mitteln, andererseits, wobei wir gute Aussichten haben, die Erdgasversorgung dieses Gebietes. Dazu gehören unserer Meinung auch der rasche Ausbau der Autobahn Süd von Mooskirchen auf die Pack und ein rascher Baubeginn eines Zubringers aus dem Kernraum Voitsberg—Rosental. Ebenso muß von allen Stellen alles unternommen werden, daß die leerstehenden Junior-Hallen wieder Leben bringen, daß dieser Betrieb wieder Arbeit geben kann.

Eine weitere entscheidende Aufgabe für die Zukunft unseres Gebietes ist die Umgestaltung der Zentralwerkstätte Bärnbach, eines GKB-Betriebes, in einen Fertigungsbetrieb im Rahmen der verstaatlichten Unternehmungen. Der Betrieb hätte sicher dafür die besten Voraussetzungen, einerseits durch rund 300 bestens ausgebildete Facharbeiter, durch eine Lehrlingswerkstätte, wir haben sogar unseren Lehrlingsstand um 30 aufgestockt, aufgrund der angespannten Situation und aufgrund einer gün-

stigen Hallenkonstellation und aufgrund eines günstigen Gleisanschlusses.

Mit dem Gefühl, daß die Gesinnung für den Bergbau und somit auch für den Bergmann vom Bund und vom Land eine gute ist, sehen wir in die Zukunft und mit großer Zuversicht der Entwicklung unseres Reviers entgegen. Mit Bergmannsgruß: Glück Auf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann, ich erteile es ihm.

Abg. Kollmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit etlichen Jahren hat die große Anzahl von kleinen Unternehmen unseres Landes zwei für die Gesellschaft sehr, sehr wichtige Aufgaben wahrzunehmen. Aufgaben, die sicherlich über den ursprünglichen Rahmen und den ursprünglichen Sinn eines Unternehmens hinausgehen, und zwar den Sinn des Produzierens, des Handelns und des Dienstleistens. Es sind dies die Aufgaben der Arbeitsplatzsicherung und des Steuerbringens. Ich glaube, auch die Herren von der sozialistischen Seite werden es nicht bestreiten, wenn ich hier sage und behaupte, daß es gerade die kleinen und mittleren Unternehmungen sind, denen es laut Statistik, siehe Kollege Dorfer, am besten gelungen ist, die Arbeitsplätze in den letzten Jahren zu sichern und denen es auch am besten gelingt, die Steuern herinzubringen und an den Herrn Finanzminister abzuliefern.

Es tut mir sehr leid, daß Sie, obwohl Sie vermutlich diese Tatsache anerkennen, als Sozialistische Partei offenbar für die private Wirtschaft sehr wenig übrig haben. (Abg. Heidinger: „Das ist eine Unterstellung!“) Das ist keine Unterstellung, der Herr Präsident Ileschitz hat das früher sehr anschaulich bewiesen, bitte, das ist keine Unterstellung.

Sie haben ja einen Freien Wirtschaftsverband, meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite, und Sie haben anlässlich des Landesparteitages eine Landesparteivertretung gewählt, in der nicht ein einziger Mann des Freien Wirtschaftsverbandes vertreten ist. Es sind, glaube ich, 40 Leute in Ihrer Landesparteivertretung, aber kein einziger Vertreter des Freien Wirtschaftsverbandes (Abg. Heidinger: „Zu Ihrer Aufklärung: Angeschlossene Verbände werden kooptiert!“) — werden kooptiert?

Dann muß ich Ihnen ein zweites vorhalten: den Bericht zum Landesparteitag 1977. In diesem Bericht, meine sehr geehrten Herren, steht nicht ein Wort über die Wirtschaft, geschweige denn über die private Wirtschaft. Es steht sogar von den Bauern etwas drinnen und es steht von den Frauen etwas drinnen, es steht von der Jugend etwas drinnen, aber von der Wirtschaft nicht ein Wort. Das ist Ihre Gesinnung für die Wirtschaft, vor allem für die private Wirtschaft (Abg. Loidl: „Sie werden doch nicht glauben, daß die Wirtschaft nur Sie sind!“ — Abg. Pölzl: „Wirtschaft sind wir alle!“) Nein, keineswegs, aber Sie sind es auch nicht, wie Sie selbst beweisen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Einer für alle!“)

Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, wie groß dieses Unverständnis eben wirklich ist, zeigt das Abgabenänderungsgesetz und zeigt überhaupt das gesamte Maßnahmenpaket. Ich weiß nicht warum oder aufgrund welcher Untersuchungen, Sie bilden sich offenbar ein, daß die Steuerkuh in der Lage ist, weiterhin Milch zu geben, auch wenn sie nicht zwischendurch einmal auf die Weide geführt wird. (Abg. Loidl: „Steuern müssen auch erarbeitet werden, und die Konsumenten müssen auch Steuern zahlen! Tun Sie doch nicht so, als ob es nur die Privatwirtschaft betreffen würde!“) Keineswegs. Aber schauen Sie, meine sehr geehrten Herren, irgendwer von Ihnen, wenigstens einige, werden doch in Kreditinstituten als Funktionäre sitzen (Abg. Pölzl: „Loidl sitzt in der BAWAG!“) und Sie werden bemerken, daß in diesen Kreditinstituten immer wieder von Krediten für private Wirtschaftstreibende die Rede ist, und Sie werden dort anhand der Bilanzen merken, wie klein und wie kurz die Eigenkapitaldecke der Unternehmungen geworden ist, und Sie werden auch merken, daß Unternehmer schon bereit sein müssen, zum Zweck der Steuerleistung Kredite aufzunehmen. Das geht entschieden zu weit und das ist kein gutes Zeichen für die Wirtschaft. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn man weiß, daß der kleine Unternehmer ein guter Steuerzahler ist, wenn man weiß, daß der kleine Unternehmer ein guter Arbeitsplatzsicherer ist, dann muß man eigentlich sagen, was liegt näher als die Gründung solcher Unternehmen, solcher kleinen Unternehmen, oder die Fortführung gefährdeter Unternehmen zu fördern. (Abg. Pölzl: „Das ist ja nicht möglich! Der Kreisky sagt, die Steuern werden hinterzogen!“ — Abg. Loidl: „Wir können das gar nicht, selbst wenn wir wollten!“ — Abg. Pölzl: „Das ist ja verboten!“) Ja, ich weiß das. Natürlich er sagt es, aber ich glaube, der Herr Finanzminister dürfte das doch besser wissen, nur wird er es nicht aussprechen.

Schauen Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, sie könnten es jederzeit durch Ihre Bundes-SPO beweisen, daß Sie ein Herz für die Unternehmer haben. Sie hätten zum Beispiel den Landtagsantrag, das heißt, der Herr Finanzminister hätte diesen Antrag auf Einführung eines steuerbegünstigten Sparens mit Anschlußkredit für die Unternehmensgründung nicht ablehnen brauchen, sondern annehmen können. Das war ein Vorschlag. Ähnlich wie das Bausparen sollte das geschehen. Es ist abgelehnt worden. Oder ein zweites Beispiel: Es sollte im ORF in der Sendung „Wir“ eine Broschüre vorgestellt werden, die zeigt, wie man selbständig wird und was man dazu benötigt, welche Voraussetzungen erforderlich sind. Diese Broschüre war mit dem ORF fix fertig abgesprochen; in der Kuratoriumssitzung hat sie der Herr Medienblecha verhindert und hat behauptet, das wäre eine Werbung für den österreichischen Wirtschaftsbund. So ist die Einstellung zum kleinen und mittleren Unternehmer. (Abg. Dr. Schilcher: „Ich war in der Minderheit!“)

Meine sehr geehrten Herren, Sie haben zwar eine Jungunternehmerförderung des Bundes in Wien geschaffen. Anerkennenswert, daß etwas ge-

schehen ist. Das steirische Modell der Jungunternehmerförderung muß auch dafür etwas Pate gestanden haben, weil einige Passagen fast wörtlich übernommen worden sind. Aber diese Bundesjungunternehmerförderung ist sehr kompliziert und ist in der grundsätzlichen Konzeption abzulehnen. Ich will Ihnen nicht alle Gründe nennen, aber zwei wesentliche möchte ich Ihnen schon sagen. Es wurde zunächst einmal die Förderung von Betriebsmitteln ausgeschlossen, und darüber hinaus wird der Förderungsbetrag nur in zwei Raten ausbezahlt, wobei die zweite Rate erst nach Vorlage eines Erfolgsnachweises nach einem Jahr flüssiggestellt wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ein Jungunternehmer schon einmal erfolgreich ist, dann braucht er die Jungunternehmerförderung auch nicht mehr. Dann ist das umsonst und für die Katz. Es hat mir ein Referent des Büros Landesrat Peltzmann erzählt, daß er bereits versucht habe, zwei solche Förderungsfälle in Wien durchzubekommen. Es ist bis heute keine positive Entscheidung eingetroffen. Es gibt zwar das Gesetz, die Bestimmungen, aber es ist offenbar noch nicht so richtig in Gang gekommen.

Hingegen hat das Land Steiermark — das wissen Sie alle — eine beispielhafte Jungunternehmerförderung, die vielen vielen jungen tüchtigen Menschen die Chance gibt, selbständig zu werden und ein Unternehmen zu gründen. Es wird Sie vielleicht interessieren: Seit 1973, seit es diese Förderung gibt, wurden 549 Fälle positiv erledigt und 42,6 Millionen Schilling dafür ausgegeben. Leider sind noch 150 Fälle anhängig. Man würde 8 Millionen Schilling brauchen, so beliebt ist diese Aktion und so notwendig ist sie auch, wenn man die einzelnen Förderungsfälle anschaut. Aber immerhin 42,6 Millionen Schilling in diesen Jahren sind kein Pappentitel, und ich stehe nicht an, mich für diese 549 Jungunternehmer hier im Hohen Haus, und zwar bei allen Fraktionen, zu bedanken. Ich möchte mich auch bei den Beamten bedanken, die diese Aktion durchzuführen haben. Es ist nicht sehr einfach. Selbstverständlich darf ich mich auch beim politischen Referenten Landesrat Peltzmann bedanken. Meine Damen und Herren (Beifall) Danke!

Sie haben offenbar ein besonderes Durchsetzungsvermögen als sozialistische Fraktion, denn Sie haben es ja durchgesetzt. Es hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian in einem Fernsehinterview erklärt, Sie hätten sich durchgesetzt, Sie haben über unseren eigenen Antrag ein nach unseren Wünschen gebasteltes Wirtschaftsgesetz bzw. gebastelte Wirtschaftsgesetze durchgebracht, Sie haben uns das abgerungen. Herzlichen Glückwunsch! Aber weil Sie so ein gutes Durchsetzungsvermögen haben, möchte ich Sie um etwas bitten. Würden Sie vielleicht die Freundlichkeit haben und einmal den Herrn Finanzminister im Namen der steirischen Güterbeförderungsunternehmer und ihrer Mitarbeiter ersuchen, und ihn vielleicht auch davon überzeugen, daß diese Straßenverkehrsabgabe, die vor nicht allzulanger Zeit noch Straßenverkehrsförderungsabgabe geheißen hat — welch ein Hohn, Förderungsabgabe! (Abg. Pözl: „Wie die Luxussteuer!“) — daß diese Abgabe doch auf-

gegeben werden muß, zumindest in der derzeitigen Form keineswegs gebracht werden kann, denn unter diesen kleinen und mittleren steirischen Unternehmern befindet sich eine relativ große Gruppe von Transportunternehmern, und diese Gruppe von Transportunternehmern — es sind etwa 1100 an der Zahl — beschäftigen sehr sehr viele Arbeitnehmer. Die gesamten österreichischen Güterbeförderungsunternehmer haben nicht weniger als 18.000 Mitarbeiter. Aber es geht ja nicht nur um diese Mitarbeiter, sondern es geht darüber hinaus um alles, was dahinter steht. Es geht um die exportierende Wirtschaft und gerade um die steirische exportierende Wirtschaft, die ungemein arge Nachteile in Kauf zu nehmen hat durch die wirtschaftsgeografische Randlage der Steiermark. Die Transportwege in das benachbarte und nun einmal im Handel mehr verflochtene westliche Ausland sind eben von der Steiermark aus länger und kostspieliger. Und es ist doch ein Hohn — der Kollege Turek hat heute dieses Beispiel schon gebracht —, daß ein Transport von Graz nach Salzburg mit 200 Prozent vom Frachttarif steuerbelastet wird. Das ist doch völlig unmöglich! (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist Verkehrsluxussteuer. Der Verkehr wird zum Luxus!“) Wenn dieser Transporter leer zurückfährt, zahlt er regelrecht 200 Prozent des Beförderungstarifes an Steuer. Darüber hinaus muß man ja damit rechnen, daß das Ausland, vor allem die EWG hat das schon angekündigt, Retorsionssteuern von den österreichischen Frächtern einheben wird. Und die grenzüberschreitenden österreichischen Frächter fahren eben viel länger und viel weitere Strecken im Ausland als im Inland und das kostet dann sehr, sehr viel Geld, das nicht nur zu Ungunsten der exportierenden Wirtschaft sein wird, sondern natürlich in letzter Konsequenz auch zu Ungunsten der Konsumenten, die das natürlich irgendwie über den Preis bezahlen müssen. Ich glaube, in diesem Punkt ist der Herr Finanzminister wirklich von allen guten Geistern verlassen, was Sie auch meinetwegen als Anspielung auf Ihren OIAG-Generaldirektor nehmen können. Nun komme ich zur verstaatlichten Industrie, und dazu muß ich jetzt im Anhang an den Herrn Präsidenten Ileschitz doch ein paar Worte sagen.

Wir, die ÖVP, bekennen uns zur verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie in der Steiermark. (Abg. Hammer: „Seit wann?“) Seit jeher, ich werde es Ihnen gleich beweisen! Wir haben uns immer dazu bekannt, weil wir die Bedeutung dieser Grundstoffindustrie unseres Landes kennen und auch die Verdienste dieser Industrie, speziell in der ersten Nachkriegszeit. Es ist um den Aufbau Österreichs gegangen, und wir von der ÖVP lassen die österreichische Wirtschaft von Ihnen nicht auseinanderdividieren in eine böse Privatwirtschaft, die keine Ideen hat und die nicht gut arbeitet, und in eine brave verstaatlichte Industrie. Das lassen wir schon aus dem Grund nicht, weil wir wissen, daß die private Wirtschaft Österreichs — ich will das nicht zur Verteufelung der Verstaatlichten sagen, weil ich ihre Verdienste kenne und sehr lange selbst darin gearbeitet habe — eben wesentlich mehr Steuerleistungen erbringt als die verstaatlichte. Viel, viel, viel mehr! (Abg. Preamsberger: „Es sind

ja auch mehr Betriebe!") Na, ich könnte es Ihnen sagen. (Abg. Preamsberger: „Ich bestreite das ja nicht!") Schauen Sie, Herr Kollege Preamsberger, im Jahre 1975 hat die Privatwirtschaft dem Staat 71,7 Milliarden Schilling gezahlt aus Körperschafts-, Gewerbe- und Umsatzsteuer und die verstaatlichte Industrie mit 1,4 Milliarden Schilling nicht einmal 2 Prozent davon. So schauen die wirklichen Zahlen aus, ich wollte es nicht sagen, aber Sie haben mich herausgefordert. (Abg. Pölzl: „Er hat ja nicht zugehört!“ — Abg. Preamsberger: „Mein lieber Pölzl, du bist lustig!“)

Wir lassen auch nicht zu, meine Damen und Herren von der linken Seite, daß Sie immer wieder den Eindruck zu erzeugen versuchen, die OVP würde absolut die private Wirtschaft bevorzugen. Schließlich — und das muß ich Ihnen jetzt auf Ihre Frage von früher sagen — wurden das erste und das zweite Verstaatlichungsgesetz in Zeiten einer OVP-Mehrheit, einer absoluten OVP-Mehrheit im Nationalrat, beschlossen. (Landesrat Peltzmann: „Das haben die schon vergessen!“)

Die Verstaatlichte, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß unser aller Anliegen sein und sie darf wirklich nicht zum Spielball von Machtpolitik und Parteipropaganda gemacht werden. Leider hat man hin und wieder diesen Eindruck. Eine Fundgrube diesbezüglich sind die verschiedenen Jubilarerhrungen zu Barbara, was man da erleben kann, wie der eine Herr dem anderen dankt, wie er ihn mit „lieber Freund“ usw. anredet, da wird den Arbeitern und Angestellten sehr anschaulich in Wort und Bild vorgeführt, wer der eigentliche Herr der verstaatlichten Industrie in Österreich ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Hoffentlich die Eigentümer!“)

So wird das gespielt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es wäre, glaube ich, sehr, sehr zweckmäßig, wenn sich auch Wirtschaftsmanager aus der verstaatlichten Industrie ihrer Seite dazu bequemen würden, öfter den Belegschaften wirklich die Wahrheit zu sagen und nicht Halbwahrheiten zu verbreiten, wie zum Beispiel, und es geht hier um einen Fall, der wirklich sehr ernst ist, im Fall des Erzberges Eisenerz. Noch zu Barbara 1976, genau am 4. Dezember 1976 (Abg. Hammer: „Da war immer Barbara!“) — ich weiß nicht, ob das jeder weiß —, hat man den Eisenerz Bergleuten neue Hoffnungen gemacht und zwar durch den Herrn Generaldirektor Koller. Ich zitiere eine steirische Tageszeitung. Unter der Überschrift „Gegen Brunnenvergifter, der Erzberg hat Zukunft“ steht da drinnen: „Unter dem donnerenden Applaus der 220 jubelnden Bergleute im VOEST-Festsaal in Eisenerz legte Generaldirektor Dr. Herbert Koller ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Zukunft des Eisenerz Bergbaues ab.“ Er hat da wörtlich gesagt: „Der Erzberg bleibt das Fundament für unsere Hüttenbetriebe, wer etwas anderes behauptet, betreibt Brunnenvergiftung.“ Heute weiß man es anders. (Abg. Hammer: „Sagen Sie das dazu, was Generaldirektor Apfalter heuer gesagt hat. Er hat auch heuer wieder den Bestand des Erzberges als gesichert bezeichnet.“) Der Generaldirektor Apfalter ist, Gott sei Dank, soweit ich das beurteilen kann, aus einem

anderen Holz geschnitzt. Er ist realistischer und wohl aufrichtiger.

Heute weiß man eben, daß der Erzbergbau auf dem Erzberg von etwa 4,2 Millionen Tonnen jährlich auf 2,9 Millionen Tonnen zurückgenommen werden soll, und man weiß auch, daß ein Abbau von etwa 3,2 Millionen Tonnen unbedingt erforderlich ist, um die Arbeitsplätze auf dem Erzberg überhaupt halten zu können. Die Kurzarbeit — Umschulung sagt man dazu — ist ja praktisch im Gange, nur sind die Schulungstage zusammengezogen zwischen Weihnachten und Dreikönig. Aber im Februar wird es weitergehen. Es wird noch vier weitere Schulungstage geben.

Ich glaube, es wäre mutiger gewesen, wenn der Herr Generaldirektor Dr. Koller im Vorjahr etwa folgendes gesagt hätte: Wir, der Vorstand der VOEST-Alpine, werden zwar den Erzbergbau, also den Erzabbau, zurückschrauben müssen, weil es eben neue Technologien gibt, weil wir billigere Erze bekommen. Das ist die Wahrheit, das will ich gar nicht hintanhalten, aber wir werden angesichts dieser Weltstahlkrise und dieser Schwierigkeiten versuchen, die Arbeitsplätze so gut es geht, zu halten, wir werden versuchen, soziale Härten zu vermeiden. (Abg. Hammer: „Fragen Sie den Herrn Landeshauptmann, was Generaldirektor Apfalter gesagt hat. Er war dort!“)

Ich habe von Generaldirektor Kollers Rede aus dem Vorjahr gesprochen. Er hat im Vorjahr schon gewußt, was heuer passieren wird, nur gesagt hat man es den Kumpeln nicht. (Abg. Loidl: „Wissen Sie genau, was nächstes Jahr ist?“)

Meine Damen und Herren, die Verantwortung für die Arbeitsplätze in Regionen, die traditionellerweise von der verstaatlichten Industrie bestimmt sind und die von ihrem Wohl und Weh abhängen, wird die VOEST-Alpine nicht abschieben können, und ich glaube auch nicht, daß sie es tun will. Nur ist das eben ein großes Problem. Der Herr Generaldirektor Apfalter hat 4 Milliarden Schilling vom Bund sozusagen als Pflichtleistung des Eigentümers für den Gesamtkonzern verlangt. 4 Milliarden, das ist eine magische Zahl, meine Damen und Herren, denn genau 4 Milliarden Schilling sind der VOEST-Alpine seit der Einführung der Mehrwertsteuer bzw. seit dem Ausfall der Exportvergütung im Jahr 1973 entgangen. Es ist also das Recht eines Generaldirektors, 4 Milliarden Schilling zu verlangen, aber ich glaube, daß es auch das Recht der Privatwirtschaft wäre, bessere Exportbedingungen von der Bundesregierung zu bekommen, denn mit einer Forderung, daß die Privatwirtschaft spezielle Stützungen für den Export bekommen sollte, würde man sich, glaube ich, in Österreich nur lächerlich machen, obwohl wir einsehen, daß der Herr Generaldirektor Apfalter natürlich recht hat, wenn er das vom Staat als Eigentümer verlangt.

Meine Damen und Herren, dieser Generaldirektor Apfalter hat vor wenigen Tagen erklärt, das kommende Jahr 1978 wird für die VOEST-Alpine das schwärzeste seit zweieinhalb Jahrzehnten sein. (Abg. Pölzl: „Das schwärzeste, stellt euch das vor!“)

Die VOEST-Alpine wird also, und das ist eine traurige Geschichte, weiterhin rote Zahlen produ-

zieren. Aber bitte, seien wir doch ehrlich. Hinter den roten Zahlen der VOEST-Alpine steht der Staat und stehen wir alle. Wenn die private Wirtschaft und wenn die kleineren und mittleren Unternehmer rote Zahlen produzieren, steht hinter ihnen der Konkursrichter, nicht der Staat. Das müssen wir uns, glaube ich, immer wieder vor Augen halten.

Trotzdem, uns privaten Unternehmen ist zwar der Zugang zu den Millionen der Arbeitsmarktförderung weitgehend verschlossen, wie auch der ERP-Fonds in den letzten Jahren in sehr hohem Ausmaß von der verstaatlichten Industrie vorwiegend angezapft wird, so daß für die Privatwirtschaft immer weniger übrig bleibt. Und doch freuen wir uns, wenn es gelingt, daß die Arbeitsplätze in Donawitz, in Judenburg, in Eisenerz und wo immer in der verstaatlichten Industrie der Steiermark durch den Einsatz von öffentlichen Geldern gehalten werden können. Wir von der Privatwirtschaft freuen uns ehrlich, denn letztlich profitieren wir auch dadurch, daß diese Arbeitskräfte, die nicht zu hungern und nicht Not zu leiden brauchen, auch bei uns wieder einkaufen. Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Halten wird es nicht reichen. Das wird zu wenig sein. Es wird ein Konzept der Bundesregierung erforderlich sein, das solche Förderungsmaßnahmen setzt wie das Land Steiermark seit Jahren. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der Herr Präsident Gross hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Präs. Gross: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe eigentlich nicht die Absicht gehabt, mich zur Gruppe 7 zu Wort zu melden, aber ich glaube, man muß einige Richtigstellungen hier anbringen, und ich bitte Sie auch, sie als solche aufzufassen. Ich möchte detailliert gar nicht auf die Ausführungen und auf den Stil dieser Ausführungen zum Beispiel des Kollegen Dorfer eingehen, der uns Sozialisten Dinge unterschoben hat, die wirklich nicht den Tatsachen entsprechen. Gesellschaftspolitische Veränderungen und anderes mehr, alles verstaatlichen, der Mensch bedeutet uns nichts mehr, usw. Ich glaube, diese Diskussion würde zu weit führen.

Aber meine Damen und Herren, es wurden hier einige Dinge in den Raum gestellt, wo man einfach etwas dazu sagen muß. Der Kollege Dr. Dorfer hat zum Beispiel auch die Frage der Wirtschaftsförderungsgesetze in der Steiermark erwähnt und ich möchte dazu nur von meiner Warte sagen, wir haben nie bestritten, daß es vor der Beschlußfassung dieser Wirtschaftsförderungsgesetze bereits eine Wirtschaftsförderung, eine relativ gut dotierte, in der Steiermark gegeben hat. (Abg. Pözl: „Vom Ileschitz haben wir etwas anderes gehört!“) Um was es uns dabei gegangen ist, meine Damen und Herren, war, daß bei dieser Wirtschaftsförderung die Mitsprache der Arbeitnehmer nicht verankert war und die haben wir nunmehr erreicht und wir bekennen uns voll dazu. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist wieder eine typische Wortver-

drehung! Es gibt nur ein Anhörungsrecht aber keine Mitsprache, zuständig ist die Landesregierung.“)

Kollege Dr. Dorfer, Ihren Ausführungen müßte man eigentlich entnehmen, obwohl Sie im Verhandlungskomitee sind, daß Sie jetzt noch immer nicht viel Freude mit diesen Gesetzen haben. Das spricht anscheinend hier aus Ihrer Seele. Sie haben außerdem Dinge hier in den Raum gestellt, die absolut unrichtig sind, auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht. Sie haben zum Beispiel die Vermögensbildung in der Arbeitnehmerhand angesprochen und haben den Kollegen Dr. Lachs zitiert, der gar nicht mehr beim OGB tätig ist, und haben das Modell der ÖVP gegenübergestellt. Hier darf ich Ihnen sagen, daß es einen einstimmigen Beschluß des Bundeskongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes über die Vorgangsweise „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ gibt, und da haben Ihre Kollegen von Ihrer Fraktion mit uns gestimmt. Uns trennen also nicht solche Welten, wie Sie hier versuchen, sie aufzuzeigen. Sie reden von der Jugendarbeitslosigkeit und sagen „Gott sei Dank“, wir haben sie noch nicht!“ Das geschieht alles immer ein bißchen unterschwellig, und ich habe dazu gesagt „Ja, das haben Sie uns bereits vor zwei Jahren mit Plakaten angekündigt und jetzt kommt also die Jugendarbeitslosigkeit.“ Ich sage, meine Damen und Herren, Gott sei Dank, in unser aller Verantwortung ist es gelegen, wir haben sie bis heute von Österreich fernhalten können. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Eichinger: „Das ist wieder eine Verdrehung!“)

Und wenn Sie immer die Bundesregierung zitieren, Kollege Eichinger, dann möchte ich dazu sagen: Bleiben wir beim Thema Jugendarbeitslosigkeit. Das Schlimme daran, wenn Sie uns die Bundesrepublik Deutschland als Vorbild hinstellen — um nur einen Themenkreis herauszugreifen —, ist doch, daß bei der Zahl von mehr als einer Million Arbeitslosen 400.000 junge Menschen sich darunter befinden, und dann fragt man sich, wohin führt dieser Weg, wo kommen radikale Kräfte her? Alles wird dann in den Raum gestellt. Dort finden sie Nährboden, wenn wir ihnen nicht Arbeit in unserem Land verschaffen. Das sage ich Ihnen. (Abg. Pözl: „Zum Beispiel die Terroristen!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Sie gehen an der Sache vorbei!“ — Abg. Pözl: „Das sind die Linksozialen, die Jusos!“)

Meine Damen und Herren, ich möchte vielleicht noch zum Abgabenänderungsgesetz ein paar Feststellungen treffen. Da muß ich sagen, hier wird also ein relativ hohes politisches Spiel getrieben. Wir wissen alle um die Schwierigkeiten, in denen wir uns allgemein befinden. Nicht durch uns verursacht, sondern durch eine weltweite Krise, die von Wirtschaftsfachleuten bereits mit der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre verglichen wird. (Abg. Pözl: „Mit diesem Schmah nehmt ihr uns schon drei Jahre!“)

Und jetzt, meine Damen und Herren, wenn die Bundesregierung darangeht, Maßnahmen zu setzen, um entsprechende finanzielle Mittel zur Sicherung der Arbeitsplätze freizubekommen, und versucht, die Zahlungsbilanz zu stabilisieren. (Abg. Dr. Dorfer: „Zum Löcherstopfen, aber nicht für die Siche-

rung der Arbeitsplätze! Was geschieht mit diesen Mitteln? Kein einziger Arbeitsplatz wird damit geschaffen!") Dann, Kollege Dr. Dorfer, sagt Ihr Klubobmann im Parlament; der Herr Professor Koren, alle Maßnahmen, die Sie treffen, sind unzureichend. Ja, wenn es nach ihm ginge, müßten wir die Menschen anscheinend noch mehr belasten in diesem Land, weil es reicht ja nicht aus, was wir tun.

Aber, Kollege Dr. Dorfer, mehr Verantwortungsbewußtsein als hier im politischen Spiel getrieben wird, muß ich wieder sagen — nicht, weil ich Gewerkschafter bin —, haben die Gewerkschafter in dieser Situation bewiesen und glauben Sie, aus purer Freundschaft zu unserer Partei oder der sozialistischen Fraktion haben die christlichen Gewerkschafter nicht einer Resolution zugestimmt, wo dieses Gesetz gutgeheißen worden ist, weil sie sich einfach wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht verschließen konnten und das für sie noch immer im Vordergrund vor Parteipolitik steht. (Beifall bei der SPO. — Abg. Pözl: „Euer Fehler ist, daß ihr Gewerkschaft und SPO in einem Topf umrührt. Daran werdet Ihr noch scheitern!“)

Meine Damen und Herren, vielleicht noch ein paar Bemerkungen zu den Schulungsmaßnahmen. Der Herr Kollege Kollmann hat erklärt, Schulungsmaßnahmen finden statt, werden weiter fortgesetzt, so bis Februar, März hinein, wird das alles laufen. Meine Damen und Herren, ich sage auch hier sehr deutlich, wir wissen von diesen Dingen. Vielleicht, Kollege Kollmann, dauern sie sogar sechs Monate, vielleicht wird es notwendig sein, sogar Kurzarbeit einzuführen (Abg. Kollmann: „Das habe ich gesagt!“), aber ich sage Ihnen, diese Regierung wird alles tun, um die Menschen nicht auf die Straße zu stellen. Jeder andere Weg ist uns lieber! (Beifall bei der SPO.)

Und wenn Sie hier sagen, die Gelder der Arbeitsmarktverwaltung sind nur für die verstaatlichte Industrie hier, Kollege Kollmann, ich sitze im strukturpolitischen Beirat des Landesarbeitsamtes, 200 Millionen Schilling sind im Jahre 1977 vergeben worden. (Abg. Kollmann: „Das habe ich nicht gesagt!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das hat er nie gesagt!“) Sie haben gesagt „vorwiegend“ und „die Privatwirtschaft ist anscheinend ein wenig ein Stiefkind“. Dann darf ich Ihnen sagen, von diesen 200 Millionen Schilling hat zu 90 Prozent alles die private Wirtschaft hier in der Steiermark erhalten. Also versuchen Sie auch nicht hier solche Andeutungen zu machen.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, ist hier etwas festgestellt worden. Ich zitiere jetzt wörtlich: „Schuld an den Folgen dieser Wirtschaftspolitik ist die Bundesregierung!“ (Abg. Pözl: „Die rote!“) Meine Damen und Herren, wenn bei den Folgen dieser Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gemeint ist, daß wir ein Höchstmaß an Beschäftigung haben, daß wir eine der niedrigsten Inflationsraten haben, daß wir eine Hartwährungspolitik und einen stabilen Schilling haben (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eine großartige Verdrehung!“), dann bekennen wir uns als Sozialisten gerne zu einem solchen anscheinenden Versagen einer sozialistischen Regierung. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Marczik. Ich erteile es ihm.

Abg. Marczik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Auch ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, mich hier zu melden, aber ich glaube, es sind einige Dinge unter dem Kapitel „Wirtschaft“ gesagt worden und vor allem im Zusammenhang mit der Industrie, die mich ebenso veranlassen wie den verehrten Vorredner, den Herrn Präsidenten Gross, doch einiges dazu zu sagen.

Ich habe in den letzten Jahren, meine Damen und Herren, vor allem und vorwiegend zur Situation der verstaatlichten Industrie in der Region Aichfeld—Murboden gesprochen und ich möchte auch heute einiges dazu sagen, allerdings ergänzend auch zu dem, was meine Vorredner gesagt haben.

Meine sehr verehrten Freunde, ich kann mir eine lange Einleitung ersparen, wir alle miteinander wissen, was die Grundlagen und die Ursachen für diese Lage sind, in der sich heute unsere Industrie befindet. Wir wissen, daß es vor allem der Kostendruck ist, wir wissen, daß es weltweit eine unerbittliche Konkurrenz ist. Es ist ja unglaublich, wenn man sich vorstellt, daß sogar Korea Edelstahl in Europa anbietet, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sind also Dinge, die sicher nicht auf die leichte Schulter zu nehmen sind.

Es ist auch, meine Damen und Herren, die Labilität der Währungsparitäten; gerade in den letzten Stunden, möchte ich sagen, hat sich hier wieder einiges verschoben, was wir — glaube ich — gerade im Hinblick auf unseren Export sehr, sehr ernst nehmen müssen. Wir haben aber darüber hinaus, bitte schön, auch das möchte ich sagen, natürlich auch ein bißchen mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß gerade im Zuge all dieser Ereignisse die Exportrückvergütung vor über einem Jahr weggefallen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich kurz allgemein noch eines sagen. Ich bin allerdings der Überzeugung, daß jedwede Politik, von wem immer sie in diesem Staat betrieben wird, zur Sicherung der Arbeitsplätze primär die Investitionen nicht nur hinsichtlich der Arbeitsplätze selbst zu sehen hat, sondern vor allem Investitionen im Zuge der Aktivitäten zur Gewinnung neuer Absatzmärkte zu leisten sind. Ich glaube, Sie verstehen mich. Ich würde sagen, sowohl das eine als auch das andere, Herr Präsident. Das ist, glaube ich, sehr, sehr notwendig. Wenn das nicht geschieht, würden wir also einbeinig dastehen, und ich glaube, meine Damen und Herren, mit allen, die sich mit der Verstaatlichten befassen, d'accord zu sein, daß das halt primär notwendig ist.

Ich darf darüber hinaus natürlich kurz auch sagen, daß es uns nicht gerade wohl, sondern sehr weh tut, daß nun auch die Massenstahlhersteller, gerade was unsere VEW anlangt, sehr tief in den Edelmetallbereich eindringen. Auch das, meine Damen und Herren, ist eine Tatsache, mit der wir halt nun rechnen müssen. Das ist nicht sehr einfach.

Ich möchte aber nun doch etwas sagen und, Herr Präsident Ileschitz, bei allem Respekt vor Ihrem hohen Amt und auch vor Ihnen, was Sie heute hier ausgeführt haben, und ich möchte es mir wirklich nicht so billig machen, daß ich da hier einen gegen den anderen ausspiele, sondern ich persönlich bin aufgrund der Erfahrungen der Auffassung, daß, ob es der Präsident Gross ist, der Kollege Loidl, der Prensberger oder der Karrer — alle die Leute, die hier aus der Verstaatlichten kommen oder mit dieser sehr viel zu tun haben — sie es sich doch vielleicht nicht so leicht machen würden, wie ihre Ausführungen, die sie heute zum Teil hier gebracht haben. Ich weiß nicht, bitte um Entschuldigung, wer Ihnen heuer das Manuskript geschrieben hat, aber ich muß Ihnen schon sagen, das, was Sie hier gesagt haben, bitte schön, Herr Präsident, das hat zumindest bei mir die Reizschwelle überschritten. So kann man nicht argumentieren. Das muß ich Ihnen sagen, das erscheint mir doch etwas zu oberflächlich. Ganz klipp und klar.

Und nun ganz konkret. Sie haben gesagt, Herr Präsident Ileschitz, ich werde mich nicht allzu lange befassen, nur einige Erwiderungen seien mir gestattet. Sie haben gesagt, das Land Steiermark tue viel zu wenig für die Verstaatlichte. (Einige unverständliche Zwischenrufe.) Das ist mir sehr ernst.

Herr Präsident, wenn Sie das sagen, dann darf ich doch dazu bemerken, daß primär, wo immer sich diese Dinge ereignen, der Eigentümer zuständig ist, um die Dinge in Ordnung zu halten. Eigentümer der verstaatlichten Industrie, das brauche ich Ihnen als einem alten Kämpfer ja nicht zu sagen, ist halt nun einmal der Staat und nicht das Land Steiermark. Ich möchte Ihnen aber sagen, wir haben ungeheuer viel geleistet. Zum Beispiel auf dem Sektor Wohnbau. Das wissen Sie sehr wohl. Wir haben ungeheuer viel geleistet, um die Infrastruktur gerade in den Gebieten der verstaatlichten Industrie zum Wohle der dort Ansässigen und dort Bediensteten, zu verbessern. Wir tun das unaufhörlich, das ist, glaube ich, unbestritten. Wenn Sie sich gerade Aichfeld—Murboden anschauen, wie dort ebenfalls mit Unterstützung des Landes etwa das Ledigenheim, das Lehrlingsheim errichtet wurde, ja verehrter Herr Präsident, Sie haben das doch mitgemacht, Sie haben es doch erlebt. Und da stellen Sie sich her und sagen, die Steiermark hat nichts gemacht. Ja, meine Damen und Herren, so kann man das, glaube ich, nicht machen, das ist einfach nicht richtig.

Ich möchte Ihnen des weiteren noch etwas sagen und hier muß ich auch den Herrn Präsidenten Gross in diesen einen Fall einbeziehen. Herr Präsident, Sie haben gesagt, es gäbe keine Jugendarbeitslosigkeit. Ich möchte mich nicht lange aufhalten. Ich muß sagen, ich nehme aber auch diese Dinge sehr ernst. Dann muß man es halt anders formulieren, wenn Sie eine andere Formulierung haben wollen, dann gibt es eben eine beachtliche Anzahl von Jugendlichen, die keine Arbeit haben. (Präs. Gross: „Ich habe gesagt, eine Arbeit, wie wir Sie gerne hätten!“) Das kann man so auch nennen. Ich darf Ihnen sagen, zu Ihren Kollegen genauso wie zu uns kommen tagtäglich Vorsprechende. Ich gebe schon

zu, daß die Mehrzahl Mädchen sind. Ich gebe das gerne zu, aber es sind auch Burschen darunter. Tagtäglich. Zu Ihnen genauso, die kommen und bitten und sagen: „Helfen Sie mir!“ (Abg. Dr. Dorfer: „Wir werden die nächsten zu Ihnen schicken. Sie haben keine Arbeit und gelten nicht als arbeitslos, weil sie noch nicht in der Statistik drinnen sind!“) Stimmt das? Danke vielmals. (Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Dann brauche ich mich nicht länger anzustrengen, wenn diese Dinge so gesehen, zugegeben werden. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Lieber Kollege Dorfer, ich würde dich höflichst bitten, vielleicht darf ich weitermachen, sonst kommen wir nicht zusammen, und der Herr Präsident Feldgrill, unser verehrter Freund, schaut mich schon ganz böse an, aber die Zeit wird mir nicht angerechnet.

Ich möchte ganz kurz noch folgendes sagen: Die Situation, die wir ebenfalls, glaube ich, zu bewältigen haben, ist ein gewisses Umdenken, meine sehr verehrten Damen und Herren, und zwar in der Form, daß wir natürlich da und dort seitens des Staates ganz einfach unsere Stahlindustrie unterstützen werden müssen. Ich habe das schon öfter hier gesagt. Ich sage es heute mit allem Ernst, wenn Sie sich zum Beispiel Schweden anschauen, wo in Udeholm zum Beispiel allein 600 Millionen Schwedenkronen, — meine Damen und Herren, das sind nach unserer Währung 2 Milliarden Schilling —, dort nur zur Stützung gegeben werden, damit sie überleben können. Wenn Sie sich die zwei größten italienischen Werke anschauen. Das heißt, ich bin absolut nicht dafür, daß man alles und jedes ununterbrochen subventioniert, aber die Lage ist zu ernst. Wenn wir überleben wollen, müssen wir einige Dinge eben in Angriff nehmen.

Ich darf nun zum Schluß aber doch eines sagen Kollege Zoisl, du warst immer ein stiller, bitte schön um Entschuldigung, ich will nicht qualifizieren, nur sagen ein stiller und treuer Mitkämpfer in der Frage der Kohle. Auch sei mir, bitte sehr, sehr wohl gestattet, meine eigenen Ansichten zu haben. Ich möchte nur eines sagen: Hier kann man es sich nicht so billig machen, wie der Herr Bundeskanzler auf dem Parteitag der SPO, daß alles, was in Frage gestellt oder nicht sofort akzeptiert wird, so quasi als Kommunisten hingestellt wird. Da ist er falsch informiert! So kann man es nicht machen!

Ich sage Ihnen, ich habe bis zum heutigen Tag, und das ist nicht von uns Politikern gekommen, nie gehört, daß das von uns erbetene Untersuchungskonzept bezüglich einer Weiterführung des Karl-August-Schachtes jemals ernsthaft geprüft wurde. Ich darf Ihnen sagen, es hätte uns hier wesentliche Schwierigkeiten erspart. Ich halte überhaupt das Vorziehen der Schließungstermine, jetzt das 46iger Revier und im Frühjahr die anderen beiden, für eher sehr, sehr problematisch. Kurz möchte ich dazu nur eines sagen: Ich bitte alle Verantwortlichen, zu bedenken, sie brauchen ja nach Adam Riese das zusammenzuzählen. Mit heutigem Tag sind 843 Kumpel im Bergwerk drinnen. Am Tag des Schließungsantrages waren es 1011. Wenn Sie rechnen, es gelingt tatsächlich 500 zu Eumig zu bringen, was mich freuen würde, weil der Betrieb

dort ist. Ich möchte nur eines dazu sagen: Hier hat sich ja auch etwas abgespielt am Tag der Jubilarehrung. Ich bin sehr froh, wenn ich dabei sein darf, mir gefällt es recht gut. Nur ist es dort so dargestellt worden, als hätte nur Dr. Kreisky dieses Eumig-Projekt gebracht. Die Wahrheit ist vielmehr, daß hier in Zusammenarbeit Land und Bund (Abg. Erhart: „Der Landeshauptmann war auch dabei. Er hätte es sagen können!“) — das ist wörtlich gesagt worden.

Herr Kollege Erhart, das ist jetzt ein Topfen, was du sagst, bitte um Entschuldigung. Es kann doch nicht der Landeshauptmann hergehen und sagen, reden Sie nicht weiter, ich war es. Ich sage es hier für den Landeshauptmann, daß die Steiermark und der Landeshauptmann an der Spitze alles unternommen haben, um mit Eumig ins klare zu kommen. (Beifall bei der ÖVP.) (Abg. Erhart: „Der Landeshauptmann hat das unwidersprochen gelassen!“) Kollege Erhart, diese Schwarzweißmalerei tut nicht gut, die anderen Herren machen es nicht. Ich kann dir nur raten, tue desgleichen.

Und jetzt bitte eines. Es sind 500, wenn Sie Eumig rechnen, und wenn Sie rechnen, daß die Investitionen rechtzeitig eintreffen, ich war heute bei der Jubilarehrung, der Herr Landesrat Gruber war auch dabei in Zeltweg.

Es wurde dort gesagt, das wird in Ordnung gehen. Wenn das vorgezogen wird, dieses Investitionsprogramm, nämlich die 200 Millionen Schilling, Herr Präsident, wenn die tatsächlich hinkommen, wären es 700. Ich bitte nur sehr, auch an die Verbleibenden zu denken, nach Adam Riese sind es 143, viele haben sich ja verlaufen, weil sie gar nicht gerechnet haben, daß sie überhaupt einen Platz bekommen, die haben die Abfertigung genommen und sind gegangen. Das weiß auch ein jeder. Die Verbleibenden sind jene Jahrgänge, die gerade 50 Jahre oder ein bißchen darüber sind, in der Differenz bis 55. Für die, bitte schön, ist noch nicht vorgesorgt. Ich möchte sehr herzlich bitten, da muß etwas geschehen. (Abg. Ileschitz: „Das werden wir auch noch machen!“ — Abg. Zoisl: „40.000!“)

Noch nicht. Die kommen fragen, lieber Kollege Zoisl, das stimmt nicht, die haben nichts. Die kommen fragen und sagen, was geschieht mit uns? Zu dir kommen sie nicht hinunter, denn so weit fahren sie nicht. Die fragen uns. (Einige unverständliche Zwischenrufe.)

Bist eh brav, aber das Problem ist nicht gelöst. Auch der Herr Kollege Erhart hat ja hier bei der Frage sicher gut gemeint gesagt, wir sind stolz, daß Fohnsdorf gelöst ist. Lieber Freund, ich würde mit dem Stolzsein etwas vorsichtiger sein, das kann ich dir sagen.

Nun zum Schluß aber noch einige Worte zur VEW-Styria, sonst bekomme ich Schimpf. Meine sehr Verehrten, hier ist die Lage sehr, sehr ernst. Seit der Jubilarehrung vor einer Woche wissen wir nun definitiv, bitte schön, wir haben es schon lange geahnt, daß hier unter dem Grundsatz, man könne bei der Fusionierung, das stimmt ja an sich, nicht nur administrativ und kaufmännisch etwas ändern, man müsse auch strukturell etwas ändern. Und da hat man uns nun mitgeteilt und gesagt, nun liebe

Judenburger, jetzt wird euer Stahlwerk geschlossen. Der Generaldirektor hat es dort verkündet, die Freude war eher gering, wenn ich mich sehr vorsichtig ausdrücke. Und sie ist in den letzten Tagen noch viel geringer geworden. (LR. Gruber: „In Zeltweg auch?“) Wenn Sie vor mir etwas hören wollen, dann sage ich Ihnen, bisher wurde überall nur reduziert. Immer weniger, weniger Arbeitsplätze statt mehr, weniger Wirtschaftskraft statt mehr. Ich darf daher als Judenburger Abgeordneter mit aller Deutlichkeit, meine Damen und Herren, Sie bitten, mitzuhelfen, so wie jedes Jahr, Sie haben in manchem mitgeholfen, daß das Stahlwerk bleibt.

Sollte das strukturell nicht möglich sein, dann bitte schön, vorher das Federnwerk ausbauen, vorher das Walzwerk ausbauen, vorher andere Produktionen hinbringen und nicht sagen, 163 werden in die einzelnen Betriebe überstellt, 136 werden im Laufe von fünf Jahren aufgesaugt, die verschwinden sowieso und dann werden wir in der zweiten Phase schon schauen, was kommt. So bitte sehr nicht, meine sehr Verehrten! Da haben wir bittere Erfahrung! Das kann man nicht machen! Das muß jetzt geregelt werden. Ich habe gerade erfahren, daß sich heute in einer Betriebsversammlung die Belegschaftsvertreter mit diesem Problem befaßt haben. Ich kann Ihnen nur sagen, über alle politischen Farben hinaus stehen wir hier zu den Dingen, und zwar ohne Unterschied des Couleurs, was natürlich die Betriebsvertreter in erster Linie betrifft, was diese hier als Alternative vorgeschlagen haben, gar keine Frage.

Zum Abschluß sage ich Ihnen, die Zahlen können gar nicht stimmen, denn wenn dieses Stahlwerk geschlossen wird, dann würde das das Preßwerk betreffen, die Schmiede, als erstes die Viererstrecke — das weiß jeder, der damit zu tun hat. Also bitte schön, da so ins Blaue herumzurechnen ist einfach ein Unsinn. Ich sage Ihnen das. (Landesrat Gruber: „Kollege Matschek, da werden wir das nicht lösen!“)

Ich heiße Marczik, Herr Landesrat. Ich sage zu Ihnen auch Gruber und nicht Grubschka.

Ja, der Herr Landesrat hat recht, ich gebe ihm sogar recht, hier werden wir das nicht lösen. Ich habe das in Form einer Bitte vorgebracht, Herr Landesrat, und das, bitte schön, ist nicht nur meine Pflicht, sondern das tue ich aus ganzem Herzen, nachdem mein Vater selber Gußstahlwerker war. Damit die Dinge klar sind. Sie sind bei Böhler halt auch ein bißchen weiter weg als wir oben.

Zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich aber trotzdem sagen: Ich glaube, wir können gemeinsam, trotz der Schwierigkeiten, die wir derzeit haben, doch auch mit ein bißchen Optimismus trotz allem in die Zukunft blicken. Ich glaube, daß die Ideen, die unsere Leute haben — die Ingenieure, die Arbeiter —, daß die Kraft, die sie für ihre Betriebe und für das Allgemeinwohl einsetzen, im Rahmen der gesamten Wirtschaft und in der Zusammenarbeit keine Einbahn sein kann, und da gebe ich dem Kollegen Dorfer recht, man kann nicht von uns das verlangen und dort das nicht tun.

In diesem Sinne der Gemeinsamkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren — und nur so können

die Probleme gelöst werden, sonst überhaupt nicht — möchte ich Sie abschließend noch einmal bitten, trotz der von mir getroffenen Richtigstellungen, auf die ich stolz bin, weil das kann man nicht im Raum stehen lassen, mitzuhelfen, liebe Freunde, daß wir in dieser Region oben nicht nur keinen Industriefriedhof kriegen — wie der Erhart einmal gesagt hat — sondern ich wiederhole es noch einmal, auch kein Industriekrankenhaus. Wir wollen gesund bleiben, wir wollen expandieren und nicht schrumpfen. In diesem Sinne möchte ich sagen: Glück auf auch für das kommende Jahr! Danke! (Beifall bei der ÖVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile es ihm.

Abg. Brandl: Höher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wundere mich manchmal etwas über die Art und über den Ton, der hier angeschlagen wird. Aber das muß jeder einzelne mit sich selbst ausmachen, wenn er glaubt, mit Grobheiten Probleme lösen zu können. Meine Art ist es nicht. (Abg. Dr. Eichinger: „Unsere auch nicht!“ — Beifall bei der SPÖ.)

Herr Abgeordneter Dr. Dorfer hat 20 Minuten seiner 24-minütigen Rede — ich habe genau auf die Uhr geschaut — darauf angewendet, daß er die Bundesregierung angegriffen, daß er alle Maßnahmen der Bundesregierung verteufelt hat, daß er uns in diesen 20 Minuten weismachen wollte, wie schlecht es den Österreichern durch die derzeitige sozialdemokratische Bundesregierung geht. (Abg. Doktor Dorfer: „Das ist genau ihr Ziel, immer mehr Betriebe aushungern!“)

Meine Damen und Herren, ich habe vor mir eine Übersicht über die Wirtschaftsförderung für Handel, Gewerbe und Industrie sowohl vom Bund als auch vom Land, entnommen aus dem Bundesfinanzgesetz einerseits und aus den Landesvoranschlägen andererseits, für die Vergleichsjahre 1967 — 1977.

Im Jahre 1967 wurden vom Bund im Kapitel 63, Handel, Gewerbe und Industrie einschließlich Fremdenverkehr, 226,924.000 Schilling aufgewendet. Im Jahre 1977 unter dem gleichen Kapitel 63 wiederum für Handel, Gewerbe und Industrie einschließlich Fremdenverkehr 829,159.000 Schilling. (Landesrat Peltzmann: „Das ist ein Schmä!“) Meine Damen und Herren, das ist eine Steigerung — Tatsachen sind bei ihm immer ein Schmä, das hören wir öfter — um 360 Prozent. Wenn ich also jetzt unter den gleichen Kapiteln die Voranschlagsziffern — das ist kein Vorwurf, das ist nur eine Feststellung — des Landes Steiermark gegenüberstelle, dann waren es 1967 zusammengezogen in diesen Bereichen 152,990.000 Schilling und im Jahre 1977, wiederum auf Grund des Voranschlages, 239,905.000 Schilling. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß diese Zahlen eine deutlichere Sprache sprechen als lange, demagogische Reden. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Abgeordnete Pörtl. Ich erteile es ihm.

Abg. Pörtl: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Brandl hat zuletzt das Wort Demagogie im letzten Satz gehabt und ich möchte also tatsächlich als solider kleiner Bauer zu Wirtschaftsfragen Stellung nehmen, weil ich der Meinung bin, daß Demagogie und Polemik auf keinen Fall wirtschaftliche Probleme lösen. Es gehört immer mehr der gesunde Hausverstand dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren (Allgemeiner Beifall. — Abg. Dr. Dorfer: „Kollege Marczik, zuhören!“), daß wir die Grundlagen für Vollbeschäftigung — meine Damen und Herren, ich lasse mich von dieser Aussage nicht abbringen — nicht aus dem Gesichtsbereich verlieren.

Eine gesunde Wirtschaft braucht Vollbeschäftigung und Arbeitsplatzsicherung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da wird die Frage bereits etwas komplizierter. Wir müssen einfach in den Raum stellen, daß wirtschaften eigentlich heißt, für die Zukunft vorsorgen, langfristige Konzepte entwickeln, Grundlagen auf den Tisch legen, die eine gute Politik letztlich auszeichnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wirtschaften heißt, einfach Einnahmen und Ausgaben so zu gestalten, daß das Notwendige, das Nützliche und das Angenehme möglich ist. Wenn wir über die Verhältnisse leben, machen wir Schulden und diese müssen wir bezahlen, wenn wir nicht durch diese Schulden einen Vorteil in der gegenwärtigen Einkommensbildung ziehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese echten Voraussetzungen sind aber tatsächlich in Frage gestellt, wenn wir als Plattform für unsere Wirtschaft einfach eine hohe Staatsverschuldung, eine Inflation, letzten Endes ein Budgetdefizit und auch einen ganz enormen Steuerdruck haben. Wenn wir im Bereiche der Wirtschaft die Initiative anregen wollen, so ist es unumgänglich, daß wir eben diese anregenden Mittel nicht außer acht lassen. Die Wirtschaftsförderung in der Steiermark hat aber ganz speziell jene Bereiche gefördert und unterstützt, die gerade in den Zeiten der Konjunkturflaute eigentlich die selbstständigen Problemlöser waren. Diese selbstständigen Problemlöser leben auch in den ländlichen Regionen. Wir haben unsere Nebenerwerbslandwirte, die solche selbstständigen Problemlöser sind, genauso wie im Bereich der Wirtschaft, der kleinstrukturierte Betrieb.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen daher auch verstärkt in diesen ländlichen Gebieten, in diesen strukturarmen Gebieten, diese Förderung einsetzen. Es gibt auch Problemgebiete, Herr Präsident Illeschitz, im obersteirischen Raum. Ich habe von diesem Raum eigentlich von Ihnen nichts gehört. Wir müssen daher auch denken, daß Bauern, die ihren Hof verlassen und ein zusätzliches Einkommen brauchen, in der gleichen Situation sind wie der Bergarbeiter in Fohnsdorf. Diese Meinung möchte ich auch in den Raum stellen.

Wir haben von 1967 bis 1976 1,5 Milliarden Schilling als Förderung vom Land erhalten und wir brauchen diese Förderung vor allem ganz speziell für diese Gebiete, die ich vorher genannt habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte abschließen, weil die Zeit drängt, und es

bessere Spezialisten gibt, nach dem gesunden Hausverstand diese Linie verfolgen müssen, weil wir vor allem auf weite Sicht jene Reserven brauchen, die eigentlich dieses moderne Industriezeitalter in Zukunft immer mehr brauchen wird, die ländlichen Räume, die eigentlich keine Wegwerfmentalität haben, haben solide Menschen, die eine ganz natürliche Beziehung zu den Dingen, zur Technik, zur Natur und auch zu den Menschen haben. Wir erhalten diese natürlichen Umweltbedingungen, diese zukünftigen Erholungsräume nur, wenn eine aktive Wirtschaftsförderung die Basis dafür gibt. Es sind diese Ansätze, die wir in diesem Landesvoranschlag haben, mit die besten Zukunftsinvestitionen, die wir überhaupt haben und ich möchte daher in diesem Sinne auch diese Gedankengänge zum Schluß dieser Wirtschaftsdebatte in den Raum stellen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich erteile es ihm.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Dorfer hat eingangs festgestellt, daß das Jahr 1977 in die Geschichte eingehen würde, weil die Wirtschaftsgesetze, das Mittelstandsförderungsgesetz und das Industrieförderungsgesetz, beschlossen wurden. Ich unterstreiche das. Er hat nur dann gemeint, daß es einen Vaterschaftsprozeß gäbe und hat geglaubt, daß das, was ich am Parteitag gesagt habe, nicht der Tatsache entspreche.

Ich werde Ihnen daher jetzt die Chronologie eines Gesetzes anhand von Unterlagen, die hier vorliegen beweisen und ich überlasse es Ihnen dann, ob Sie es weiterhin bestreiten oder nicht.

Wir haben bei den Parteienverhandlungen zur Konstituierung des Landtages im Jahre 1970 — das ist das Protokoll der 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages der VII. Periode vom 14. Mai 1970, — gefordert, daß ein Wirtschaftsbeirat eingesetzt werden müsse zur Erarbeitung von Grundlagen für die Wirtschaftsförderung, für die Betriebsansiedlung, und daß dieser aus Fachleuten, Wissenschaftlern und den Gewerkschaftern bestehen sollte.

Diese Forderung von uns wurde damals nicht einmal angenommen. Ich habe daher hier im Hohen Hause darüber gesprochen, habe berichtet, daß man nicht einmal bereit war, dieses Arbeitspapier anzunehmen. Dort habe ich gefordert, daß die Wohnbauförderungsmittel nach Schwerpunkten eingesetzt werden, daß die Mittel auf der B 67 für den Bundesstraßenbau konzentriert werden usw. Wir haben dann immer wieder versucht, klarzulegen und haben die Öffentlichkeit auch aufmerksam gemacht, daß wir doch der Meinung sind, daß wir das brauchen.

Vor mir liegt ein Brief des seinerzeitigen Präsidenten der Arbeiterkammer, Eduard Schwarz, der dem Herrn Landeshauptmann Niederl am 21. 11. 1975 geschrieben hat und worin er die Auffassung wieder urgiert hat, daß die Arbeitnehmer ein sittliches Recht darauf hätten, bei der Vergabe dieser Mittel mitzuwirken. Auf diesem Brief heißt es als Antwort

schlicht und einfach, daß es nicht notwendig sei, weil man ohnedies — wie es hier heißt und man würde dies im verstärkten Maße tun — in der Zukunft Kontakte durch die Anhörung von Abgeordneten im Landtag, die in der Interessensvertretung verankert sind, pflegen werde. Es bleibt also überlassen wenn man geneigt ist zu fragen; Akt zwei.

Dritter Akt: Protokoll 20. Oktober 1976, dringliche Anfrage der Sozialisten an den Landeshauptmann, ob er bereit ist, dafür einzutreten, daß ein solches Gesetz kommen sollte. Diese dringliche Anfrage wurde nach einer heftigen Debatte von Ihnen niedergestimmt.

Akt 4: Als wir dann das Gesetz doch gemacht haben, weil es in allen Betrieben gefordert wurde, weil im OGB, in der Kammer, in den Betrieben darüber diskutiert wurde, konnten wir einen Konsens finden, dieses Gesetz zu formulieren. Die Öffentlichkeit war mobilisiert.

Es spricht für den Kollegen Peltzmann und für seine offene Art, ich möchte ihm da an seinem Geburtstag eine Freude machen, daß er selbst, noch als das Gesetz fertig war, erklärt hat: „Wenn ich sagen würde, ich bin froh, daß dieses Gesetz gemacht wurde, dann würde ich mit gezinkten Karten spielen, wenn es nach mir gegangen wäre, hätte ich nie ein solches Gesetz beschlossen.“

Letzter Akt: Als das Gesetz beschlossen war, kam eine große Flugschrift der ÖVP heraus, auf der steht: „Wir sichern das Mitspracherecht der Arbeiter und die Initiativen gehen von der ÖVP aus;“ mit den Bildern aller Herren, soweit sie hier vertreten sind und heute geredet haben. (Abg. Dr. Dorfer: „Wer ist die Mehrheit, die dieses Gesetz beschlossen hat?“) Das ist die Chronologie eines Gesetzes, die Sie sicherlich mit ihrer Mehrheit mit uns beschlossen haben aber unter dem Druck der Öffentlichkeit — (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn wir den Stil hätten wie der Bund, hätten wir beschließen können, was wir wollen! Wer hat denn das Gesetz beantragt?“) wobei Sie zuerst sagen, Sie sind dagegen und jetzt sagen sie, Sie haben die Initiative ergriffen und reden vom Vaterschaftsprozeß. So schauen die Dinge aus, meine Damen und Herren. (Landesrat Gruber: „Nicht nervös werden!“ — Mehrere unverständliche Zwischenrufe.)

Der Herr Kollege Dorfer meinte weiter, die Bundesregierung redet von Wirtschaftsförderung, sie hat ja kein Geld. Meine Damen und Herren, auch im Lande werden wir jede Förderung, die wir vornehmen, durch Darlehen bedecken müssen. Nicht anders wie in der Bundesregierung. Warum wird davon nicht gesprochen, meine Damen und Herren? Wir sind uns alle einig, daß alle Möglichkeiten aktiviert werden müssen, auch um den Preis der Darlehensaufnahme, wenn es darum geht, die Arbeitsplätze zu erhalten oder Arbeitsplätze zu schaffen. Warum also dieses Theater mit der Bundesregierung? (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Dorfer: „Wo ist die Relation?“)

Wenn Sie weiters gemeint haben, meine Damen und Herren, und hier wiederum der Herr Kollege Dorfer, das Ziel der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik sei ja nichts anderes wie die Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftslenkung. Das ist ein

Lied, das schon vor ihrer Zeit gesungen wurde, hier in diesem Hohen Hause, als wir 1968 gesagt haben, man muß planen, man muß die Wirtschaft fördern, da hat es geheißt, ihr Sozialisten seid plangläubig, das ist ja kommunistisch, dann hat man von der Planifikation geredet, bis man sich letztlich doch dazu entschlossen hat und sogar dann bereit war, im Modell Steiermark die Notwendigkeit der Planung der Wirtschaftspolitik herauszustellen.

Meine Damen und Herren, und wenn dann noch gesagt wird, mag sein, daß sich die Fusionierung — (Abg. Dr. Dorfer: „Ich habe von zentraler Wirtschaftslenkung gesprochen. Das ist etwas ganz anderes!“) — bewährt hat, da klingt noch der Unterton, so sicher sind Sie sich noch nicht. Meine Damen und Herren — (Abg. Dr. Dorfer: „Ich habe gesagt, das ist kein Allheilmittel!“), — das haben ja Sie gesagt, — wenn jemand noch zweifelt, daß dieses große Unternehmen seine Bewährungsprobe abgelegt hat, wenn das noch angezweifelt wird bei Investitionen von 5,7 Milliarden Schilling, dann sind Sie weltfern und wissen nicht, was in unserem Lande vorgeht.

Als letztes, meine Damen und Herren, weil der Herr Kollege Kollmann gemeint hat, die böse Privatwirtschaft und die brave Verstaatlichte. Wir haben in Österreich, — (Abg. Dr. Dorfer: „Das hat der Herr Ileschitz behauptet! Er hat das wiederholt gesagt.“) — eine gemischte Wirtschaft. Wir haben eine verstaatlichte, wir haben eine halb verstaatlichte, wir haben die Gemeinschaft, wir haben die Privatwirtschaft (Abg. Dr. Dorfer: „Wir haben auch eine Mißwirtschaft!“), wir bekennen uns dazu und wir sind gut beraten, meine Damen und Herren, wenn wir alle alles unternehmen, alle diese Wirtschaftszweige im höchsten Ausmaße zu fördern, damit uns Sorgen, wie sie im Ausland bestehen, erspart bleiben. (Beifall bei der SPO.)

Als letztes, meine Damen und Herren, bei dieser falschen Politik — wie der Herr Dr. Dorfer meint — wie sie die Bundesregierung immer macht, werden Sie eines nicht bestreiten können, weil es die Menschen draußen einfach besser wissen, und Sie können ihnen auch nichts anderes einreden. Erstmals war es in der Steiermark möglich, unter dieser sozialdemokratischen Regierung 392.000 Menschen in den Arbeitsprozeß zu bringen. Das hat es nie vorher gegeben. (Beifall bei der SPO.)

Und als letztes, damit bin ich schon fertig, ich darf es mir also nicht anmaßen — (Abg. Nigl: „Das ist eine Selbstbefriedigung. Das ist zum Lachen!“) — der ÖVP Ratschläge zu erteilen, aber wenn ich das dürfte, dann hätte ich Herr Landeshauptmann gesagt, — er will den Ratschlag nicht hören! — wieso habt ihr euch so für den Dr. Taus exponiert, der Herr Dr. Dorfer weiß doch alles, der würde doch die Dinge weit besser machen. (Beifall bei der SPO.) (Abg. Dr. Dorfer: „Das war sehr charmant, Herr Landeshauptmannstellvertreter!“ — Abg. Pözl: „Das war ein starker Abgang!“)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Die Debatte über die Wirtschaft nähert sich dem Ende und wie jedes Jahr wird aneinander vorbeigeredet und tut jeder so, als ob er das, was der andere gesagt hat, eigentlich gar nicht hören wollte.

Ich kann mich sehr kurz fassen, weil der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian eine Korrektur vorgenommen hat, die ich eigentlich vornehmen wollte. Der Präsident der Arbeiterkammer hat ja fast so eine Rede gehalten, als ob er der Präsident der verstaatlichten Arbeiterkammer wäre. Er hat nämlich gesagt, dort ist alles herrlich und prachtvoll und nur in der Privatindustrie gibt es Fehler und Mängel und keine Forschung.

Da fällt mir ein, daß ich gerade vor ein oder zwei Tagen auch in der „Neuen Zeit“ sehr viel über den neuen Dieselmotor bei List gelesen habe, einem Institut, das, soweit ich weiß, auf privater Basis existiert und das in demselben Ausmaß forscht wie die verstaatlichte Industrie und (Präsident Ileschitz: „Viel mehr gefördert gehört!“) ich verstehe nicht, warum immer wieder und gerade von Ihnen Herr Präsident, der Sie doch die Mehrzahl der Arbeitnehmer in diesem Land vertreten müssen, die doch in ihrer Mehrzahl nicht in der verstaatlichten Industrie beschäftigt sind, warum ausgerechnet Sie immer so tun, als ob die verstaatlichte Industrie das Erstrebenswerteste ist. Dort ist alles gut und richtig und überall woanders sind die Dinge falsch.

Und wenn Sie das so machen, dann entschuldigen Sie vielmals, dann könnte bei manchem einfachen Gemüt — und ich bin so ein einfaches Gemüt — wirklich der Verdacht aufkommen, daß Sie doch immer noch traurig sind, daß Ihre Partei den Anspruch auf weitere Verstaatlichung hat fallen lassen.

Denn wie kann ich mir diese ewige Begeisterung dafür anders erklären? Wir haben, vom Herrn Landeshauptmann angefangen und es gibt keinen Abgeordneten hier bei uns, der das nicht schon einmal gesagt hat, keinen Unterschied in der Betrachtung zwischen verstaatlichter und Privatindustrie gemacht, wir sehen uns fallweise gezwungen, für die Privatindustrie und für die Privatwirtschaft — bitte um Entschuldigung nicht Industrie, sondern Wirtschaft — verteidigend aufzutreten, weil Sie uns immer wieder angreifen. Auch der Herr Präsident Gross, der bitte der Präsident des Hauses ist — einstimmig gewählt —, ja, ich bitte, es gibt außer der verstaatlichten Industrie wirklich den größeren Sektor des privaten Bereiches und dort sind genauso Arbeitnehmer beschäftigt und diese verdienen ihre Aufmerksamkeit in demselben Maß, wenn nicht mehr als in der Verstaatlichten.

Denn es ist selbstverständlich, daß der Bund als Eigentümer der verstaatlichten Industrie einen Betrieb nicht nur nicht pleite gehen lassen braucht, sondern auch gar nicht pleite gehen lassen kann, weil ein Staat kann in einem einzelnen Sektor oder in einem Betrieb nicht pleite gehen. Es ist aber ein Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft wirklich gefährdeter als im verstaatlichten Bereich. Selbstverständlich gefährdeter, das ist kein Vorwurf, sondern das ist eine Tatsache. Anstelle dessen, daß Sie sich also um diesen Bereich besonders kümmern, glauben Sie immer wieder, sich hierher stellen zu müssen und dann noch den Leuten, die in der Privatwirtschaft tätig sind, zu sagen, ihr seid

ja noch dazu in einer ganz miesen Wirtschaft beschäftigt ohne Zukunftsaussichten (Abg. Ileschitz: „So habe ich das nicht gesagt, wie Sie das darstellen!“) weil dort wird nicht geforscht, die erzeugen die falschen Produkte.

Und daß die Möbel jetzt aus Schweden hereinkommen — entschuldigen Sie, Sie haben ja wieder gesagt, es wird am Markt vorbeiproduziert oder so etwas ähnliches —, das haben Sie aufgenommen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Sie haben gesagt, die Möbel kommen herein, weil die böse Privatwirtschaft nicht die richtigen Möbel erzeugt. Sie wissen ja in Wirklichkeit ganz genau, wie die Zusammenhänge sind und ich fühle mich zu dieser Korrektur nur wirklich herausgefordert, weil ich ganz sicher bin, daß morgen in der „Neuen Zeit“ ein Riesenaufmacher steht, wie der Präsident der Arbeiterkammer es uns hineingesagt hat und wie er einen Höhepunkt dieser Budgetdebatte gesetzt hat, um eben hier die grundsätzlichen Fragen der Wirtschaft zu beleuchten.

Es gibt in Österreich hervorragende aktiv bilanzierende verstaatlichte Betriebe, wie zum Beispiel die ELIN, die im Moment eine ausgezeichnete Phase hat. Es gibt wunderbare Privatbetriebe, sagen wir einmal Plansee in Reutte in Tirol. Es gibt sie in der Steiermark, es gibt sie überall. Warum immer wieder diese Unterschiede künstlich machen und warum immer wieder den Eindruck erwecken, als ob nur die Sozialisten etwas für die verstaatlichte Industrie übrig hätten?

Wir haben hier darüber schon lange gesprochen und wir haben es schon oft gesagt, es haben sozialistische Minister seit Beginn dieser Republik die verstaatlichte Industrie verwaltet und es geht dann halt nicht an, daß man immer wieder sagt, na ja, die Versäumnisse der letzten 20 Jahre und die Versäumnisse der letzten 50 Jahre, denn durch ihre Ministerverantwortlichkeit, ganz gleich wie die Koalitionspakete ausgesehen haben mögen, haben diese Herren zumindest diese Versäumnisse mitverantworten. Und Sie als Präsident der Arbeiterkammer, Herr Präsident, mit allem Verlaub, Sie haben nicht die verstaatlichte Industrie zu vertreten, sondern Sie haben alle Arbeitnehmer, ob in privater oder in verstaatlichter, zu vertreten. (Beifall bei der ÖVP.)

Das zweite, was ich noch sagen wollte, das möchte ich jetzt dem Herrn Präsidenten Gross sagen. Es ist hier viel hin- und hergerufen worden und der Herr Kollege Zinkanell — meiner Meinung nach, ich sage es auch heraus, zu Recht — hat also gesagt, ungeheuerlich der Ton, eigentlich sollte man hinausgehen. Ich gebe Ihnen recht (Abg. Zinkanell: „Das war sehr hart. Ich, war nahe daran, zu gehen!“ — Abg. Loidl: „Wir waren nahe daran, zu gehen!“). — aber es waren Provokationen nach beiden Seiten. Wenn der Präsident Gross sagt, wir haben nicht die Arbeitslosigkeit, die ihr so gern hättet — das haben Sie in einem Zwischenruf herübergerufen — (Präsident Gross: „Was habe ich gesagt?“) Herr Präsident, schauen Sie, wir können uns das Tonband vorspielen lassen, wenn Sie wollen, wir unterbrechen die Sitzung. (Abg. Doktor Strenitz: „Das ist eine Unterstellung!“)

Es ist halt immer wieder so, daß in der Hitze des Gefechtes nach beiden Seiten Dinge gesagt werden, in dem Fall ist es selbstverständlich, im anderen Fall möchte man am liebsten hinausgehen, ich glaube, am dritten Tag einer Budgetdebatte darf man nicht gar so empfindlich sein, denn es wird da nach beiden Seiten ausgeteilt. (Abg. Dr. Dorfer: „Wir sind das gewohnt, ihr seid empfindlich, aber selber demagogisch!“)

Die ganze Debatte des heutigen Tages oder des heutigen Abends, wenn man sich die ansieht, war immer wieder so, daß die einen von der Bundesregierung gesprochen haben, was sie alles Großartiges macht, und die anderen haben also davon gesprochen, was wir im Land machen. Da hat man gesagt, im Land geschieht überhaupt nichts, alles geschieht von der Bundesregierung. Entschuldigen Sie vielmals! (Unverständliche Zwischenrufe.)

Es geht hier nur darum, wir befinden uns in einer Zeit großer wirtschaftlicher Probleme und ich glaube, es sollte uns alles recht sein, was für diese Wirtschaft geschieht. Es sollte uns jede Förderung recht sein, ob sie vom Bund oder vom Land kommt.

Als steirische Abgeordnete, bitte schön, sollten wir — aber jetzt gebe ich Ihnen schon wieder Ratschläge und dazu bin ich wirklich nicht einmal berechtigt —, aber als steirischer Abgeordneter bin ich eigentlich zunächst einmal auf die Leistungen stolz, die wir hier zu verantworten haben, und erst in zweiter Linie bin ich stolz, was meine Parteigenossen in Wien tun oder nicht tun. Diese Denkungsweise würde uns auch anstehen und ich bekenne mich dazu; ich für meine Person sage, es sollte noch viel mehr geschehen, sowohl vom Bund wie vom Land. Wenn die Mittel dazu ausreichen würden, würde auch mehr geschehen. In erster Linie bin ich stolz auf das, was wir hier in der Steiermark tun, denn das habe ich mitbeschlossen und das kann ich auch verantworten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Gruber. Ich erteile es ihm.

Landesrat Gruber: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn dem Herrn Präsidenten Ileschitz der Vorwurf gemacht wird, daß er nur die verstaatlichte Industrie vertritt, dann glaube ich, ist durchaus ein falscher Eindruck entstanden. (Abg. Dr. Dorfer: „Der Eindruck war so, wie er gemeint war!“)

Er hat sich halt auch einmal erlaubt, die verstaatlichte Industrie zu vertreten, und ich glaube nicht, daß das nicht gerechtfertigt ist in einer besonderen Situation, in der sich ohne Zweifel die Eisen- und Stahlindustrie befindet. Das Schwergewicht der Eisen- und Stahlindustrie ist im Bereiche der verstaatlichten Industrie und es wird ja immer wieder bei Diskussionen zum Ausdruck gebracht, daß man diesem Bereich eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden muß. (Abg. Dr. Dorfer: „Wir haben ja nicht nur von Eisen und Stahl gesprochen!“)

Wir wissen schon, Herr Abgeordneter Dorfer, daß die ÖVP, zumindest gewisse Kreise in der ÖVP, immer wieder ein bißchen vom schlechten Gewissen

geplagt ist (Abg. Dr. Eichtinger: „Da können Sie beruhigt sein, Herr Landesrat!“) und sich daher durch rhetorische Leistungen bemüht, das zu überdecken (Abg. Dr. Maitz: „Wir brauchen nichts zu überdecken!“), was in der Wirklichkeit geschehen ist.

Es ist halt einmal eine Tatsache, die wir nicht vom Tisch bringen, daß sich hier bei dem Wiederaufbau in der verstaatlichten Industrie die OVP zwar maßgebend in den Führungspositionen verankert hatte, in den Aufsichtsräten, in den Vorständen, daß sie aber andererseits, wie es der Herr Abgeordnete Fuchs gesagt hat — na ja, sie haben ja die Minister gehabt, sie hätten ja leicht die Probleme zu jeder Zeit regeln können. Sie wissen, welche Konstruktionen dabei geschaffen wurden. (Abg. Dr. Dorfer: „Seit 7 Jahren sind Sie allein verantwortlich. Das ist ein billiges Schwarz-Peter-Spiel!“) Ich komme schon noch zum Thema. (Abg. Loidl: „Zuhören muß man auch können!“ — Weitere verständliche Zwischenrufe.)

Sie haben immer versucht, hier in der verstaatlichten Industrie die damals sozialistischen Minister durch Beiräte, Fünzföhnerausschuß und alles mögliche, insbesondere erinnern wir uns an den harten eisernen Herrmann, der ja immer wieder hier sehr klare Erklärungen für die verstaatlichte Industrie abgegeben hat. Aber nicht nur in dieser Zeit, und hier liegen bestimmte Entwicklungen, auch als die Fusion der VOEST-Alpine beschlossen wurde, erinnere ich mich noch, wie bestimmte Kreise in der OVP im Landtag (Abg. Pözl: „Wir haben keine Kreise im Landtag.“) mit den Helmen aufmarschiert sind, um gegen die Fusion zu demonstrieren und was (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn man sagen würde, was Sie sagen ist Polemik, dann würde man wieder sagen, wir sind polemisch!“) hier im Landtag zu der Fusion der VOEST-Alpine gesagt wurde. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wir haben — ich darf Sie unterbrechen — im Landtagsantrag ja zur Fusion unter gewissen Bedingungen gesagt!“ — Beifall bei der OVP.) Sie haben mich nicht ausreden lassen, Herr Landeshauptmann, das habe ich sagen wollen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Sie haben gesagt, entgegen der Fusion.“) Sie haben zuerst alle Anstrengungen unternommen, um die Fusion zu bremsen und dann, als Sie gesehen haben, daß das eine Entwicklung ist, die man nicht aufhalten kann, haben Sie im Parlament zwar auch noch immer dagegen gestimmt, waren aber beim Landtagsantrag dafür. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist nackte Polemik. — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das gibt es bei der Österreichischen Volkspartei in der Steiermark, daß wir einmal etwas sagen, was in Wien nicht vertreten wird.“ — Beifall bei der OVP. — Abg. Pözl: „Meine Herren, wir dürfen, wir trauen uns.“)

Wenn Sie sich mit diesem Zwischenruf in die Debatte einfügen, sozusagen eingreifen, dann darf ich Ihnen auch eine Frage stellen, Herr Landeshauptmann, wie Sie mir eine stellen.

Sie haben bis heute die Antwort noch nicht gegeben zu Ihrer Feststellung, die Sie wiederholt getroffen haben, daß die Fusion der Edelmetallindustrie zum falschen Zeitpunkt erfolgt. Dieser Feststellung haben Sie bisher keine Begründung und

keine Erläuterung angefügt. Die Tatsache, meine Damen und Herren, ist ohne Zweifel, daß ohne diese Fusion sowohl in der VOEST-Alpine wie in der Edelmetallindustrie die heutige Krise überhaupt nicht zu bewältigen wäre.

Jetzt komme ich schon zum aktuellen Thema. Wenn jetzt in den Unternehmungen große Anstrengungen unternommen werden, seit Jahren, und die nun in ein realisierbares Stadium treten, um die Strukturen zu verbessern, die Produkte, die weltmarktgängig sind, weiter zu entwickeln, Investitionen zu tätigen, zu rationalisieren, um kostengünstiger mit hohen Qualitäten auf den Weltmarkt zu kommen, da treten nun alle möglichen auf und sagen, ja das darf da nicht geschehen und das darf dort nicht geschehen und jenes darf überhaupt nicht geschehen (Abg. Dr. Eichtinger: „Ihre eigenen Leute, Herr Landesrat!“ — Landesrat Peltzmann: „Denke an Kindberg!“) — natürlich, es ist interessant, daß Sie sich sofort betroffen fühlen und reagieren, ich habe noch gar nicht gesagt, wer, Herr Abgeordneter Eichtinger. Ich habe nur gesagt, es treten verschiedene auf, um alle Strukturen zu versteinern und das, meine Damen und Herren, kann doch niemand ernsthaft glauben, daß das bei einer Entwicklung, wie wir sie heute in der Welt haben, möglich ist.

Selbstverständlich hat die gesamte Eisen- und Stahlindustrie in der ganzen Welt seit drei Jahren eine schwere Krise durchzumachen. Selbstverständlich gibt es hier Auswirkungen bei uns in Österreich. Und wenn bisher durch bestimmte Maßnahmen, auch in der Privatindustrie ohne Zweifel, durch Schulungsmaßnahmen und ähnliche Möglichkeiten entsprechende Fakten gesetzt wurden, um Kündigungen zu vermeiden, dann können wir jedenfalls für Österreich sagen, und das sage ich jetzt nicht nur als Steirer, ich fühle mich nämlich auch als Österreicher, das werden Sie mir vielleicht gestatten (Abg. Dr. Eichtinger: „Gerne!“), daß hier ganz entscheidende sozialpolitische Fakten gesetzt wurden in einer wirtschaftlich außerordentlich schwierigen Phase. Jetzt geht es darum, die Strukturen zu verbessern.

Der Generaldirektor Dr. Bayer hat vor wenigen Tagen in Judenburg bei einer Jubilarehrung einen solchen Punkt des Strukturereinigungskonzeptes dargelegt. Ja, daß man da nicht in Jubel ausbricht und in Begeisterungstürmen Beifall klatscht, ja meine Herren, haben Sie das irgendwo erwartet, oder hat es das irgendwo gegeben? Aber es soll jemand die Antwort geben, und zwar nicht mit Resolutionen und nicht mit verbalen Erklärungen, wie diese Probleme anders und besser gelöst werden können. (Abg. Pözl: „Warum redet Präsident Hieschitz dann so?“)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, die besten Fachleute haben wir in diesen Unternehmungen sitzen. Die Ingenieure, Techniker und Kaufleute, die in der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie, in der VOEST-Alpine, in den Vereinigten Edelmetallwerken tätig sind, sind erstklassige, hochqualifizierte Leute. Sie sind in der Lage, jenes Konzept vorzuschlagen, das uns zu einem besseren Ufer durch diese Stahlkrise bringt. (Beifall bei

der SPO. — Abg. Dr. Eichinger: „Wird das angezweifelt?“)

Daß es zweifelsohne auch dabei schmerzliche Begleiterscheinungen gibt, das ist unvermeidlich. Mir fällt gerade ein Beispiel ein. Auch die Geburt eines Kindes ist schmerzlich und trotzdem bringt es dann Glück. Und so haben wir halt jetzt diese Schwierigkeiten zu bewältigen. Es werden für Judenburg, was im besonderen angezogen wurde, 400 Millionen Schilling investiert werden, um den Finalbereich, um bestimmte Bereiche in Judenburg zu stärken. Das ist eine eindeutige Willenskundgebung der Unternehmensleitung, hier nicht sozusagen auf die Einschränkung und Beschränkung hinzuzielen. (Abg. Schrammel: „Noch haben wir das nicht!“) Daß man aber insgesamt nicht mehr jene Zahl an Arbeitsplätzen halten wird können, die wir bisher gewohnt waren in der Eisen- und Stahlindustrie, das wissen wir, Herr Abgeordneter Fuchs, gilt auch für die Privatindustrie in Österreich. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist jetzt der Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man so die letzten Ausführungen der hochgeschätzten Vorredner heranzieht, dann hört man vom schlechten Gewissen, von den Vorwürfen, der Feststellung, wer sei für die Verstaatlichte, wer sei gegen die Verstaatlichte. Ich glaube, hier ist den Ausführungen meines Kollegen Fuchs von unserer Seite überhaupt nichts hinzuzufügen. Wir haben uns immer zur gemeinsamen Industrie bekannt. Wenn wir uns vielleicht da und dort gewehrt haben, dann haben wir uns gewehrt, weil uns aus Ihren Aussagen immer hier eine Art Klassentrennungstrich gezogen wurde. Ich glaube, da hat der Herr Kollege Fuchs mit seinen Forderungen an den Präsidenten der Arbeiterkammer, er möchte doch für sämtliche Arbeitnehmer, nicht nur für jene in der Verstaatlichten eintreten, das richtige Maß gefunden.

Meine Damen und Herren, was mich aber verwundert — ich habe es mir jetzt lange überlegt, meine Mitarbeiter haben eine, glaube ich, sehr schöne Rede zusammengestellt und ich werde versuchen, Ihnen das eine oder das andere vielleicht doch darzulegen —, aber ich habe lange überlegt, soll ich über die Dinge hinweggehen oder soll ich das sagen, was ich wirklich denke. Ich glaube, ich sage das, was ich wirklich denke.

Schauen Sie, ich mache heute das 15. Budget in dieser Landesstube, und was so 12 bis 13 Jahre gestimmt hat, stimmt heute ja nicht mehr und trotzdem geht man auf diese Gedanken nicht ein. Wir werden über die Gruppen 8 und 9 so darüberwischen, obwohl gerade die Gruppe 9 die wichtigste Gruppe beim gesamten Landesvoranschlag wäre. Aber über das unterhalten wir uns nicht, denn dort müßten wir doch vielleicht einmal darlegen, daß die Ziffern, die zur Zeit im Voranschlag stehen — hier meine ich in erster Linie den außerordentlichen —,

nicht Wirklichkeit, nicht einmal Wunschziffern darstellen. So ist es bei vielen Dingen.

Ich glaube, ich bin kein kontaktärmer Mensch — ich bilde mir das ein, lassen Sie mir auch eine kleine Einbildung —, ich finde doch irgendwie zu den Gesprächspartnern immer wieder einen Draht, und ich habe mir auch meine Freunde nie nach ihrer politischen Einstellung vorschreiben lassen. Ich habe in ihnen immer den Menschen gesucht und bin dabei ganz gut gefahren. Wenn man so Gespräche führt in der Wirtschaft mit Verantwortlichen aus allen Sparten und aus allen politischen Lagern, dann kann man sich über diese Fragen, die uns heute alle bewegen, ganz normal unterhalten. Nur wenn einer auf das Rednerpult hinaufsteigt, dann ist es aus. Dann denke ich mir wirklich oft, bist du so dumm oder hältst du die anderen für so dumm, daß du solche Dinge „herunterquatscht“, an die du selbst ja niemals glauben kannst.

Sehen Sie, das bedrückt mich irgendwie. Da werden wir dem Land nichts Gutes tun, und wir sind alle Bewohner dieses Landes, ob jetzt auf der Unternehmer- oder Arbeitnehmerseite. Und wenn ich auf der anderen Seite wieder höre — Ihr Generalsprecher ist ja hinausgegangen, mir macht das gar nichts (Abg. Brandl: „Er ist da! Sie brauchen nur ein bißchen nach links zu schauen, Herr Landesrat!“) — ach so, na ja, ich schaue lieber geradeaus, dann brauche ich Sie nicht so oft anschauen —, man sagt, den arbeitenden Menschen, und wenn man genau durchexerziert, wer zu den arbeitenden Menschen gehört, dann muß ich sagen, mich wundert es eigentlich, daß hier die Ruhe so eingehalten wird. (Abg. Loidl: „Beim Dr. Dorfer waren wir auch schön ruhig!“)

Ich muß Ihnen sagen, es ist eine Beleidigung, was Sie sich leisten. Glauben Sie, daß der Bauer und der kleine Gewerbetreibende nicht auch zu den arbeitenden Menschen gehört? Da werden so Trennungslinien indirekt aufgezogen. Ich habe Ihre Rede hier liegen und ich habe sie dreimal gelesen, Herr Kollege. Sehen Sie und so wird mit diesen Dingen umgegangen — wenn ich so diese Beiträge zur Debatte zur Gruppe 7 mir vor Augen halte, dann kann ich oft nur den Kopf schütteln. Herr Kollege Sebastian, ich streite es Ihnen heute noch nicht ab, Sie werden es ja draußen hören, daß ich mit dem Industrieförderungsgesetz keine Freude habe. Aber Ihre Kollegen, die damit arbeiten müssen, auch nicht, das gebe ich Ihnen schriftlich. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die Wahrheit!“)

Wir haben das Mittelstandsförderungsgesetz geboren und es war unser Grundgedanke. Warum? Ja, meine Damen und Herren, die Wirklichkeit ist ja ganz anders als wie Sie jemals die Wirklichkeit im Gesetz einzubinden versuchen können. So liegen doch die Dinge. Wenn wir uns heute über die Wirtschaftsförderung unterhalten — na, ich muß sagen 1978 oder Ende 1977 bringt uns nichts Fröhliches zu berichten. Neue Arbeitsplätze zu schaffen, das haben wir uns vorgenommen. Jetzt schaut es schon bald aus, als ob wir froh sein müssen, gefährdete Arbeitsplätze zu erhalten. Warum sagen wir das denn nicht ehrlich? Warum machen wir uns da selber einen Nebel vor? Der eine rosarot und der

andere vielleicht grau. (Abg. Dr. Strenitz: „Schwarz!“) Aber, das Mittelstandsförderungsgesetz, das hat uns in ganz Österreich noch keiner streitig gemacht. Von Vorarlberg bis Wien, nicht einmal die Bundesregierung. Auch das Jungunternehmerförderungsgesetz. Ich bin froh, daß der Herr Handelsminister unsere Idee aufgegriffen hat, warum nicht? Wenn einer was Gutes tut; wir schauen auch das eine oder andere vom anderen ab, da schämen wir uns gar nicht, Herr Kollege Loidl. Ich glaube, daß der Einwurf und der Vorwurf an den Präsidenten Gross nicht zu Recht besteht. Der Einwurf „die Jugendarbeitslosigkeit, die ihr haben wollt“, glaube ich, Herr Kollege Loidl war Ihre Stimme. (Abg. Loidl: „Das habe ich nicht gesagt, das wurde nicht gesagt!“)

Na, da müssen nur Geister gegessen sein. Mehr kann ich nicht sagen, nicht? Der Krampus ist zwar schon vorüber, aber vielleicht gehen hier noch Geister durch die Gegend.

Schauen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der Abgeordnete Brandl, der sich dann über die Art und den Ton so alteriert hat — wunderbar hat das geklungen. Ich habe schön langsam geglaubt, du willst Pastor werden. (Abg. Brandl: „Keine Absicht!“) Bleib doch Abgeordneter, ist doch viel vernünftiger. Aber nun bei den Zahlen Herr Brandl, ich muß jetzt schon eines sagen, Sie wissen ganz genau, daß — 1974 glaube ich, Herr Finanzreferent, die einheitliche Budgetierung des Bundes und der Länder gekommen ist und bis zum Jahre 1974 war Fremdenverkehr und Handel und Gewerbe- und Industrieförderung im Bundesbudget getrennt und jetzt ist es gemeinsam. Das haben Sie aber auch gesagt, aber nur mit einem Nachsatz. (Abg. Doktor Dorfer: „Das ist keine Polemik?“ — Abg. Brandl: „Das sind die nackten Zahlen!“) Das ist keine Polemik. Nur mit einem Nachsatz haben Sie es dann gesagt, also 1979 auch mit Fremdenverkehr. Aber das spielt ja gar keine Rolle dabei, Herr Abgeordneter Brandl!

Ich habe jetzt Ihre Ziffern genommen, ich habe jetzt gar nicht nachgeschaut. Ich habe beim Bruttonationalprodukt angefangen die ganze Entwicklung hinauf, aber das Land Steiermark hat bis jetzt immerhin noch für die Wirtschaftsförderung pro Kopf und Nase 210 Schilling und der Bund, dessen verfassungsmäßige Aufgabe es wäre, 110 Schilling aufgewendet. Nach Ihren Zahlen, bitte, nicht nach unseren Zahlen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die richtige Ziffer!“)

Also schauen Sie, warum haben wir das notwendig? Und ich muß noch einmal sagen, ich wäre jetzt froh — und ich habe schon einmal gesagt — und das Schönste wäre, wenn ich noch erleben könnte, wenn die österreichische Wirtschaft keine Förderungsmaßnahmen mehr notwendig hätte. Das wäre das Schönste, was ich erleben könnte, nicht? (Beifall bei der ÖVP.)

Aber für die Politik zeichnen ja nicht Sie verantwortlich. Wenn Sie es auch nicht hören wollen, dort liegen die Dinge einmal so. Aber deswegen soll man doch versuchen, gemeinsam das eine oder das andere auch auf Bundesebene besser zu machen als wie es zur Zeit geschieht.

Nun, meine Damen und Herren, wir könnten auf die einzelnen Dinge noch weiter eingehen; wenn ich so denke — und das wurde auch ganz kurz angezogen — über die Kritik unserer Einfuhr- und Ausfuhrpolitik, ja, nun, wenn ich die Ausführungen des Herrn Handelsministers Dr. Staribacher, der wirklich zum Milchkonsum viel beiträgt, vor zwei Jahren durchlese, was man alles tun müßte, um eben billige Exporte in das Land zu bekommen, um die Konkurrenz herauszufordern — das war eine seiner Ausführungen —; eine andere Ausführung war „um die Preisstabilität zu halten“, ja, dort haben wir es ihm schon gesagt, zum Beispiel die Ostexporte, nicht nur unsere Landwirtschaft, weil zum Beispiel das Essiggemüse, das in Millionen Tonnen hereingekommen ist, hat ja nicht nur diese gefördert, sondern auch die gesamte Glasindustrie, denn sie haben die Gurken ja nicht mit der Hand hereingebracht und den Essig darübergeschüttet, nicht! Von dort kommen teilweise die Schwierigkeiten her. Da muß man schon ehrlich sein. Dabei soll das nur eine Feststellung sein. Ich bin sehr dankbar und werde den Herrn Handelsminister in allen diesen Punkten wirklich tatkräftig unterstützen, weil jeder kann sich einmal irren — was glauben Sie, wieviel Blödsinn ich schon gemacht habe —, aber dann soll man es nicht abstreiten. Das ganz gleiche ist ja auch bei der Verkehrsluxussteuer, auf die ich weiter gar nicht mehr eingehen will, weil es ja keinen Sinn hat, weil Sie es ganz einfach nicht verstehen dürften. Dort liegen die ganzen Dinge.

Aber eines möchte ich noch sagen. Der Herr Abgeordnete Loidl — ich glaube, es war heute —, der hier für diese neue Abgabe vehement eingetreten ist — obwohl es der Bauwirtschaft nicht zugute kommt, das weißt du genauso gut wie ich (Abg. Pölzl: „Er hatte den Auftrag!“)

Aber die Rettung der Bundesbahnen, meine Damen und Herren, als Eisenbahngegner mich hinzustellen, das wird den Sozialisten nicht mehr gelingen. Ich war immer stolz, daß mein Vater ein Eisenbahner war. Es gehört zur Wirtschaft. Herr Loidl, das haben Sie nicht kapiert, um das dreht es sich ja. Diese Milliarden belasten die Wirtschaft. Und nun muß ich eines feststellen, heuer im Jahre 1977 bis zum 5. 12. 1977 hat die Österreichische Bundesbahn 96 Annahmesperren erlassen. (Abg. Loidl: „Warum bringen Sie das noch einmal? Sie brauchen das nicht noch einmal zu sagen! Sagen Sie nur, warum und weshalb!“) Logisch, ich gib ja der Bundesbahn nicht die Schuld. Aber es ist so. Unterhalten Sie sich doch mit dem Generaldirektor der Bundesbahn und nicht mit mir, Herr Loidl. Ich habe eigens gesagt, es wird Ihnen sehr schwer fallen, mich als Eisenbahngegner hinzustellen, ich bin immer noch stolz, daß mein Vater ein Eisenbahner war und ich darf auch seit 14 oder 15 Jahren den Steirischen Landesbahnen vorstehen. Aber so ist die Wirklichkeit. Was hilft das, wenn Sie das Schnittholz oder die Exportware nicht zeitgerecht zum Hafen bringen, dann können Sie es wieder nach Hause führen, auch das ist Ihnen bekannt. Suchen wir gemeinsame Wege. Natürlich ist jede Entlastung der Straße auf die Schiene volkswirt-

schaftlich zu begrüßen, nur wie weit es realisierbar ist, mit der Abgabe bestimmt nicht, das können Sie mir glauben Herr Loidl. In Wirklichkeit wird nichts anderes benötigt werden, als die Budgetlöcher, die überall aufklaffen, zu schließen.

Meine Damen und Herren, wenn wir diese Situation, in der wir uns befinden, wirklich betrachten, dann kommt eines heraus, daß es nachdenklich stimmen müßte, daß die Kluft zwischen einem Teil der Wirtschaft und dem Staat immer größer wird und daß sich diese Kluft immer schwieriger kitten lassen wird. Dort, glaube ich, liegt die Tragik. Ich weiß schon, daß das sozialistische Parteiprogramm ausgerichtet ist auf die Umverteilung, und ich weiß schon, daß man der Nivellierung das Wort redet, nur sie im eigenen Bereich aus gewissen Gründen. (Abg. Zinkanell: „Was heißt Nivellierung?“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das bestreiten Sie!“) Es muß ja alles eine Ursache haben. Das glaube ich, bestreiten ja nicht einmal mehr sozialistische Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftsfachleute, daß die Privatwirtschaft schlechter in der Lage sei, die Bedürfnisse des einzelnen zu decken, als das in erster Linie die öffentliche Hand könnte. Wir wollen ja keine leistungshemmenden Maßnahmen, wir wollen leistungssteigernde.

Es ist heute von einem meiner Vorredner sehr richtig gesagt worden, man hat von den deutschen Sozialisten so viel abgeschrieben und gegenseitig an Erfahrung ausgetauscht in der Entstehung der zwei großen Parteien in Deutschland so wie in Österreich, aber wenn die Deutschen etwas Vernünftiges machen, dann denkt man bei Gott nicht, dies hier nachzumachen. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, eines kann ich Ihnen sagen, die letzte antizyklische Korrektur- und Budgetpolitik wurde von Raab und Kamitz gemacht und davon wurde leider Gottes nicht allzuviel nachgemacht. Dieser Kurs hat die Wirtschaft saniert. Das müßte man, glaube ich, wieder von neuem beginnen.

Heute einmal den Geldhahn aufzudrehen, als Investitionsstoß, das hat man in der Zeit gemacht, wo man es nicht tun hätte sollen, zu Zeiten der Hochkonjunktur. Herr Loidl, Ihnen jetzt die Zahlen vorzurechnen, inwieweit unsere österreichische Exportindustrie durch diese falsche Politik ins Hintertreffen gekommen ist, das heißt die Wettbewerbsfähigkeit auf in- und ausländischen Märkten gelitten hat, haben wir die Zeit heute nicht dazu. Aber Sie können mir glauben, daß es gerade die Stahlindustrie am meisten spürt, dieses Hick-Hack, Belastung heute, Belastung morgen, Belastung übermorgen.

Reden Sie doch mit unseren Edeldahlleuten. Der Kollege Gruber kennt die Bilanzen ausgezeichnet. Wir haben dort eine gewisse Mengenkonjunktur, das ist gar nicht bestritten. Aber über die Ertragslage, Herr Kollege Gruber, brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft hat ihre Grenzen und diese Grenzen ist man nicht bereit, zu erkennen, weil sonst könnte es nicht zu dieser neuen Belastungswelle 1978 kommen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Generalredner hat immer wieder versucht, und das ist, was mich am meisten stört, der Bundesregierung, dem Herrn Bundeskanzler ein neues

Federl auf den Hut zu stecken. Vor lauter Federln könnte er schon einen Kopfschmuck tragen, wie die Indianer. (Landesrat Gruber: „Aber einige Federln hat er sich schon verdient!“) Herr Kollege, wenn einer in der Politik so lange dient und sich keine Federln verdient hat, dann wäre es traurig. Das bestreite ich Ihnen bei Gott nicht. Was mich stört, das ist die Haltung, die dahin geht, daß alles, was jetzt vom Bund kommt (Abg. Loidl: „Wir werden schon bei der Wahl sehen, was die Bevölkerung von Bundeskanzler Kreisky hält. Was Sie von ihm halten, ist völlig egal!“) — da brauche ich von Ihnen keine Prognosen, Herr Kollege Loidl, das wird der Wähler entscheiden. Das werden wir sehen. Das haben auch die steirischen Landtagswahlen gezeigt, was der Wähler von den steirischen Sozialisten hält und was er von den steirischen ÖVP-Funktionären hält. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber das ist ja keine Diskussion für uns. Sie sitzen im Steirischen Landtag und nicht im Nationalrat in Wien. (Abg. Preamberger: „Bitte nicht abfällig über die Bundesregierung zu sprechen!“)

Dort liegen doch die Dinge. Das Reden allein von der Arbeitsplatzsicherung, das hilft nichts. Da darf ich noch einmal, Herr Kollege, auf Ihre Beiträge eingehen.

Meine Damen und Herren, Gott sei Dank, daß wir die Not der Jugendarbeitslosigkeit in unserem Lande nicht kennen, aber sich auch wieder an Zahlen hochzuspielen, wie es hier geschieht, finde ich nicht anständig. Wir wissen ganz genau, daß es viele, viele Jugendliche gibt, in erster Linie von den Abgängen der Handelsschulen, von den allgemein bildenden Mittelschulen, die bis jetzt keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Sagen wir es doch offen, tun wir uns nicht an Zahlen berauschen. Oder an der Statistik des steirischen Arbeitsmarktes, Herr Präsident Ileschitz! (Abg. Preamberger: „Was unternimmt ihr gegen die Schließung der Glasfabrik in Graz, die wie man hört bereits beschlossene Sache ist?“ — Abg. Pölzl: „Fenster-scheiben einschlagen!“)

Das sind stolze Erfolgswahlen auch der steirischen Wirtschaft mit hohem Beschäftigungsstand, aber eines muß man auch dazu sagen: Auch unsere Ehegattinnen, die früher in dieser Statistik nicht enthalten waren, scheinen dort auf. Die Damen, die im Karenzurlaub sind. (Einige unverständliche Zwischenrufe.)

Ihr lügt euch doch selbst in die Tasche, wenn ihr eure Statistik verteidigen wollt. Wenn Sie das nicht verstehen, dann hat es keinen Sinn, daß wir uns über diese Dinge unterhalten. Die waren ja früher Selbständige oder durch die Gesetzgebung war man gezwungen, sie anzumelden. Das gleiche gilt auch für die Damen, die sich auf Karenzurlaub befinden, die früher nicht ausgewiesen wurden und jetzt in der Arbeitsmarktstatistik als beschäftigt ausgewiesen werden. Das muß man schon echt sagen. Wir sind froh, noch einmal. Es tut doch allen leid, wenn man nur einen Arbeitsplatz unwiderruflich aufgeben muß. Es wird dem einen oder anderen einmal passieren. Hier müßten wir doch unseren Arbeitnehmern sagen, daß sie meiner Ansicht das moralische Recht auf einen Arbeitsplatz

haben. Das hört man heute auch schon von den Kollegen in der Gewerkschaft. (Landesrat Gruber: „Das hört man schon länger!“) Sehr wichtig, nur hat es sich nicht überall herumgesprochen. Die VEW war da etwas vernünftiger in dieser Aussage. Das bestätige ich dem Kollegen Gruber. Dort hat man das schon viel früher gehört wie in anderen Betrieben. Und als nächstes muß ich auch noch dazu sagen, man müßte verlangen, man müßte etwas dazutun in der Ausbildung und in all diesen Dingen, daß auch die Arbeitskraft mobil wird, daß auch die Arbeitskraft versucht, Lücken für sich zu finden, so wie man bei der Wirtschaft Lücken findet, das heißt, wir sollen hineinstoßen, wo die anderen nicht in der Lage sind, dieses Produkt zu erzeugen und auszuführen. Das gleiche gilt jetzt für beide Teile, das wissen wir.

Ein Wort jetzt noch zur Umschulung. Ein Ja, ein Ja und nochmal ein Ja zur Umschulung, wenn es sinnvoll geschieht, Herr Präsident! Wir Steirer waren die ersten, die mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut ein Umschulungszentrum gegründet haben, in Graz, in der Obersteiermark, und wir waren die ersten, die von einer echten zwischenbetrieblichen Ausbildung gesprochen und auch die diesbezüglichen Vorschläge gemacht haben.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, umschulen, um die Wahrheit zu kaschieren, tut keinem gut, nicht einmal den Betroffenen. Um das dreht es sich. Wir wissen, daß wir unseren ganzen Geist — besonders in der Stahlindustrie — anstrengen werden müssen, aber der Geist allein macht es nicht.

Wenn wir einmal voraussetzen, was ist der Geist? Die neue Idee! Wir werden alle Kräfte mobilisieren müssen, um diese Mittel aufzubringen, um solche Ideen — heute ist ein Wunsch bezüglich eines neuen-Dieselaggregates an uns herangetragen worden — realisieren zu können. Aber, meine Herren, dann brauchen wir auch wieder den umgeschulten Facharbeiter und diesen werden wir nicht umschulen, wenn wir ihm ein Rotes-Kreuz-Büchle in die Hand geben und ihm sagen, er soll das lesen, und man versucht dann, in der ersten Jännerhälfte gar den Rundfunk dazu zu bekommen, daß er im Rundfunk dann auch eine Stunde einen Vortrag hält. Das hat doch, glaube ich, keinen Sinn. Sehen Sie, hier müssen wir ehrlich werden und an das appelliere ich. Ehrlicher! Herr Kollege Hammer, jetzt muß ich Ihnen aber eines sagen: Schauen Sie, wir wissen doch gemeinsam, daß es um die Region Eisenerz nicht zum besten steht. Ich habe mich vorsichtig ausgedrückt. Wir werden gemeinsam versuchen müssen, auch in dieser Region bis Hiefalau hinaus Betriebe, Arbeitsplätze neu zu schaffen. Da können Sie doch nicht sagen, wenn ein Kollege etwas sagt — ich war dabei, wie der Herr Koller seine große Rede oben gehalten hat —, er spricht nicht die Wahrheit. Schauen Sie (Abg. Hammer: „Das war voriges Jahr. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart war auch dabei und weiß, was Generaldirektor Apfalter gesagt hat! — Abg. Dr. Dorfer: „Wir haben doch von Koller und nicht von Apfalter gesprochen. Das darf man nicht durcheinanderbringen!“), unser Kollege hat ja nur die zwei Reden abgewogen. Sonst hat er nichts gemacht.

Und ich war bei der ersten und nicht bei der zweiten.

Darf ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, ich werde heute keine Koller-Diskussion vom Zaun brechen. Was ich denke, habe ich gesagt, alles andere ist für mich vorüber. Da gibt es keine zweite Diskussion mehr darüber. (Landesrat Gruber: „Da habe ich Zweifel! Kollege Pelzmann, nicht nur große Reden, sondern auch große Taten!“) Aber natürlich! Das gilt genauso wie für den Herrn Bundeskanzler. Ein Mann in dieser Stellung, wenn der nie eine große Tat machen würde — nur seine Vorausschau, muß ich sagen, zahlt ihr ja selber, da brauchen wir nichts dazutun, da hat es keinen Sinn, wenn wir uns etwas vormachen. Schauen Sie, aber damit ist es aus, ich glaube, das ist kein Diskussionsforum um diese Dinge. Ich meine, daß wir doch gemeinsam daran interessiert sein müssen und das werden wir auch tun. Noch einmal: Ein Ja zur Umschulung — das war eigentlich der Grund —, wenn es sinnvoll geschieht, wenn damit eben dieser notwendigen Umstrukturierung gedient wird, dann sage ich hundertprozentig ja zur Umschulung. Dann wird es nicht immer möglich sein, einen Facharbeiter in einer Spezialausbildung in 3, 4, 5 Monaten umzuschulen, dann brauchen wir vielleicht ein Jahr, daß wir die Leute dorthin schulen, wo wir sie benötigen, um sie auf guten und neuen Arbeitsplätzen einsetzen zu können.

Meine Damen und Herren, es ist schon ein paar-mal gesagt worden und man hört es nicht gern, aber von der Wirtschaft wird immer verlangt, neue Ideen, Opfer werden ihr auferlegt und wenn es einmal nicht mehr so geht, wie man es sich so in den kühnsten Träumen immer erwartet hat, dann sucht man Schuldige. Wir suchen keine Schuldigen, wir sagen nur, das Klima, das die Bundesregierung jetzt geschaffen hat, ist für die Wirtschaft nicht fördernd, weil das Mißtrauen heute in weiten Bereichen eingekehrt ist. Es wurde heute gesagt — Herr Kollege, einer meiner Vorredner hat Ihnen genau gesagt, was die Bundesregierung vor kurzem bezüglich neuer Belastungen ausgesagt hat. Das wird doch keiner von euch abstreiten! Was heute ist, schaut ein bißchen anders aus. Ein bißchen schauen die Dinge anders aus. Wenn man dann sagt, eben aus den weltweiten Ereignissen mußte man sich zu diesem Paket — der eine sagt Nottopf, hat man wieder geschwind gestrichen (Abg. Prensberger: „Ihr habt uns auch ein schönes Packerl in den sechziger Jahren aufgebürdet!“), dann sagt man Luxussteuer, dann hat man es geschwind gestrichen, dann sagt man wieder 3. Mehrwertsteuersatz — ich meine, alle diese Unsicherheitsfaktoren, die regen doch niemanden an, neue Investitionen, neue Wagnisse, neues Kapital zu binden, das wir so notwendig benötigen würden. Und hier, glaube ich, muß ich an die Vertreter der Gewerkschaft appellieren. (Abg. Loidl: „Schauen Sie, was in Schweden los ist!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Was hat die Schweden so weit gebracht? Ihr habt von uns ein großes Erbe bekommen!“)

Ich glaube, daß der Präsident des Gewerkschaftsbundes, der Präsident des Nationalrates Anton Benya, auch erkannt hat, daß seine Reallohnsteigerungsforderung zur Zeit zurückgestellt werden

muß. Wir sagen ja nicht, daß sie für alle ewigen Zeiten falsch ist, bei Gott nicht! Aber wir appellieren, hier mitzudenken und eben die eigenen Wünsche — und jeder hat Wünsche — in ihrer Gesamtheit — und das ist nun Aufgabe unserer Gewerkschaften — den Möglichkeiten anzupassen. (Abg. Loidl: „Aber nicht nur unsere Wünsche!“) Unsere sind schon lange nicht mehr berücksichtigt, Herr Kollege Loidl. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Ich weiß nicht, wer den Nikolo spielt, das weiß ich nicht zur Zeit, Herr Kollege Gruber, zur Zeit kenne ich keinen. Das hat es einmal gegeben. Das ist richtig, das bestreiten wir gar nicht. Aber zur Zeit weiß ich keinen, das müßten wohl Minisparten sein, die sich das heute aus der Ertragslage heraus leisten können und um das geht es.

Meine Damen und Herren, es ist sehr schwierig, um diese Zeit, um 21.10 Uhr, nach drei Tagen harter Diskussion, all diese Dinge noch einmal zur Sprache zu bringen. Aber, was ich eigentlich versuchen möchte — es wird uns nicht gelingen, weil, wie ich sage, das Brett, wenn man davor steht, hat eine eigene Ausstrahlung und ich bringe die Dinge alleweil wieder in ein Licht, das nicht stimmt —, daß wir doch mehr Mut zur Wahrheit haben, daß wir hier den Mut haben, Dinge zu erkennen und wieder einmal eine Strecke Weges gemeinsam zu gehen. (Abg. Preamberger: „Das hat Präsident Ileschitz genauso gesagt!“)

Meine Damen und Herren, ich habe die Sozialpartnerschaft nie bekämpft, ich habe mich immer dazu bekannt, aber die wird von Ihrer Seite, wenn man nur Ihre Ausführungen teilweise gehört hat, so stark strapaziert, aber so stark strapaziert — das muß ich Ihnen sagen —, daß es einem dann sehr, sehr schwer fällt, bei harten Entscheidungen zu dieser Partnerschaft zu stehen. (Abg. Preamberger: „Er ist der Meinung, was er sagt, ist richtig und alles andere ist falsch. Zur Kasse werden wir gebeten!“) Ich, und ich glaube die ganze ÖVP-Fraktion des steirischen Landtages, an der Spitze Landeshauptmann Dr. Niederl, werden das solange nicht in Frage stellen, solange wir merken, daß Sie für diese Dinge einen Partner für uns darstellen. Ich danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er ein Schlußwort wünscht.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Gruppe 7.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Gruppe 8: Dienstleistungen

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! (Abg. Pölzl: „Die ganzen Gewerkschafter waren bei der Siebener nicht herinnen bei der Abstimmung!“ — Abg. Preamberger: „Was sagen Sie? Ich war herinnen!“ — SPO: „Wir sind nicht bereit uns diesen beleidigenden Ton anzuhören!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Doktor Heidinger zur Berichterstattung. Da gibt es keine Zwischenrufe, meine Herren!

Abg. Dr. Heidinger: Die Gruppe 8 „Dienstleistungen“ ist in fünf Abteilungen gegliedert und umfaßt Liegenschaften, land- und forstwirtschaftliche Betriebe und wirtschaftliche Unternehmungen. Vorgesehen sind 46,100.000 Schilling Einnahmen und 122,448.000 Schilling Ausgaben. Ich bitte um Annahme der Gruppe 8.

Präsident: Zu Wort hat sich der Herr Landesrat Kommerzialrat Peltzmann gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Peltzmann: Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Sekunde. Ich bin im Finanzausschuß gefragt worden bezüglich der Neuananschaffung für die Murtalbahn. Da es für die Schmalspur 760 kein brauchbares Beispiel gibt, mußte das Fahrzeug von der Direktion der Steiermärkischen Landesbahnen zusammen mit österreichischen Firmen neu entwickelt werden. Beteiligt sind die Firmen Knotz in Wien, Brown-Boveri und die Elin-Union für die elektrische Ausrüstung. Danke.

Präsident: Keine weitere Wortmeldung. Ich gehe zur Abstimmung über und bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 8 zustimmen.

Der Antrag und somit die Gruppe 8 ist angenommen.

Gruppe 9: Finanzwirtschaft

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9 sieht an Gesamteinnahmen 6.382,522.000 Schilling und an Gesamtausgaben 1.322,374.000 Schilling vor. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Klauser, ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Klauser: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Fuchs hat in einem Zwischenruf gemeint, daß wir uns hier mit dem Landesbudget beschäftigen sollten und nicht mit Angelegenheiten der Bundesebene. Inzwischen hat sich ja gezeigt, wie illusorisch ein solcher Wunsch ist.

Der Herr Kollege Peltzmann hat vor kurzem hier gesagt, es sei doch merkwürdig, daß die meisten Kollegen, wenn man sich irgendwo zusammensetzt, durchaus mit sich reden lassen, daß wir zusammenkämen, daß wir vernünftig miteinander die Dinge zu klären versuchen, daß das aber offensichtlich in dem Moment nicht mehr gelinge, wo man am Rednerpult stehe. Ich werde mich bemühen, dem zu entgegenen, ich kann aber dem Kollegen Peltzmann den Vorwurf nicht ersparen, daß er selbst sich nicht an dieses Beispiel gehalten hat. (Landesrat Peltzmann: „Zumindest sehr schwer!“) Denn zumindest der Teil, lieber Toni, der Bundespolitik dargestellt hat, war halt auch ein Musterbeispiel dafür, wie wir offensichtlich vor allem im Bereich der Wirtschaftsdebatte im Hohen Haus aneinander vorbeireden, eigentlich nicht miteinander diskutieren, sondern eine Art, na ja, gegenseitiger Beschimpfung hier vom Stapel lassen, jeder für sich die Lorbeeren herausholt und keiner sie beim anderen gelten lassen will. In Wirklichkeit ist es doch so, daß wir trotz einer nunmehr schon längeren Zeit einfärbigen Bundesregierung gerade wegen der Sozialpartnerschaft, die ja Gott sei Dank trotzdem funktioniert, für die Wirtschaft allen miteinander verantwortlich sind und es nicht ginge und nicht dorthin gekommen wäre, wo wir heute sind, wenn der Debattenstil sich auch außerhalb solcher Gelegenheiten und dann fortsetzen würde, wenn die Versuchung, zum Fenster hinauszureden, nicht gegeben ist. Gott sei Dank ist dem nicht so und ich kann nur hoffen, daß wir uns die Möglichkeiten, miteinander zu reden, trotz solcher, ich weiß gar nicht, ob man Debatten sagen kann, Auseinandersetzungen müßte man vielleicht sagen, bewahren können.

Was das Landesbudget selbst anlangt, so ist ja das meiste, was ich dazu zu sagen habe, schon gesagt worden. Ich möchte allerdings wiederholen, meine Damen und Herren, daß ich nicht glaube, daß eine große Chance besteht, das, was unter den Sondervermerken im Budgetentwurf enthalten ist, bedeckt zu bekommen. Das wird von der Entwicklung der Ertragsanteile abhängen, und wir haben nicht viel Grund, unsere Schätzungen für falsch zu halten.

Wir sind bekanntlich beim Haushalt 1977 davon ausgegangen, daß aller Voraussicht nach die Ertragsanteile etwa um 400 Millionen Schilling unter den ziffernmäßigen Ansätzen bleiben werden. Wir haben die Dezemberziffern angekündigt erhalten, wir bleiben mit 386,494.000 Schilling unter den Voranschlagsätzen, was wieder heißt, daß wir von der richtigen Basis bei der Einschätzung der Steigerungssätze für das Jahr 1978 ausgegangen sind. Wir haben zum Ist des heurigen Jahres 7 Prozent dazugelegt und das ist eine reale Schätzung und ich nehme an, daß sie sich in diesem Rahmen halten wird. Sie müßte um Erhebliches überschritten werden, damit wir die Sondervermerke werden bedecken können.

Natürlich hängt das auch davon ab, was bei den Gesprächen über die Spitalsfinanzierung herauskommen wird, aber das wirkt sich ja auf der Einnahmenseite der Ertragsanteile auch dann nicht aus, oder erst recht dann nicht aus, so muß ich eigentlich formulieren, wenn wir zu einer Einigung kom-

men, weil die Einnahmen ja durch einen besonderen Beschluß, durch einen besonderen Punkt im Landtagsbeschluß zweckbestimmt zur Minderung des Abganges der Spitäler zu verwenden sind. Wenn wir zu einer Einigung über die Spitalsfinanzierung nicht kommen, dürfte es allerdings darauf hinauslaufen, daß die Steiermark etwa um 120 Millionen Schilling aus dem Anteil der Mehrwertsteuer, der für die Spitäler bestimmt ist, Mehreinnahmen bekommt, vielleicht auch noch etwas mehr, bis zu 200 Millionen Schilling halte ich für möglich, falls auch keine Einigung über den Wasserwirtschaftsfonds erzielt wird oder der Bund unter Umständen nicht einseitig vorgeht.

Ich will gar nicht leugnen, daß ich im Zusammenhang mit der Spitalsfinanzierung nicht den Fonds für das größte Übel halte. Die letzten Verhandlungen scheinen doch zu zeigen, daß die Beschlußfassung in diesem Fonds in einer Form vor sich gehen soll, die nicht zu der Aussage berechtigt, daß die Länder überfahren werden sollen. Es scheint doch so zu sein, wenn ich richtig informiert bin, daß neun Stimmen gegen die Mehrheit des Gremiums eine Beschlußfassung verhindern und dann dieses Schiedsverfahren in Gang setzen.

Ich glaube also, daß der Fonds nicht das Wesentliche ist, aber ich scheue mich gar nicht zu wiederholen, daß ich auch bedaure, daß diese Finanzierungsform ohne die Aufstockung von 18,75 auf 28 Prozent über die Bühne zu gehen scheint. Auch mir wäre es lieber, wenn das mitverbunden wäre. Die Landesfinanzreferenten haben die Forderung auch erhoben, aber als Bedingung ist sie nicht aufrecht.

Das Jahr 1978 wird ja auch dadurch gekennzeichnet sein, daß wir formal damit das letzte Jahr des bestehenden Finanzausgleiches vor uns haben. Ich kann keine Prognose machen, ob es zum 1. Jänner 1979 zu einem neuen Finanzausgleich kommen oder ob der alte verlängert werden wird, die Verhandlungen sind in einem Stadium, bei dem eine solche Aussage nicht möglich ist. Wie üblich zu solchen ähnlichen Zeitpunkten werden Forderungen auf den Tisch gelegt, von deren Realisierbarkeit auch die Fordernden kaum überzeugt sein dürften, auch dort gibt es dieses Zum-Fenster-hinaus-Reden, das gebe ich durchaus zu.

Ein paar davon möchte ich aber doch aufgreifen, um zu zeigen, wie schwierig die Dinge sind. Sicher kommt wieder — und ist ja schon präsentiert, — das Verlangen der Bünde, des Städtebundes und des Gemeindebundes, die Landesumlage zu kassieren, wobei sie sich ja so ausdrücken, daß man nicht recht weiß, was das heißt. Ist damit eine ersatzlose Streichung gemeint, ist damit gemeint, daß ein Tausch in Frage komme. Wie immer dies sei, die Problematik bei der Landesumlage liegt darin, daß sie nach dem Finanzkraftschlüssel eingehoben wird und daß sich nicht einmal die Gemeindebünde auf eine Vorgangsweise einigen könnten, die einen Tausch ermöglicht, weil die Auswirkungen so ungleich sind, daß es bisher noch nie gelungen ist, die Städte und Gemeinden unter einen Hut zu bringen, wie denn so etwas über die Bühne gehen könnte. Dazu kommt, daß das jetzige System der unzähligen ausgemachten Schlüssel

bei der Steuerbemessung und Verteilung dazu führt, daß eine ersatzlose Streichung dazu führen würde, daß allein der Bund den Verlust über den Kopfquotenausgleich ersetzen müßte.

Ein ganz absurdes Ergebnis. Aber es ist so. Wir haben eine Unterlage, die das klar erkennen läßt; und das ist auch wieder unreal. Einerseits würde der Bund den Ländern den Ersatz vollkommen ersetzen müssen, auf der anderen Seite hätten wir in den Ländern diese vollkommen unterschiedlichen Auswirkungen, die ja sehr problematisch sind.

Das verbundene Steuersystem hat aber noch etwas zur Folge, meine Damen und Herren! So schön es ist, von einem mehr abstrakten Standpunkt des Föderalismus her für die eigene Steuerhoheit der Länder einzutreten, so schwierig wäre es, zu einem konkreten Ergebnis zu kommen, weil wir ja dieses verbundene System deswegen haben, um die großen Unterschiede im Aufkommen fast aller Steuern so auszugleichen, daß sie in der Verteilung grob immer wieder der Volkszahl entsprechen. Auf das läuft es im Endergebnis heraus. Die Schlüssel sind alle möglichen. Wir in der Steiermark haben immer wieder bei allen Schlüsseln ein Ergebnis, das irgendwo um die 15 Prozent pendelt. Mit dem können wir rechnen.

Wenn wir zum Beispiel bei der — ich habe mir das geben lassen — Lohnsteuer dazu übergangen, das örtliche Aufkommen zugrunde zu legen, meine Damen und Herren, so würden wir statt eines Anteiles von 15,9 Prozent, der uns heute auf Grund der ausgehandelten Schlüssel zukommt, in Zukunft noch 9,3 Prozent bekommen. Das würde dem örtlichen Aufkommen in der Steiermark entsprechen. Wenn wir bei der Umsatzsteuer dazu übergangen, so vorzugehen, würden wir statt bisher 16,1 Prozent künftig 8,6 Prozent erhalten. Die einzige Steuer, bei der sich bisher herausgestellt hat, daß sie sich länderweise aufteilen läßt nach dem örtlichen Aufkommen, ist die Kraftfahrzeugsteuer. Dort besteht eine solche Möglichkeit und es ist sicher damit zu rechnen, daß bei den Finanzausgleichsverhandlungen die Frage neu aufgerollt und versucht werden wird, jetzt den Bundesanteil, der neu eingeführt worden ist, wieder zu verlängern, weil dort eine echte Möglichkeit besteht. Das wurde auch bisher schon nach dem örtlichen Aufkommen verteilt. Bei allen anderen Steuern, meine Damen und Herren, würde so etwas zu einer krassen Benachteiligung der an sich — verglichen mit dem Durchschnitt — schwachen Länder führen. Und wir sind halt leider unter dem Durchschnitt und würden daher entsetzlich daraufzahlen.

Herr Landeshauptmann, wie das erste Mal von Ihren Erklärungen in dieser Richtung die Rede war — die allerdings nicht präzisiert waren, das gebe ich gerne zu —, hat mir der Wiener Finanzreferent gesagt, er schlägt Sie sofort für die Große Goldene Verdienstmedaille der Stadt Wien vor, wenn Sie damit durchkommen, denn die würden davon hauptsächlich profitieren, weil natürlich das örtliche Aufkommen in Wien im Vergleich zu den Bundesländern — auch aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Ursachen, die ja dahinter liegen — enorm ist. Im wesentlichen sind die Länder dadurch geschützt, daß es eben diese sehr komplizierten

Schlüssel gibt. Deswegen halte ich auch gar nichts davon, meine Damen und Herren, nach einer grundsätzlichen Reform des Finanzausgleiches zu streben, weil keiner vorhersehen, was bei einer solchen völligen Veränderung herauskommt. Niemand nimmt das Risiko auf sich, so ein Wagnis einzugehen, schon gar nicht in einer Zeit, wo man doch nicht mit sehr großen Einnahmenschwüngen rechnet. Daher wird es aller Voraussicht nach zu kleineren Veränderungen kommen, zu sehr großen sicher nicht. Das gilt sogar für die Dinge, über die man sich generell sehr leicht einigt, etwa die Frage der Wohnsitzgemeinden.

Aber meine Damen und Herren, ich habe viele Diskussionen mitgemacht, die versucht haben, diese Definition so abzuklären, daß sie eindeutig ist, und sie in den Griff zu kriegen. Bei keiner dieser Diskussionen ist uns das gelungen, weil halt der Begriff zwar sehr wohl allgemein verständlich ist, wenn ich aber versuchen muß, diese Grenze exakt zu ziehen, dann ist das ein Zauberkunststück, das bisher noch niemanden gelungen ist. Und darin liegen die Schwierigkeiten.

Ich hoffe, daß es möglich sein wird, beim Ao. so vorzugehen, wie ich das schon in der Einbegleitung gesagt habe. Das heißt, ich hoffe, daß es möglich sein wird, von den in der Kategorie 1 und 2 aufgezeichneten Ansätzen immerhin einen so großen Teil zu bedecken, daß damit gearbeitet werden kann. Ich glaube allerdings nicht, meine Damen und Herren, daß wir bis zu einer 50prozentigen Bedeckung kommen werden und ich werde demnächst — den Sitzungsantrag habe ich heute unterschrieben — der Landesregierung vorschlagen, zunächst 20 Prozent dieser Ansätze zu bedecken, bis eine weitere Bedeckung durch gesicherte Kreditzusagen möglich ist. Diese 20 Prozent schlage ich deswegen vor, weil die jetzigen Promessen das zulassen und weil damit das Anlaufen der Arbeit in diesem Bereich im Jahr 1978 möglich ist.

Man darf sich auch keiner Täuschung darüber hingeben, meine Damen und Herren, daß wir durch die Einnahmentwicklung der sogenannten guten Jahre einiges an fortwirkenden Verpflichtungen im Landeshaushalt drinnen haben, die eine gewisse Scherenwirkung haben. Diese Verpflichtungen bringen, insbesondere im Bereich des Personals, Ausgaben mit sich, deren prozentuelle Steigerung für das Jahr 1978 ganz offenkundig höher ist als die Einnahmen, die wir insgesamt im Budget haben. Ich bin nicht sicher, ob wir einer solchen Entwicklung für 1979 oder 1980 entgegen.

Das heißt aber nicht, meine Damen und Herren, daß wir etwa deswegen Anlaß hätten, über das steirische Budget verzweifelt zu sein. Ganz im Gegenteil. Wenn ich die Budgets der anderen Bundesländer Revue passieren lasse, so stehen wir nach wie vor beruhigend gut da, das kann man ruhig sagen. Beruhigend gut dann, meine Damen und Herren — das ist die zweite Seite —, wenn wir uns daran gewöhnen, nicht mehr allzu große Brocken alljährlich über den Kreditmarkt hinzufinanzieren. Denn eines ist klar, damit nehmen wir uns den künftigen Spielraum selber weg. Ich bin zwar durchaus der Meinung, daß wir einige hundert Millionen, wenn es darauf ankommt sogar 800 Mil-

lionen Schilling einmal im Jahr vertragen, als Durchschnitt auf die Dauer halte ich das nicht für vertretbar. Da werden wir unter dieser Grenze bleiben müssen, was sich auch durchaus mit der vom Kollegen Heidinger einmal vorgelegten Budgetvorschau deckt.

Das, was ich jetzt gesagt habe, ist ja auch die Problematik des Antrages, der eingebracht wurde, nämlich eine solche Budgetvorschau vorzulegen. Wir werden das gerne tun. Aber, meine Damen und Herren, die Unsicherheiten, von denen dabei ausgegangen werden muß, sind natürlich in doppelter Hinsicht da. Einerseits durch die Schwierigkeit der Beurteilung, andererseits durch das Faktum, daß der Finanzausgleich in dieser Form nur mehr ein Jahr Geltung haben wird und daher eigentlich die gesicherte rechtliche Basis für einen längeren Zeitraum gar nicht mehr da ist.

Ich bin schon fertig. Ich möchte doch nicht verabsäumen, darauf hinzuweisen, daß es sich vielleicht doch einmal lohnen würde, die Einnahmenseite des Budgets etwas genauer anzuschauen. Im Hinblick auf die Uhrzeit von 21.30 Uhr möchte ich verzichten, von mir aus darauf noch näher einzugehen und darf Sie damit alle bitten, dem gemeinsam erarbeiteten Landesvoranschlag 1978 Ihre Zustimmung zu geben, wenn das auch noch in ein paar Abstimmungszeremonien über die Bühne gehen wird. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort?

Abg. Dr. Strenitz: Nein, danke schön, ich wiederhole meinen Antrag.

Präsident: Ich bitte um ein Händenzeichen, wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen.

Damit ist die Gruppe 9 angenommen.

Außerordentlicher Haushalt

Berichterstatter ist der Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

In den Gruppen 0 bis 9 des außerordentlichen Haushaltsvoranschlages sind Gesamtausgaben von 1.818.856.000 Schilling vorgesehen, die teilweise durch Darlehensaufnahmen gedeckt werden. Ich bitte um Annahme des außerordentlichen Haushaltsvoranschlages.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie hörten den Antrag des Herrn Abgeordneten. Ich bitte um ein Händenzeichen, wenn Sie der Gruppe 9 zustimmen.

Der außerordentliche Haushalt ist angenommen.

Beschlußanträge des Landesvoranschlages 1978

Ich schlage unter Berücksichtigung der einzelnen Unterstützungen vor, in zwei Gruppen abstimmen zu lassen, und zwar:

Als erste Gruppe die 15 Beschlußanträge, welche von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt werden sowie die neun Beschlußanträge, welche von der ÖVP und FPÖ unterstützt werden, denen die SPÖ jedoch zustimmt.

In der zweiten Gruppe die zwei Beschlußanträge, welche von der SPÖ abgelehnt werden.

Es handelt sich um je einen Antrag der Gruppen 4 und 5, und zwar den Antrag, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um eine Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes im Sinne folgender Punkte zu erreichen:

1. Verstärkung der Subjektförderung, Ausbau der Wohnbeihilfe als sozialpolitisches Instrument und Verzicht auf den Annuitätenzuschuß, der ohne Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse und der Leistungsfähigkeit der Familie der öffentlichen Hand sehr hohe Kosten verursacht.
2. Einbeziehung des Vermögens in die Beurteilung der Förderungswürdigkeit bei der Berechnung der Wohnbeihilfe.
3. Verkürzung der Laufzeit der Direktdarlehen von 50 auf 25 bis 30 Jahre.

Kürzere Laufzeiten sind angesichts inflationärer Entwicklungen nicht nur angepaßter, sie vermögen vielmehr die Rückflüsse der Förderungsmittel zu verkürzen und damit die Förderungsfähigkeit des Landes zu verstärken und der Antrag, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, mit den Krankenkassen bei der Festlegung der Verpfleggebühren für die Krankenhäuser so zu verhandeln, daß von den Kassen pro Verpflegstag mindestens der gleiche Betrag bezahlt wird, wie ihn das Land Wien als Spitalserhalter bekommt.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußfassung in dieser Reihenfolge abzustimmen.

Abg. Brandl: Herr Präsident, ich stelle diesen Antrag.

Präsident: Ich ersuche nun die Damen und Herren, welche den 24. Beschlußanträgen der ersten Gruppe des mündlichen Berichtes Nr. 56 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Beschlußanträge der ersten Gruppe sind somit angenommen.

Nun ersuche ich die Abgeordneten, welche dem Beschlußantrag der Gruppe 4 und dem Beschlußantrag der Gruppe 5, die von der Sozialistischen Partei Österreichs abgelehnt werden, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, daß auch diese Beschlußanträge angenommen sind.

Dienstpostenplan

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Leopold Johann Dorfer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Dorfer: Meine Damen und Herren, der Dienstpostenplan des Landes Steiermark für 1978 liegt Ihnen vor. Er sieht eine ganz geringfügige Erhöhung der Dienstposten vor. Namens des Fi-

nanzausschusses stelle ich den Antrag, diesem Dienstpostenplan 1978 Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen.

Der Antrag ist angenommen.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan

Berichtersteller ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten das Wort.

Abg. Brandl: Sehr geehrte Damen und Herren!

Auf den letzten sechs Seiten des Bandes 1 des Landesvoranschlags finden Sie die Anzahl der systemisierten Kraftfahrzeuge des Landes und seiner Wirtschaftsbetriebe. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Systemisierungsplan.

Präsident: Liegt eine Wortmeldung vor? Das ist nicht der Fall. Sie hörten den Antrag. Ich bitte um ein Händezichen, wenn Sie zustimmen.

Damit ist der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Wir haben nun über den Antrag des Hauptberichterstatters, über die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 833/1, abzustimmen und ich erteile dazu Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

Abg. Brandl: Ich wiederhole meinen Antrag auf Annahme.

Präsident: Wer mit den Anträgen und Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 833/1, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Damit ist der Landesvoranschlag 1978 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Das Wort hat der Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn es jetzt 5 Uhr nachmittag wäre, dann wäre es wunderbar, ein grundsätzliches Referat zu halten und eine Zusammenschau durchzuführen über all das, was diskutiert wurde. Aber es ist nun 21.40 Uhr, und ich glaube, ich werde mich etwas bescheiden müssen.

Wir nähern uns eben dem Ende dieser Landtagsitzung über das Landesbudget 1978, und der Finanzreferent hat in seinen Ausführungen bereits gesagt, was uns auf der Einnahmenseite im Landesbudget 1978 und in den folgenden Budgets bevorsteht. Das eine ist die Spitalsfinanzierung, und hier muß ich sagen, daß die Beschlüsse der Landesfinanzreferenten und der Landeshauptleute einhellig sind, das Optimale für die Bundesländer herauszuholen, und das andere ist der Finanzausgleich. Ich bin auch der Meinung, wenn eine Paktierung auf Schwierigkeiten stößt einerseits mit dem Städtebund, andererseits mit der Bundesregierung, daß

man eher daran denken müßte, die Verlängerung des derzeitigen Finanzausgleiches zu erreichen, bis man wirklich fundiert abschließen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurden auf eindrucksvolle Weise die einzelnen Kapitel behandelt. Die Abgeordneten und Regierungsmitglieder haben eingehend Stellung genommen, es hat Verdächtigungen gegeben, es hat Widersprüche gegeben, es haben Konfrontationen stattgefunden und so soll es auch sein, denn es ist ein Ausdruck der Vielschichtigkeit, die wir eben in diesem Haus haben, einerseits parteipolitisch, aber andererseits auch für Interessen, die da und dort eben vorhanden sind und die, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer Demokratie einfach notwendig sind. Wir sollen einfach den guten Willen haben, die Zusammenarbeit, so wie in der Vergangenheit, fortzusetzen, trotz der Diskussionen, die stattgefunden haben. Es hat in der Vergangenheit funktioniert, und ich bin ganz der Meinung, daß es auch in Zukunft so sein wird, um diese wunderbare Einrichtung dieses demokratischen Staatswesens auch in den Bundesländern zu erhalten. Wir sollen eifersüchtig darüber wachen, daß gerade die Eigenständigkeit der Bundesländer nicht beeinträchtigt wird, und zwar auf breitester Basis, nicht nur hier in der Landstube durch die Abgeordneten oder durch die Landesregierung, sondern in allen Institutionen, die die Folgeeinrichtungen einer solchen Demokratie sind. Wir sollen alles unternehmen, damit nichts untergeht, was dieses demokratische Staatswesen eben ausmacht und das wir weiter bestehen lassen sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Zeit vorübergeht und die Geschichte über die Zeit dieser Landtagssitzung einmal geschrieben wird, dann kommt es sicher nicht auf die einzelnen Wortmeldungen an, die hier gegeben worden sind, sondern auf die große Linie, die hier durchgeführt worden ist, und die nichts anderes aussagt in diesen drei Tagen, als daß wir alle miteinander besorgt sind, nach bestem Wissen und Gewissen jeder an diesem Platz, an den er gestellt wurde, alles zu unternehmen, um im Rahmen unseres öffentlichen Auftrages, den wir freiwillig übernommen haben, das Leben in diesem Land auch im Jahre 1978 besser zu gestalten. Wir sollen uns bemühen, daß vor allem die öffentlichen Institutionen im vermehrten Maß zeigen, auch im Jahre 1978, daß sie von Menschen eingerichtet sind und für die Menschen da sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es obliegt mir, allen zu danken, die am Zustandekommen dieses Budgets mitgewirkt haben, den Vertretern der Landesfinanzabteilung und allen über 16.000 Amtsträgern und Verantwortlichen in der Verwaltung, die Jahr für Jahr in der Vollziehung mitwirken, und schließlich allen Menschen in diesem Land, die uns auch ihr Vertrauen schenken. Wenn wir uns bemühen, bei aller Verschiedenartigkeit der Standpunkte zusammenzuwirken, dann wird es uns gelingen, für die Steiermark auch im nächsten Jahr einiges zu erreichen. Es wird wohl unser aller Wunsch sein, daß wir von Krisenerscheinungen möglichst verschont und die Bereiche

unseres Lebens funktionstüchtig erhalten bleiben können.

Mit diesen Gedanken entbiete ich der steirischen Bevölkerung und Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein schönes Weihnachtsfest und ein glückliches, erfolgreiches und gesundes Jahr 1978. Wenn der innere und äußere Friede erhalten bleibt, können wir manchen Fährnissen zum Trotz mit Optimismus in die Zukunft blicken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir kommen nun zum fünften Punkt der Tagesordnung.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 835/1, betreffend Thermalquelle Loipersdorf Ges. m. b. H.; Genehmigung des Konzeptes der Errichtung eines Kurzentrums im Rahmen der Beteiligung des Landes an der Thermalquelle Loipersdorf Ges. m. b. H., Übernahme einer Rückbürgschaft für einen ERP-Kredit bzw. ERP-Ersatzkredit in der Höhe von 60 Millionen Schilling, Abverkauf von Grundstücken um 50 Schilling pro Quadratmeter für Hotelbauten, Verkauf der Grundstücke, auf denen sich das Thermalbad und das Zentrum befinden, an die Gesellschaft zu einem Quadratmeterpreis von 50 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Fellinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fellinger: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit der Vorlage für die Errichtung eines Kurzentrums im Raum der Thermalquelle Loipersdorf hat sich der Finanz-Ausschuß eingehend beschäftigt. Die Vorlage behandelt die Übernahme der Rückfallhaftung für einen ERP-Kredit bzw. einen ERP-Ersatzkredit in der Höhe von 60 Millionen Schilling, den Abverkauf von Grundstücken um 50 Schilling pro Quadratmeter für Hotelbauten und den Verkauf von Grundstücken, auf denen sich das Thermalbad sowie das Zentrum befinden. Ich bitte um Annahme der Vorlage.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich gehe zur Abstimmung über und erbitte ein Handzeichen, wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen.

Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 834/1, Beilage Nr. 83, Gesetz über die Aufnahme einer Anleihe durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Hans Brandl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Mit dieser Gesetzesvorlage wird die Landesregierung ermächtigt, eine Anleihe bis zum Wert von 600 Millionen Schilling im In- oder Ausland zur Bedeckung unserer Vorhaben im außerordentlichen Haushalt aufzunehmen. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Somit ist auch dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt.

7. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses und des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 854/1, Beilage Nr. 85, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Bezügegesetz geändert wird (Steiermärkische Bezügegesetznovelle 1977).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß einerseits und der Finanz-Ausschuß andererseits haben sich mit der Novelle zum Bezügegesetz 1975 beschäftigt und ich darf Ihnen die wichtigsten Punkte dazu referieren.

Im Jahr 1975 ist im Bezügegesetz bereits einiges von dem beschlossen worden, das auch in der heutigen Novelle enthalten ist. Lediglich dem Umstand, daß damals auch eine sozialversicherungsrechtliche Bestimmung aufgenommen worden war, ist es zuzuschreiben, daß der Bundesverfassungsdienst Bedenken wegen Verfassungswidrigkeit angemeldet hat. In der Zwischenzeit sind wir durch den Verfassungsgerichtshof im Zusammenhang mit einer Entscheidung, ein anderes Bundesland betreffend, daher auch gezwungen, diese und einige Bestimmungen des Bezügegesetzes 1975 neu in die heutige Novelle aufzunehmen, und zwar unter Weglassung der damals verfassungswidrigen sozialversicherungsrechtlichen Bestimmung. Das ist der eine Teil.

Der zweite Teil dieser Novelle beschäftigt sich damit, daß sowohl bei den Aktivbezügen als auch bei den Pensionsansprüchen anläßlich von Doppelfunktionen auch Doppelbezüge vermieden werden, wenn es sich um den gleichen Anrechnungszeitraum solcher Doppelfunktionen handelt. Etwa durch die Ausübung einer Funktion als Mitglied der Landesregierung und daneben etwa eines anderen Anspruches aus einer öffentlich-rechtlichen Funktion, die im einzelnen aufgezählt worden sind.

Der dritte Teil beschäftigt sich damit, daß auch die Beiträge in die Pensionsfonds geändert werden, und zwar ist vorgesehen, daß, ab 1. Jänner 1978 beginnend, die Pensionsbeiträge für Mitglieder des Steiermärkischen Landtages und der Landesregierung um 2 Prozent in vier Etappen jeweils um ein halbes Prozent zum 1. Jänner der folgenden Jahre erhöht werden bis auf 9 Prozent. Wir liegen damit um 2 Prozent höher als die Pensionsbeiträge, die aus dem Bezügegesetz für die Funktionen etwa des Nationalrates vorgesehen sind. Das hat allerdings auch andere Gründe, weil nicht ganz gleiche Voraussetzungen für die Pensionsansprüche gegeben sind.

Der vierte Bereich sieht vor, daß sich für die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung

die Bezüge ab 1. Jänner 1978 für das Jahr 1978 nicht in gleicher Analogie erhöhen wie etwa die Bezüge der Beamten — das ist ja bekanntlich immer gekoppelt, sondern daß es sich hier lediglich um eine reduzierte Erhöhung der Bezüge der Mitglieder der Landesregierung handelt.

Das ist der materielle Inhalt der Novelle, und am Schluß darf ich auch noch beantragen, im Artikel 3 der vorliegenden Novelle eine Änderung vorzunehmen. Im ersten Punkt wäre eine Streichung und eine Berichtigung vorzunehmen, nämlich die Streichung der Worte „und Ziffer 7“, so daß der Absatz 1 dieses Artikels heißt: „Es treten in Kraft Artikel 1, Ziffer 5 mit 25. Februar 1977.“ In Ihrer Vorlage steht 1975. Der zweite Punkt ist eine neue Aufnahme eines Absatzes, und zwar des Absatzes 2, der lauten soll: „Alle übrigen Bestimmungen treten mit dem auf die Verlautbarung folgenden Tag in Kraft.“ Der ursprünglich vorgesehene zweite Absatz wird Absatz 3.

Namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses und des Finanz-Ausschusses, der sich mit der Vorlage beschäftigt und diese beschlossen hat, darf ich den Antrag stellen, diese Novelle anzunehmen.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Wenn Sie damit einverstanden sind, ersuche ich Sie um ein Händezeichen.

Das Gesetz ist angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, nach einer Dauer von fast 30 Stunden haben sich 56 Abgeordnete und neun Regierungsmitglieder zu insgesamt 99 Wechselreden gemeldet. Damit hat das Hohe Haus die Beratungen über den Landesvoranschlag 1978 und die auf der

Tagesordnung stehenden weiteren sechs Punkte beendet und das Arbeitsjahr abgeschlossen. Es wurden 116 Anträge von Abgeordneten, 75 Regierungsvorlagen, davon 19 Gesetzesvorlagen, ein Auslieferungsbegehren und zwei dringliche Anfragen eingebracht sowie 183 Beschlüsse gefaßt. Außerdem wurden bei vier Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, 61 Anfragen von Abgeordneten eingebracht. Von besonderer Bedeutung war auch die Arbeit der Landtagsausschüsse, welche in 52 Sitzungen die vom Landtag beschlossenen Vorlagen vorberaten haben.

Außerdem wurden bei vier Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, 61 Anfragen von Abgeordneten eingebracht. Von besonderer Bedeutung war auch die Arbeit der Landtagsausschüsse, welche in 52 Sitzungen die vom Landtag beschlossenen Vorlagen vorberaten haben. Meine verehrten Damen und Herren, fürchten Sie nicht, daß ich jetzt zu einer langen Rede ansetze. Das Christkind wird schon kommen.

Ich habe doch einem alten Brauch zu folgen, aber nicht nur, weil es der Brauch verlangt, sondern weil ich es herzlich gerne tue, möchte ich Ihnen, meine verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses und Ihren Familien einen stimmungsvollen Heiligen Abend, frohe Weihnachtstage, einen fröhlichen Silvesterabend und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr wünschen.

Unserer Heimat aber und der ganzen Welt wünschen wir alle den Frieden, den unsere Generation zu den höchsten Glückswerten der Menschheit zählen gelernt hat.

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall.)

(Ende der Sitzung: 21.55 Uhr.)